



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

STATISTIKEN

Daten & Analysen

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft.

**Medieninhaberin und
Herausgeberin** Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
statistik.hotline@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-5555
Fax (+43-1) 40420-04-5499

Schriftleitung Johannes Turner, Gerhard Winkler, Michael Pfeiffer
Koordination Patrick Thienel
Redaktion Brigitte Alizadeh-Gruber
Grafische Gestaltung Abteilung Informationsmanagement und Services
Layout und Satz Sylvia Dalcher, Andreas Kulleschitz, Melanie Schuhmacher
Druck und Herstellung Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

ISSN 2310-5364 (Online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2018. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024



Inhalt

Editorial

Kurzbericht

Unbarer Zahlungsverkehr von Nichtbanken im Jahr 2017 8

Patrick Thienel

EZB-Versicherungsstatistik und das Solvency-II-Meldewesen 12

Nina Eder, Thomas Pöchel

Analysen

Managing the processing chain from banks' source data
to statistical and regulatory reports in Austria 22

Katharina Kienecker, Günther Sedlacek, Johannes Turner

Deutlicher Rückgang der Zinsunterschiede zwischen
Euroraum-Ländern ab 2013 41

Martin Bartmann

Starke Nachfrage nach Unternehmenskrediten trifft auf
günstige Konditionen – Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten
Umfrage über das Kreditgeschäft vom Juli 2018 48

Gerald Hubmann

Schuldendienst der privaten Haushalte in Österreich 2009 bis 2017 57

Martin Schneider, Walter Waschiczek

Performance österreichischer Investmentfonds 76

Thomas Pöchel, Jun Chao Zhan

Entwicklung der europäischen börsennotierten Konzerne 2016 85

Sabine Wukovits

Entwicklung der Insolvenzen in Österreich im Jahr 2017 94

Elizabeth Bachmann

Daten

Tabellenübersicht

1	Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	101
2	Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	102
3	Kundenzinssätze – Neugeschäft	103
4	Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	104
5	Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	105
6	Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	106
7	Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	107
8	Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	108
9	Sonstige Finanzintermediäre	109
10	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	110
11	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	111
12	Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	112
13	Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	113
14	Direktinvestitionen	114

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

In der vorliegenden Ausgabe der statistischen Quartalspublikation der Oesterreichischen Nationalbank „Statistiken – Daten & Analysen“ finden Sie Beiträge zu ausgewählten Themen der Finanzstatistik.

Der einleitende Artikel von Katharina Kienecker, Günther Sedlacek und Johannes Turner beschäftigt sich mit dem österreichischen Weg, den die OeNB und ihre Melder im statistischen Meldewesen beschritten haben – von den Quelldaten der Banken bis hin zu den Sekundärstatistiken. Neben den Auslösern dieser Entwicklung (den immer komplexeren und detaillierteren Datenanforderungen) wird auf die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Banken und der OeNB hingewiesen, die unter anderem zur Schaffung einer Meldewesen-Plattform (Austrian Reporting Services GmbH) und eines gemeinsamen Meldewesen-Datenmodells geführt hat. Damit wurde in Österreich eine zukunftssichere Lösung gewählt, die auch im Eurosystem beispielhaft ist und weltweites Interesse hervorrief.

Martin Bartmann beleuchtet die Entwicklung der Kundenzinssätze im Kreditneugeschäft im Euroraum und in Österreich im Krisenzeitraum 2008 bis 2013 bzw. ab 2013. Wie der Beitrag zeigt, hatten diese geldpolitische Maßnahmen einen deutlichen Einfluss auf die Geldmarktzinssätze und in weiterer Folge auch auf die Kreditzinssätze im Neugeschäft, die sich zwischen den Euroraum-Ländern – nach einiger Zeit des Auseinanderlaufens – wieder angleichen.

Wie gewohnt werden Ihnen die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft von Gerald Hubmann präsentiert. Es werden sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite der Kreditvergabe sowie die Refinanzierungssituation analysiert.

In ihrer Ausarbeitung berechnen Martin Schneider und Walter Waschiczek den Schuldendienst der österreichischen privaten Haushalte für den Zeitraum 2009 bis 2017 auf Basis von Meldedaten. Gemäß deren Berechnungen betrug der Schuldendienst im Jahr 2017 26,1 Mrd EUR, wovon der überwiegende Teil für Tilgungen aufgewendet wurde.

Der Beitrag von Thomas Pöchel und Jun Chao Zhan untersucht, basierend auf historischen Meldedaten, die Performancewerte österreichischer Fonds und deren Volatilität vor dem Hintergrund der gesetzlich festgeschriebenen Veranlagungsgrundlagen im Beobachtungszeitraum zwischen April 2011 und März 2018. Das Ergebnis zeigt, dass vor allem die österreichischen Aktienfonds im Vergleich zu allen anderen Fondskategorien eine höhere Performance aufwiesen, wobei die damit verbundene Volatilität in den meisten Fällen mehr als doppelt so hoch war wie jene des Gesamtfondsmarktes.

Sabine Wukovits gibt in ihrem Artikel einen Überblick über die Entwicklung der europäischen börsennotierten Konzerne im Jahr 2016. Sie kommt zum Ergebnis, dass deren Ertragskraft (gemessen am Betriebsergebnis zur Bilanzsumme) eine positive Entwicklung aufwies und auch die Rentabilität weiter erhöht werden konnte. Die österreichischen Konzerne verzeichneten im Ländervergleich zwar ein unterdurchschnittliches Wachstum, allerdings blieb die Rentabilität auf hohem Niveau.

Elizabeth Bachmann fokussiert ihre Analyse diesmal auf die Entwicklung der Insolvenzen in Österreich im Jahr 2017. Diese ergab, dass sich aus den der OeNB vorliegenden Datenquellen ein Rückgang für das Jahr 2017 ableiten lässt. Die Daten der OeNB zeigen darüber hinaus einen Rückgang der Anzahl von jenen Neu-Insolvenzen, die über große Kreditengagements verfügen und somit im OeNB-Zentralkreditregister erfasst werden.

Zwei Kurzberichte sowie eine Kurzauswahl von 14 Tabellen ergänzen das vorliegende Heft. Auf unserer Website steht Ihnen unter <http://statistik.oenb.at> ein umfassendes Datenangebot zur Verfügung. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf folgende Links aufmerksam machen:

Standardisierte Tabellen: <http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html>

Benutzerdefinierte Tabellen:

<http://www.oenb.at/isaweb/dynal.do?lang=DE&go=initHierarchie>

Veröffentlichungskalender: <http://www.oenb.at/isaweb/releasehierarchie.do?lang=DE>

Seit 2011 steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und Tablets kostenlos mobil nutzbar zur Verfügung. Die App wird auf der OeNB-Website unter <http://app.oenb.at> präsentiert.

Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, +43-1-40420-5555 oder statistik.hotline@oenb.at.

Wenn Sie per E-Mail über Neuerscheinungen informiert werden möchten, bitten wir Sie, sich unter www.oenb.at/Service/Newsletter.html zu registrieren.

Johannes Turner
Gerhard Winkler
Michael Pfeiffer

Kurzbericht

Unbarer Zahlungsverkehr von Nichtbanken im Jahr 2017

Patrick Thienel¹

Unbare Zahlungen in Summe

Der durch österreichische Zahlungssystembetreiber (wie etwa Banken oder Zahlungsinstitute) im Auftrag von Nichtbanken² durchgeführte unbare Zahlungsverkehr (Kartenzahlungen, Lastschriften, Scheckzahlungen, Überweisungen, sonstige Transaktionen) betrug im Jahr 2017 innerhalb Österreichs 2.485,53 Mrd EUR (+0,5% im Vergleich zum Vorjahr), 594,64 Mrd EUR gingen ins Ausland (+3,6%) und 547,14 Mrd EUR kamen vom Ausland nach Österreich (+3,2%).

Tabelle 1

Unbarer Zahlungsverkehr von österreichischen Nichtbanken

	2016	2017	Veränderung absolut	Veränderung relativ
<i>in Mio EUR</i>				
Überweisungen				
Überweisungen innerhalb Österreichs	2.225.822,42	2.215.341,79	-10.480,64	-0,47
Überweisungen von Österreichern ins Ausland	552.702,10	571.487,42	18.785,32	3,40
Überweisungen aus dem Ausland nach Österreich	520.087,23	536.245,50	16.158,27	3,11
Lastschriften				
Eingezogene Lastschriften innerhalb Österreichs	214.815,51	233.854,50	19.039,00	8,86
Lastschriften in Österreich durch das Ausland eingezogen	10.154,01	11.398,78	1.244,77	12,26
Lastschriften von Österreichern im Ausland eingezogen	2.950,93	3.383,13	432,20	14,65
Kartenzahlungen				
Kartenzahlungen innerhalb Österreichs	28.057,56	30.394,92	2.337,36	8,33
Kartenzahlungen von Österreichern im Ausland	7.774,07	8.898,96	1.124,89	14,47
Kartenzahlungen von Ausländern in Österreich bei österreichischen Providern ¹	6.236,56	7.003,24	766,68	12,29
Schecklastschriften				
Schecklastschrift innerhalb Österreichs	5.107,76	5.898,89	791,13	15,49
Schecklastschriften in Österreich durch das Ausland eingezogen	1.341,34	785,47	-555,87	-41,44
Schecklastschriften von Österreichern im Ausland eingezogen	544,08	366,45	-177,64	-32,65
Sonstige Zahlungen, insgesamt				
Sonstige Zahlungen innerhalb Österreichs	36,79	38,87	2,08	5,65
Sonstige Zahlungen von Österreichern ins Ausland	2.007,00	2.067,79	60,79	3,03
Sonstige Zahlungen aus dem Ausland nach Österreich	169,35	142,96	-26,40	-15,59
Zahlungen innerhalb Österreichs				
Ins Ausland gehender Zahlungsverkehr	2.473.840,03	2.485.528,96	11.688,93	0,47
Aus dem Ausland kommender Zahlungsverkehr¹	573.978,52	594.638,41	20.659,89	3,60
	529.988,15	547.141,27	17.153,12	3,24

Quelle: OeNB, EZB.

¹ Kartenzahlungen von Ausländern in Österreich bei ausländischen Providern fehlen in dieser Darstellung. Diese internationalen Daten werden von ausländischen Providern im jeweiligen Sitzland gemeldet, liegen allerdings für 2017 noch nicht vor. Auf Basis der Daten für 2016 kann davon ausgegangen werden, dass sich der Betrag der Kartenzahlungen von Ausländern in Österreich um rund 8% erhöhen würde. Der aus dem Ausland kommende Zahlungsverkehr würde sich durch diese Daten um rund 0,1% erhöhen.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, patrick.thienel@oenb.at

² Somit ohne Zwischenbankenzahlungsverkehr.

Innerösterreichischer Zahlungsverkehr

Im Detail entfielen 2017 beim innerösterreichischen unbaren Zahlungsverkehr von Nichtbanken 2.215,34 Mrd EUR (89,1 %) auf Überweisungen, 233,85 Mrd EUR (9,4 %) auf eingezogene Lastschriften, 30,39 Mrd EUR (1,2 %) auf Zahlungen mit Zahlungskarten, 5,90 Mrd EUR (0,2 %) auf Scheckzahlungen und 0,04 Mrd EUR auf Zahlungen via Apps, Beahldienste im Internet bzw. Bargeld- und Finanztransfersgeschäfte.

Grenzüberschreitender Zahlungsverkehr³

Beim grenzüberschreitenden unbaren Zahlungsverkehr von Nichtbanken war 2017 festzustellen, dass der ins Ausland gehende Zahlungsverkehr um 47,50 Mrd EUR größer war als der aus dem Ausland kommende Zahlungsverkehr. So gingen 594,64 Mrd EUR ins Ausland, wobei die Überweisungen mit 96,1 % des Gesamtvolumens dominierten. Bei dem aus dem Ausland kommenden Zahlungsverkehr stammte der überwiegende Anteil der Transaktionen ebenfalls aus dem Überweisungsgeschäft (98 %). Das Gesamtvolumen betrug 547,14 Mrd EUR.

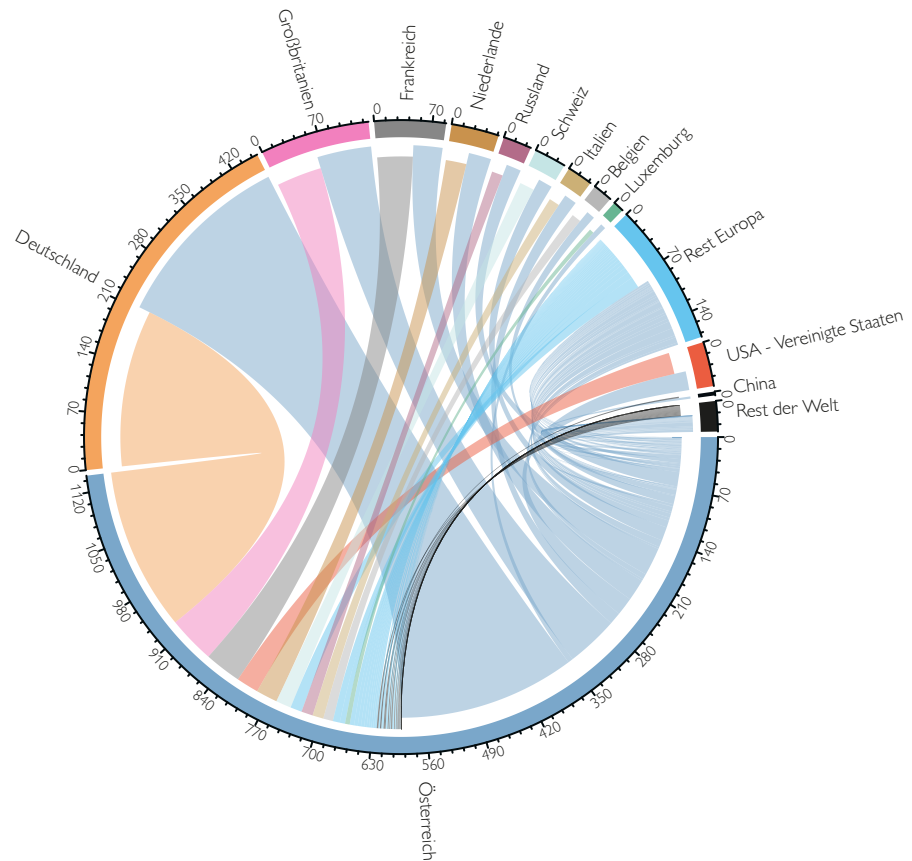
Rund 40 % der ausgehenden wie auch der eingehenden Zahlungen gingen nach bzw. stammten aus Deutschland. Auf Nummer zwei der Länderrangliste lag das Vereinigte Königreich (rund 11 %) gefolgt von Frankreich (6 % der ausgehenden und 9 % der eingehenden Zahlungen).

In der Nettobetrachtung (ausgehende Transaktionen versus eingehende Transaktionen) waren die größten Abflüsse aus Österreich nach Deutschland zu verzeichnen (27,89 Mrd EUR); die größten Zuflüsse nach Österreich stammten aus Frankreich (10,10 Mrd EUR).

Die größten absoluten Zuwächse im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr waren bei Überweisungen zu verzeichnen (ausgehend: +18,79 Mrd EUR bzw. +3,4%; eingehend: 16,16 Mrd EUR bzw. 3,1 %). Das grenzüberschreitende Kartengeschäft stieg relativ am stärksten an (+14,5 % bzw. +1,12 Mrd EUR bei den Kartenzahlungen von Österreichern im Ausland und +12,3 % bzw. +0,77 Mrd EUR bei den Kartenzahlungen von Ausländern in Österreich bei österreichischen Providern). Die größten Rückgänge im Vergleich zum Vorjahr waren bei den durch das Ausland eingezogenen Schecklastschriften in Österreich festzustellen (-0,56 Mrd EUR bzw. -41,4 %) bzw. bei den von Österreichern im Ausland eingezogenen Schecklastschriften (-0,18 Mrd EUR bzw. -32,6 %).

³ Dargestellt werden die Zahlen nach der Richtung des Zahlungsflusses und nicht nach der Richtung des Zahlungsauftrags (z. B. sind Auftrag und Zahlungsfluss bei Lastschriften und Scheckzahlungen gegenläufig).

Grenzüberschreitender Zahlungsverkehr im Jahr 2017



Quelle: OeNB.

Anmerkung: Ausgehende Transaktionen sind eingerückt.

Exkurs Kartenzahlungen

Aufgrund der umfangreicheren Datenlage bei Zahlungskartentransaktionen sind in diesem Segment detailliertere Analysen möglich: Bei den Zahlungskarten-Umsätzen von österreichischen Kartenhaltern zeigte sich im Vergleich zum Jahr 2016 ein Plus von 3,46 Mrd EUR (+9,7%). 77,4% der Umsätze (30,39 Mrd EUR) wurden 2017 im Inland abgewickelt. 8,90 Mrd EUR von insgesamt 39,29 Mrd EUR wurden im Ausland ausgegeben. Die wichtigsten Empfängerländer waren Deutschland, Luxemburg (Sitz von Amazon) und das Vereinigte Königreich; auf sie entfielen zuletzt mehr als die Hälfte der Umsätze.

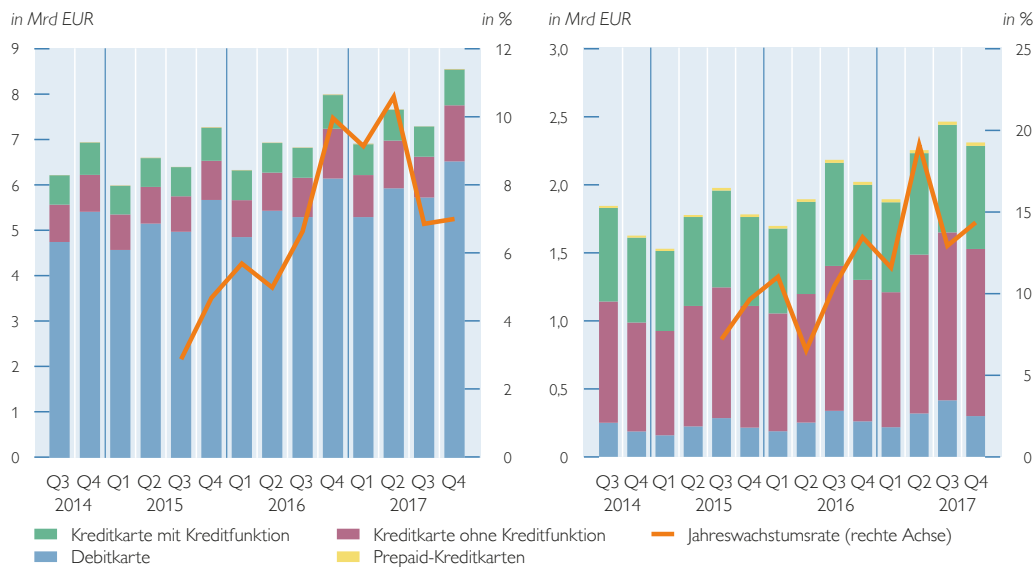
Insgesamt wurden im Jahr 2017 62,9% der Zahlungen mit heimischen Karten mit Debitkarten (sogenannten Bankomatkarten) getätigt. An zweiter Stelle lagen Kreditkarten ohne Kreditfunktion (22,2%), jenen Karten, bei denen ein zinsloser Kredit gewährt und gewöhnlich einmal im Monat der offene Betrag vom Konto eingezogen wird. An dritter Stelle lagen mit 14,6% der Umsätze Kreditkarten mit Kreditfunktion. Karteninhaber können damit ein Konto beim Kartemittenten mit Käufen oder Bargeldbehebungen bis zu einer genehmigten Grenze belasten. Bei der Rückzahlung des Saldos auf diesem Konto kann der Karteninhaber

Grafik 2

Zahlungskartenzahlungen von Österreichern

in Österreich

im Ausland



Quelle: OeNB.

zwischen der vollständigen Rückzahlung zu den standardmäßig vorgesehenen Terminen und der Rückzahlung per Ratenzahlung (Kreditlinie, die vorab vertraglich festgesetzt wird) innerhalb eines festzulegenden Zeitraums wählen. Die restlichen 0,3% des Umsatzes wurden mit Prepaid-Karten (Quick bzw. Prepaid-Kreditkarten) getätigt.

Dabei zeigt sich ein regionaler Unterschied: Während Österreicher in Österreich überwiegend mit Debitkarten zahlten (77,2%) und nur 22,7% der Umsätze mit Kreditkarten durchgeführt wurden, war das Verhältnis im Ausland 84,9% (Kreditkarten) zu 14,0% (Debitkarten). Dies mag auf unterschiedliche Gegebenheiten auf dem ausländischen Zahlungskartenmarkt (Präferenz der Händler wie auch der Konsumenten im Online-Geschäft für Kreditkartenzahlungen) zurückzuführen sein. Die Jahreswachstumsrate der Kartenzahlungen lag zuletzt (Q4 17) im Ausland mit 14,5% deutlich höher als in Österreich (8,3%).

Bei den Kartenzahlungen von Ausländern in Österreich bei österreichischen Providern zeigte sich im Vergleich zum Jahr 2016 ein Umsatzplus von 0,77 Mrd EUR (+12,3%). Die Kartenhalter stammten 2017 zu 38,5% aus Deutschland, zu 8,1% aus der Schweiz, zu 7,1% aus den Niederlanden und zu 6,8% aus dem Vereinigten Königreich. Bei den Kartenhaltern außerhalb Europas kamen 4,3% aus den USA, 1,2% aus China und jeweils 0,6% aus Australien bzw. aus den Vereinigten Arabischen Emiraten.

EZB-Versicherungsstatistik und Solvency-II-Meldewesen

Ergebnisse per Ende des ersten Quartals 2018

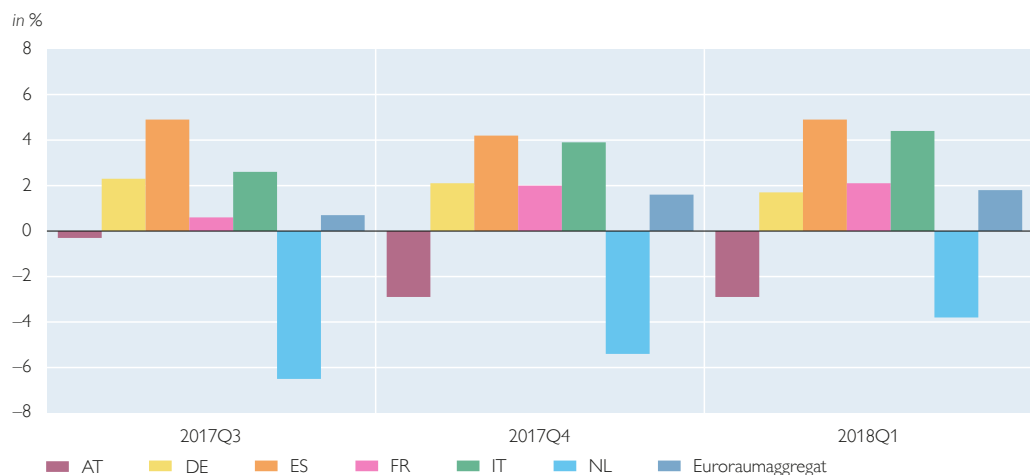
Nina Eder,
Thomas Pöchel¹

Die Kooperation zwischen Aufsichtsbehörden und Zentralbanken bei der Datenkompilierung der Versicherungsstatistik hat sich im Sinne der Entlastung des Meldeaufwands für die Melder bewährt. Seit dem ersten Quartal 2016 werden um EZB-Anforderungen angereicherte Solvency-II-Daten für die Erstellung der EZB-Versicherungsstatistik verwendet. Seit der Einführung der Statistik kam es schrittweise zu Qualitätsverbesserungen. Zudem ist nun aufgrund der längeren Zeitreihe auch erstmals eine Jahresbetrachtung möglich.

Im ersten Quartal 2018 verringerte sich die Bilanzsumme der österreichischen Versicherungsunternehmen gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres um 2,9% auf einen Bestand von 137,3 Mrd EUR. Dieser Rückgang war vornehmlich auf eine Fusion zweier Versicherungsunternehmen zurückzuführen, wobei das fusionierte Unternehmen als Beteiligungsgesellschaft fortbestand und nicht mehr dem Versicherungssektor hinzuzurechnen war. Die Fusion wurde somit als transaktionsbedingte Veränderung gewertet. Die Versicherungswirtschaft des Euroraums verzeichnete hingegen ein positives Jahreswachstum von +1,8% auf insgesamt 7.949 Mrd EUR. Ein Vergleich der Jahreswachstumsraten der Bilanzsummen einiger ausgewählter Länder zeigt, dass Österreich gemeinsam mit den Niederlanden und einigen anderen kleineren Ländern im negativen Bereich liegt, wogegen Länder wie Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland mit Jahreswachstumsraten zwischen 1,7% und 4,9% zum ersten Quartal 2018 das positive Wachstum des Euroraumaggregats tragen.

Grafik 1

Jahreswachstumsraten der Bilanzsumme, Euroraumaggregat vs. ausgewählte Länder



Quelle: OeNB, EZB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, nina.eder@oebn.at, thomas.poechel@oebn.at

Am heimischen Versicherungsmarkt nahmen die versicherungstechnischen Rückstellungen mit einer Jahreswachstumsrate² von $-2,8\%$ auf einen Bestand von 86,8 Mrd EUR ab (Q1 18). Reduktionen gab es sowohl im Lebens- als auch im Nicht-Lebensversicherungsbereich. Rückstellungen für Lebensversicherungen, die 90% der gesamten Rückstellungen bildeten, verringerten sich um 2 Mrd EUR bzw. $2,5\%$ gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres auf einen Bestand von 77,6 Mrd EUR. Sowohl die Rückstellungen für klassische Lebensversicherungen als auch jene für fonds- und indexgebundene Lebensversicherungen zeigten negative Jahreswachstumsraten von $-2,6\%$ bzw. $-1,8\%$. Insbesondere die Rückstellungen für konventionelle Lebensversicherungen nahmen im Laufe des Jahres um 1,6 Mrd EUR auf einen Bestand von 60 Mrd EUR ab. Der Grund für diese verhältnismäßig starken Rückgänge liegt unter anderem in der Abreifung etlicher alter Lebensversicherungsverträge und den damit verbundenen Auszahlungen.

Im Euroraum beliefen sich die versicherungstechnischen Rückstellungen im ersten Quartal 2018 auf 6.009,5 Mrd EUR, die entsprechende Jahreswachstumsrate lag bei $+2\%$. Für Lebensversicherungen erhöhten sich die Rückstellungen im Gegensatz zum heimischen Versicherungsmarkt im Jahresabstand deutlich um 111,3 Mrd EUR ($1,5\%$) auf 5.450,6 Mrd EUR.

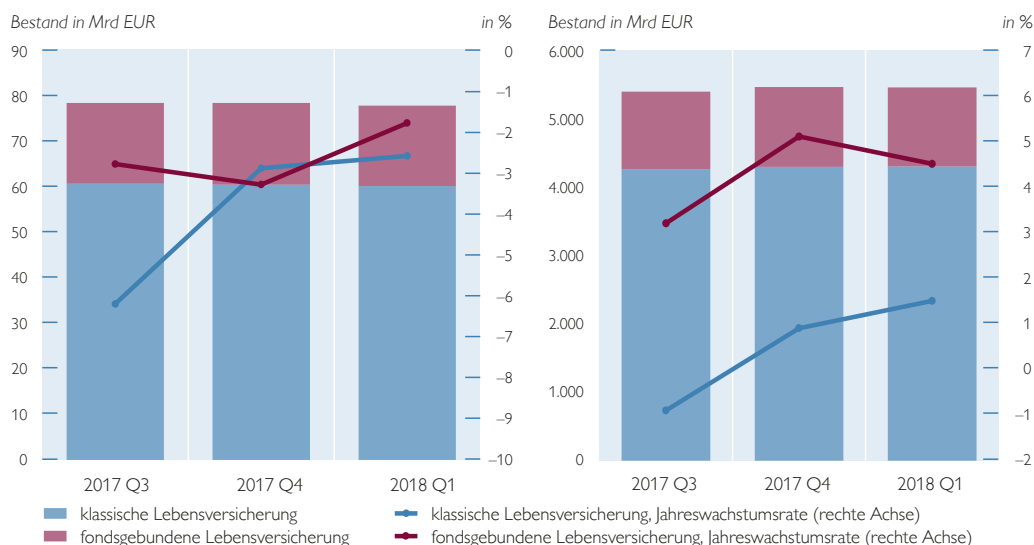
Rückstellungen für klassische Lebensversicherungen stiegen im Jahresvergleich um $1,5\%$ bzw. 61,9 Mrd EUR auf einen Bestand von 4.294,9 Mrd EUR. Rückstellungen für fonds- und indexgebundene Lebensversicherungen erhöhten sich im Jahresabstand um 49,6 Mrd EUR bzw. $4,5\%$ auf 1.155,7 Mrd EUR.

Veranlagungsseitig dominierten bei Versicherungen in Österreich Schuldverschreibungen mit einem Anteil von 40% der Bilanzsumme bzw. 54,3 Mrd EUR

Grafik 2

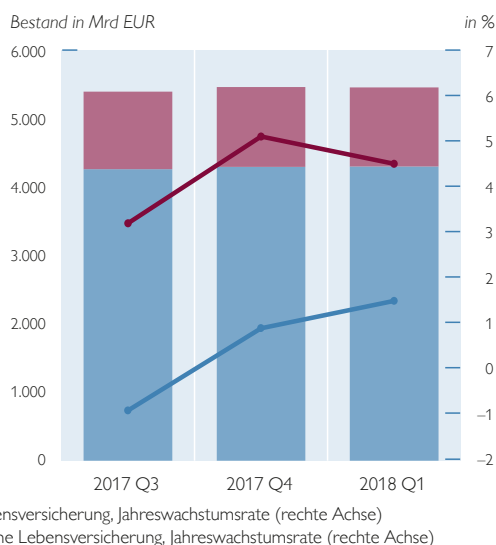
Versicherungstechnische Rückstellungen, klassische vs. fondsgebundene Lebensversicherungen

Österreich



Quelle: OeNB, EZB.

Euroraum



² Alle angeführten Jahreswachstumsraten sind um nicht-transaktionsbedingte Veränderungen bereinigt.

(Q1 18). Im Jahresverlauf erwarben die heimischen Versicherungsunternehmen Schuldverschreibungen in Höhe von 1,2 Mrd EUR, die entsprechende Jahreswachstumsrate betrug +2,3 %. Den weitaus größten Anteil der gehaltenen Schuldverschreibungen machten mit 42,6 Mrd EUR bzw. 78 % des Gesamtbestands jene Rentenwerte aus, die von Ansässigen des Euroraums begeben wurden. Die entsprechende Jahreswachstumsrate betrug +1,3 %. Innerhalb dieser Gruppe wurden 36 % bzw. 15,3 Mrd EUR in Staatsschuldverschreibungen investiert.

Die zweitgrößte Veranlagungskategorie österreichischer Versicherungen stellten auch im ersten Quartal 2018 Investmentzertifikate mit einem Anteil von 25 % an der Bilanzsumme bzw. 33,9 Mrd EUR dar. Gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres nahm das in Investmentzertifikate investierte Volumen transaktionsbedingt um 0,2 Mrd EUR ab, die entsprechende Jahreswachstumsrate betrug -0,5 %.

Im Bereich der Anteilsrechte, die 16 % der Bilanzsumme ausmachten, kam es aufgrund der eingangs beschriebenen Fusion zu einem transaktionsbedingten Rückgang von 2,4 Mrd EUR bzw. 10,2 % auf 21,3 Mrd EUR.

Auch im Euroraum stellten die Schuldverschreibungen mit einem Anteil von 42 % an der Bilanzsumme den größten Posten dar. Zwischen Q1 17 und Q1 18 wurde transaktionsbedingt ein Rückgang in Höhe von 5,7 Mrd EUR auf einen Bestand von 3.312,1 Mrd EUR verzeichnet. Der Großteil der Investitionen erfolgte in jene Schuldverschreibungen, die von Ansässigen des Euroraums begeben wurden (81 % bzw. 2.672,6 Mrd EUR), wovon rund 60 % bzw. 1.577 Mrd EUR in Staatsanleihen investiert wurden.

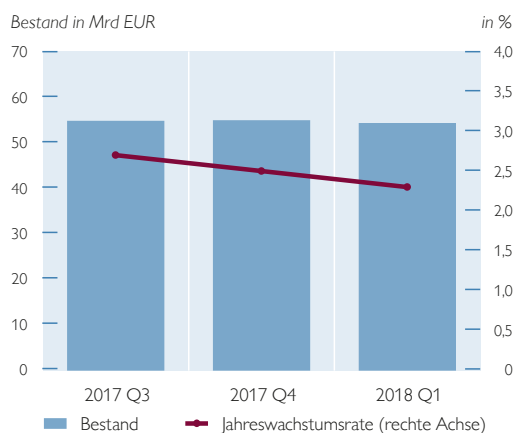
Im Euroraum kam es in der Veranlagungskategorie der Investmentzertifikate im Gegensatz zu Österreich im Jahresabstand zu transaktionsbedingten Zuflüssen in Höhe von 141,1 Mrd EUR (7,8 %) auf einen Bestand von 1.930,6 Mrd EUR.

Anteilswerte, die im Euroraum 10 % der Bilanzsumme ausmachten, erhöhten sich um 29,9 Mrd EUR bzw. 3,8 % auf insgesamt 825,5 Mrd EUR.

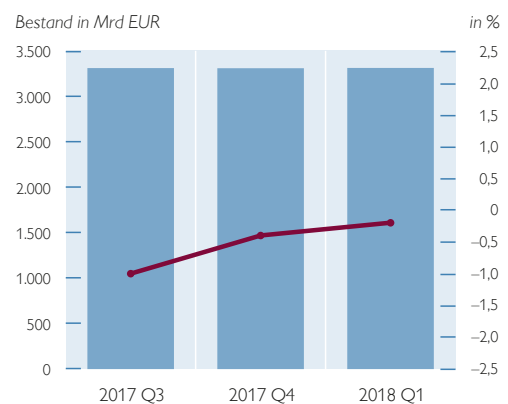
Grafik 3

Schuldverschreibungen, gehalten von Versicherungsunternehmen

Österreich



Euroraum

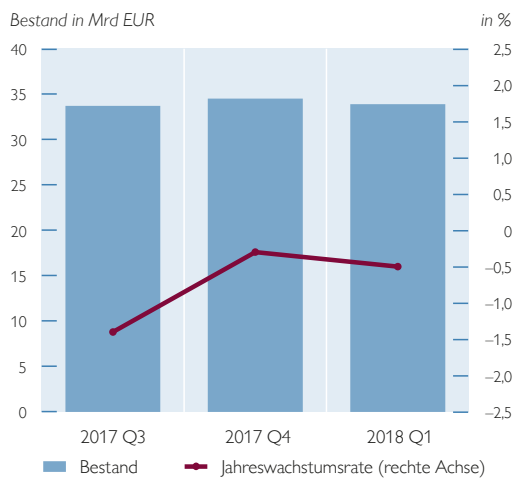


Quelle: OeNB, EZB.

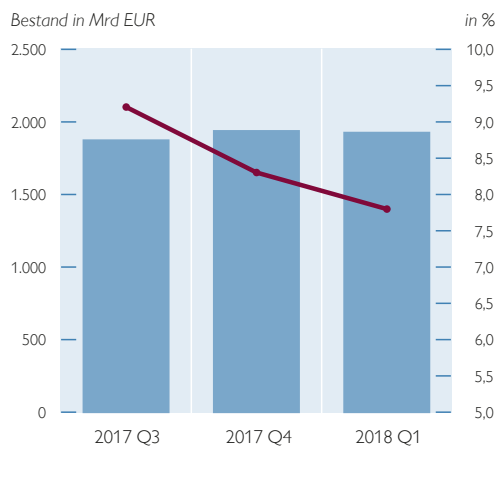
Grafik 4

Investmentfonds, gehalten von Versicherungsunternehmen

Österreich



Euroraum

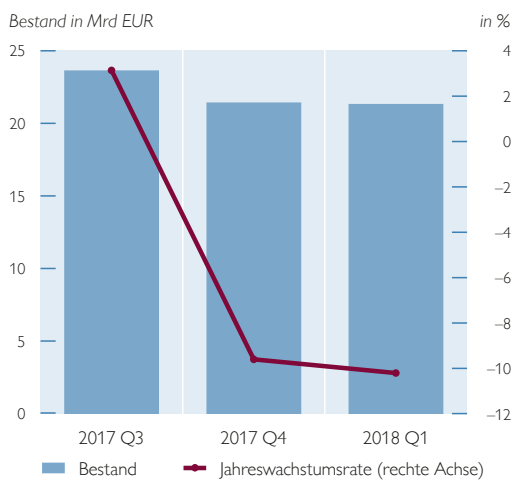


Quelle: OeNB, EZB.

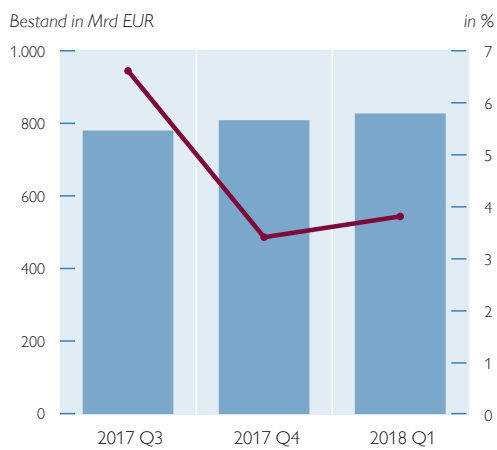
Grafik 5

Aktien, sonstige Dividendenwerte und Beteiligungen, gehalten von Versicherungsunternehmen

Österreich



Euroraum



Quelle: OeNB, EZB.

Analysen

Executive Summaries

Managing the processing chain from banks' source data to statistical and regulatory reports in Austria

Data reporting and user requirements have grown significantly and are getting more and more granular and complex, also in the field of central banks' statistics and supervision. Traditionally, each authority used to devise its own approach to data collection and definition, and each reporting agent implemented these requirements on its own. This often led to redundant and non-harmonised data collection schemes and inconsistent implementations between banks resulting in inefficient reporting processes and complicated data analysis. This unsatisfactory situation combined with the risk of exploding costs encouraged the Austrian banks and OeNB to realise new approaches to data reporting. This paper starts with a description of the important initial phase of the Austrian paradigm change in banks' reporting. The main features of this new reporting approach are (1) collaboration between the OeNB and banks and among banks, (2) the realization of synergies between banks using a shared reporting platform, and (3) the reporting data model developed jointly by banks and the OeNB. The involved OeNB experts have been invited to speak at numerous international conferences and bilateral meetings as well as to hold important positions in comparable projects of the European System of Central Banks (ESCB), bearing witness to the OeNB's leading role in modernizing reporting.

Significant narrowing of interest rate differentials between euro area countries after 2013

The lending rate differentials in retail banking, which had widened during the crisis years from 2008 to 2013, have narrowed significantly since 2013. In response to the ECB's accommodating monetary policy measures, money market and retail interest rates reached historical lows and the higher risk premiums in the countries most affected by the crisis declined, which caused interest rate differentials in the euro area to contract. Against this backdrop, Austrian households as well as nonfinancial corporations benefitted from the comparatively low cost of new borrowing.

High demand for corporate loans amid favorable conditions

Favorable economic conditions have been fueling demand for corporate loans since late 2016, and the outlook remains positive. The uptrend is especially pronounced for long-term loans. Survey respondents attribute the rise in demand to Austrian businesses' increased financing needs for investment, which continues to be robust. Moreover, the cost of new borrowing for businesses has been going down, with banks lowering their margins on average-risk loans since mid-2016 mainly due to competitive reasons. In retail bank lending, only minor changes were registered during the second quarter of 2018. Given their lower risk appetite, banks tightened their credit standards as well as credit terms and conditions for housing loans slightly. Demand for loans remained unchanged. Respondents indicated no change in Austrian banks' access to refinancing sources after several quarters of continuous improvement. Medium- to long-term bonds in particular have become a more viable source of funding since the beginning of 2017. During the first half of 2018, regulatory activities above all led to a further strengthening of banks' capitalization, but also to a reduction of riskier loans. These trends have been observable for several years now. According to the survey results, nonperforming loans have barely had an impact on Austrian banks' lending standards (this question was included for the first time in the July 2018 survey and will be repeated every six months).

Austrian households' debt service from 2009 to 2017

In this study, we calculate – to our knowledge for the first time – the debt service (i.e. the sum of interest payments and amortizations) of Austrian households based on reporting data, covering the period from 2009 to 2017. In 2017, the debt service came to EUR 26.1 billion, with euro-denominated housing loans accounting for almost half (46.3%) of Austrian households' debt service payments, euro-denominated consumer and other loans for 40.2%, and foreign currency loans (which cannot be broken down by loan purpose) for 13.5%. From 2009 to 2017, Austrian households' debt service increased by EUR 5.1 billion or 24.1% in nominal terms. Housing loans were the main driver (+70.3%), whereas the servicing of consumer and other loans remained virtually unchanged (-2.0%). In real terms (deflated by the HICP), total debt service payments rose by 6.6%. Debt service payments relative to disposable income across the entire household sector only edged up slightly from 12.2% in 2009 to 12.7% in 2017.

Management des Verarbeitungsprozesses von den Quelldaten der Banken bis zu statistischen und aufsichtlichen Erhebungen in Österreich

Die Melde- und Nutzeranforderungen im Meldewesen wurden in den letzten Jahren zunehmend granular und komplex, insbesondere betreffend die Statistiken der Zentralbanken und der Bankenaufsicht. Ursprünglich verfolgte jede Behörde ihren eigenen Ansatz hinsichtlich Datenerhebung und Festlegung der Meldeanforderungen, die von Meldepflichtigen in voneinander isolierten Prozessen umgesetzt wurden. Dies führte häufig zu einer redundanten, uneinheitlichen Datenerhebung und einer inkonsistenten Umsetzung durch Banken, was Meldeprozesse ineffizient machte und die Datenanalyse erschwerte. Um dieser wenig zufriedenstellenden Situation entgegenzuwirken und das Risiko einer Kostenexplosion zu minimieren, beschlossen die österreichischen Banken und die OeNB, neue Ansätze für das Meldewesen zu entwickeln und umzusetzen. Die Grundpfeiler dieses neuen Ansatzes sind (1) die Zusammenarbeit der OeNB mit den Banken sowie der Banken untereinander, (2) die Realisierung von Synergien zwischen Banken mittels einer gemeinsamen Meldewesen-Plattform und (3) das gemeinsame Meldewesen-Datenmodell, das von den Banken und der OeNB entwickelt wird. Die beteiligten OeNB-Expertinnen und -Experten werden regelmäßig eingeladen, bei internationalen Konferenzen und bilateralen Meetings vorzutragen, und nehmen Schlüsselpositionen in vergleichbaren Projekten des ESZB ein. Dies zeigt, dass die OeNB in der Modernisierung des Meldewesens eine Vorreiterrolle einnimmt.

Deutlicher Rückgang der Zinsunterschiede zwischen Euroraum-Ländern ab 2013

Die im Zuge der krisenhaften Entwicklungen im Zeitraum 2008 bis 2013 bei den Kreditzinssätzen im Kundengeschäft entstandenen Unterschiede nahmen ab 2013 deutlich ab. Die Umsetzung der expansiven geldpolitischen Maßnahmen der EZB führten zu historischen Tiefstständen bei den Geldmarkt- und Kundenzinssätzen, ließen die höheren Risikoaufschläge in den von der Krise besonders betroffenen Ländern zurückgehen und reduzierten damit die Zinsunterschiede im Euroraum. Vor diesem Hintergrund konnten österreichische private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen von den vergleichsweise niedrigen Kreditzinssätzen profitieren.

Starke Nachfrage nach Unternehmenskrediten trifft auf günstige Konditionen

Bereits seit Ende 2016 steigt die Nachfrage nach Unternehmenskrediten aufgrund der guten Konjunktur. Auch der Ausblick ist positiv. Dieser Trend ist bei den langfristigen Krediten am stärksten ausgeprägt. Die Umfrageteilnehmer sehen die verstärkte Nachfrage im gestiegenen Finanzierungsbedarf für die anhaltend starke Investitionstätigkeit der österreichischen Unternehmen. Die Aufnahme neuer Kredite ist für die Unternehmen zudem zu immer günstigeren Konditionen möglich, da die Banken ab Mitte 2016 – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Kredite immer weiter gesenkt haben. Im Privatkundengeschäft kam es im zweiten Quartal 2018 nur zu leichten Änderungen. Die Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen für Wohnbaukredite wurden aufgrund gesunkener Risikotoleranz der Banken (Bereitschaft der Banken, bei der Kreditvergabe Risiken einzugehen) etwas verschärft. Die Kreditnachfrage blieb unverändert. Beim Zugang der österreichischen Banken zu Refinanzierungsquellen meldeten die Umfrageteilnehmer eine weitgehend unveränderte Situation, nachdem es davor über mehrere Quartale hinweg durchwegs Verbesserungen gegeben hatte. Vor allem die Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen ist seit Anfang 2017 leichter geworden. Regulatorische Aktivitäten führten im ersten Halbjahr 2018 vor allem zu einer weiteren Stärkung der Eigenkapitalpositionen der Banken, aber auch zu einem Abbau risikoreicherer Kredite. Mit diesen Entwicklungen wurden mehrjährige Trends fortgesetzt. Notleidende Kredite haben gemäß den Umfrageergebnissen kaum Auswirkungen auf die Kreditvergabepolitik der österreichischen Banken (erstmalige Fragestellung in dieser Umfragerunde, halbjährliche Wiederholung geplant).

Schuldendienst der privaten Haushalte in Österreich 2009 bis 2017

In der vorliegenden Ausarbeitung wird – nach unserem Wissensstand erstmalig – der Schuldendienst der österreichischen privaten Haushalte für den Zeitraum 2009 bis 2017 auf Basis von Meldedaten berechnet. Der Schuldendienst betrug im Jahr 2017 26,1 Mrd EUR. Knapp die Hälfte (46,3%) entfiel auf Wohnbaukredite in Euro, 40,2% auf Konsum- und sonstige Kredite in Euro sowie 13,5% auf Fremdwährungskredite (die nicht auf Verwendungszwecke aufgeteilt werden können). Der Schuldendienst stieg von 2009 bis 2017 nominell um 5,1 Mrd EUR oder 24,1%. Der Anstieg wurde durch Wohnbaukredite getrieben (+70,3%), wohingegen der Schuldendienst für Konsum- und sonstige Kredite praktisch unverändert blieb (-2,0%). Real (HVPI-deflationiert) betrug der Anstieg des gesamten Schuldendienstes 6,6%. Die Schuldendienstquote stieg von 12,2% der verfügbaren Haushaltseinkommen des gesamten Haushaltssektors im Jahr 2009 nur leicht auf 12,7% im Jahr 2017.

Executive Summaries

Performance of Austrian mutual funds

Austrian mutual funds take portfolio decisions in accordance with the legal provisions on investments. This article examines the performance of Austrian funds as well as their volatility during the observation period between April 2011 and March 2018. The analysis is based on historical reporting data and draws on the methodology used by the Austrian Financial Market Authority and the Oesterreichische Kontrollbank (OeKB). The results show that Austrian equity funds outperformed all other fund categories almost throughout the entire observation period. At the same time, most equity funds were more than twice as volatile as the overall mutual fund market. In contrast, the performance of fixed-income funds and mixed funds was less volatile due to their specific asset allocation. Austrian real estate funds exhibited a relatively stable but comparatively low performance over the entire observation period. Yet, in times of sharp declines in the stock market, the performance of all other fund categories converged toward that of real estate funds.

Performance of European listed corporations in 2016

Developments in the profitability of the European corporations under study (as measured by the ratio of operating profit to total assets) were positive in 2016, reflecting increasing growth rates. The rate of return continued to rise as well, revealing, however, a significant north-south gap. Even though Austrian corporations recorded below-average growth rates in our cross-country comparison, their rate of return remained at a high level. Furthermore, Austrian listed corporations continued to perform very well in terms of their equity levels. With regard to debt financing, Austrian corporations relied mainly on bank loans, whereas bond financing dominated in the other countries we reviewed. According to our analysis, financial liabilities contracted slightly at the European level, while increasing modestly in Austria. We based our analysis on annual financial statements data of listed nonfinancial corporations in eight countries (Austria, Belgium, Germany, Spain, France, Greece, Italy and Portugal).

Insolvency trends in Austria for 2017

According to the Austrian creditors protection associations, the ratio of newly opened corporate insolvency proceedings to the total number of enterprises decreased to 2.8% (Kreditschutzverband – KSV) or 2.4% (Alpenländischer Kreditorenverband – AKV) in 2017. Data sources used by the OeNB confirmed this by indicating a drop to 2.3%. Our findings also point to a decline in the number of new insolvencies that involved large credit exposures and were hence listed in the Central Credit Register (CCR). Moreover, the corresponding CCR volume stagnated at a low level. External data sources predict a slight increase in new insolvencies for 2018, based on economic forecasts that indicate growth stimuli in international markets and a pickup in investments hitherto postponed. As this would lead to an economic uptrend, the forecasts assume a cautious yet noticeable rise in interest rate levels in the euro area.

Performance österreichischer Investmentfonds

Im Rahmen der gesetzlich festgeschriebenen Veranlagungsgrundlagen treffen österreichische Fonds ihre Portfolioentscheidungen. Basierend auf historischen Meldedaten und in Anlehnung an die Methodologie der Finanzmarktaufsicht Österreich und der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) wurden im vorliegenden Artikel die Performanzenwerte österreichischer Fonds und deren Volatilität im Beobachtungszeitraum zwischen April 2011 und März 2018 untersucht. Das Ergebnis zeigt, dass die österreichischen Aktienfonds im Vergleich zu allen anderen Fondskategorien eine nahezu über den gesamten Beobachtungszeitraum höhere Performance aufwiesen, wobei die damit verbundene Volatilität in den meisten Fällen mehr als doppelt so hoch wie jene des Gesamtfondsmarktes war. Die Performanzenwerte der Rentenfonds und gemischten Fonds waren hingegen aufgrund ihrer Portfoliostruktur weniger volatil. Die österreichischen Immobilienfonds wiesen über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg eine relativ stabile, jedoch vergleichsweise niedrige Performance auf, wobei sich die Performanzenwerte aller anderen Fondskategorien in Zeiten starker Kurseinbrüche jenen der Immobilienfonds annäherten.

Entwicklung der europäischen börsennotierten Konzerne 2016

Die Ertragskraft der analysierten europäischen Konzerne (gemessen am Betriebsergebnis im Verhältnis zur Bilanzsumme) zeigte 2016 eine positive Entwicklung mit steigender Wachstumsrate. Auch die Rentabilität konnte weiter erhöht werden; es war jedoch ein deutliches Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Im Ländervergleich verzeichneten die österreichischen Konzerne zwar ein unterdurchschnittliches Wachstum, die Rentabilität blieb allerdings auf hohem Niveau. Hinsichtlich der Eigenmittelausstattung schnitten die heimischen börsennotierten Konzerne wie zuvor sehr gut ab. Die Fremdfinanzierung der österreichischen Konzerne lief primär über Bankkredite, während in den anderen Ländern die Finanzierung über Anleihen dominierte. Die Finanzverschuldung zeigte in der Analyse auf der europäischen Ebene eine leicht rückläufige Tendenz, in Österreich hingegen einen leichten Anstieg. Die Analyse basiert auf den Jahresabschlussdaten von nichtfinanziellen börsennotierten Konzernen von insgesamt acht Ländern (Österreich, Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien und Portugal).

Entwicklung der Insolvenzen in Österreich im Jahr 2017

Im Bereich neu eröffneter Unternehmensinsolvenzen berichtet der Kreditschutzverband (KSV) für das Jahr 2017 über einen Rückgang der Insolvenzquote auf 2,8%, der Alpenländische Kreditorenverband (AKV) von einem Rückgang auf 2,4%. Mit einem Rückgang auf 2,3% bestätigt auch das Ergebnis aus Datenquellen, die die OeNB verwendet, das Bild. Letzteres zeigt darüber hinaus, dass die Anzahl jener Neu-Insolvenzen, die große Kreditengagements eingingen und somit im Zentralkreditregister (ZKR) erfasst wurden, zurückgegangen ist. Zudem ist eine Stagnation des entsprechenden ZKR-Volumens auf niedrigem Niveau zu beobachten. Basierend auf Wirtschaftsprognosen, wonach für 2018 Wachstumsimpulse auf den Weltmärkten erwartet werden und bislang unterbliebene Investitionen folgen sollen, sehen externe Datenquellen im Ausblick für das Jahr 2018 leichte Anstiege bei den Neu-Insolvenzen. Im Zuge der damit ausgelösten Konjunkturbelebungen gehen die Prognosen davon aus, dass in einem weiteren Schritt das Euro-Zinsniveau vorsichtig, aber dennoch spürbar angehoben wird.

Managing the processing chain from banks' source data to statistical and regulatory reports in Austria

Katharina Kienecker,
Günther Sedlacek,
Johannes Turner

Data reporting and user requirements have become increasingly granular and demanding, which also applies to central bank and banking supervision statistics. Traditionally, every authority devised its own approach to collecting data and defining requirements, and every reporting agent implemented these requirements separately. This isolated approach frequently resulted in redundant and non-harmonized data collection schemes and inconsistent implementation by different banks, making reporting processes inefficient and data analysis complicated. Austrian banks and the Oesterreichische Nationalbank (OeNB) decided to develop and implement new approaches to data reporting to address this unsatisfactory reporting situation and to minimize the risk of exploding costs.

This paper starts with a description of the important initial phase of the Austrian paradigm change in banks' reporting. The main features of this new reporting approach are (1) collaboration between the OeNB and banks and among banks, (2) the realization of synergies between banks using a shared reporting platform, and (3) the reporting data model developed jointly by banks and the OeNB. The involved OeNB experts have been invited to speak at numerous international conferences and bilateral meetings as well as to hold important positions in comparable projects of the European System of Central Banks (ESCB), bearing witness to the OeNB's leading role in modernizing reporting.

The number of reports that banks have to provide to meet monetary policy, financial stability and supervision requirements has grown substantially in recent years and continues to do so. At the same time, reporting data need to be increasingly granular and complex. Most recently, EU efforts to impose uniform supervisory reporting requirements as published by the European Banking Authority (EBA) in 2014¹ as well as the adoption of European Central Bank's (ECB) statistics regulation on the collection of granular credit and credit risk data² (for the ECB's Ana-Credit dataset) in 2016 have placed greater demand on institutions to provide more and higher-quality data.

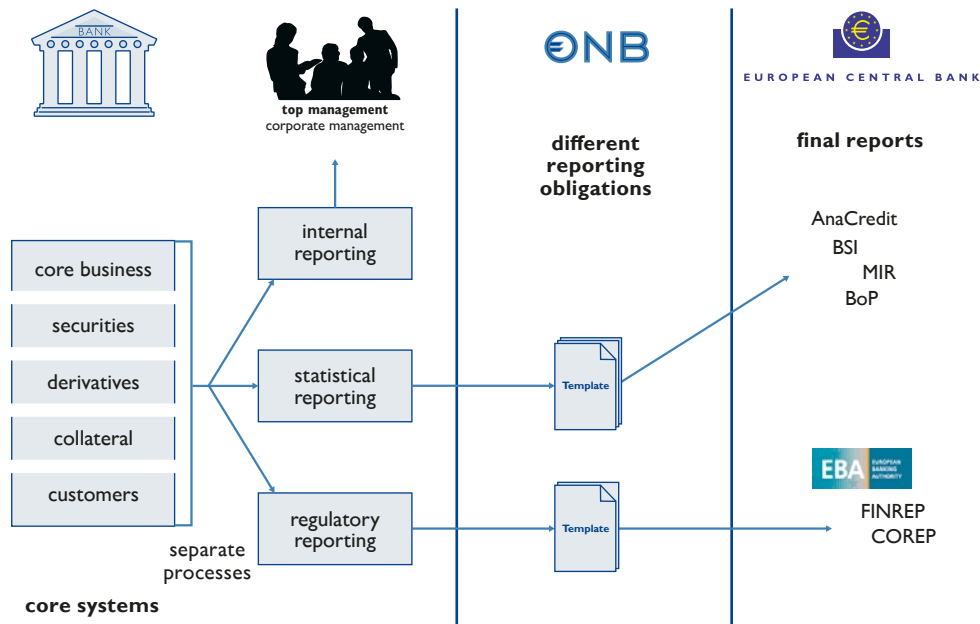
Traditionally, every authority devised its own approach to collecting data and defining requirements. This system not only increased the reporting burden but also frequently resulted in redundant and non-harmonized data collection schemes and thus in a lack of data consistency. Many different approaches also make it difficult to keep track of the overall reporting and compilation process. Additionally, the competent authorities often describe complex data requirements in verbal form, thus leaving room for interpretation. The lack of harmonized and precise specifications and data dictionaries may result in inconsistent implementations among banks and therefore, for instance, to different classifications of the same business case. Furthermore, without harmonization, data analysis becomes complicated, and establishing links between different reports is difficult. The more data are needed and the more granular they have to be, the more obvious the

¹ "Implementing Technical Standards on Supervisory Reporting" (the EBA's ITS on reporting), see https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:JOL_2014_191_R_0001.

² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX%3A32016R0867>.

Chart 1

Traditional silo reporting processes



Source: OeNB.

Note: AnaCredit = analytical credit datasets, BSI = balance sheet items, MIR = monetary financial institution interest rates, BoP = balance of payments, FINREP = financial reporting framework, COREP = common reporting framework.

inefficiency of such data collection and compilation processes becomes (see chart 1 for a simplified representation of traditional silo reporting processes). This unsatisfactory situation combined with the risk of exploding costs prompted Austrian banks and the OeNB to launch new approaches to data reporting.

Turner and Sedlacek (2015) lists the existing balance sheet-related reporting requirements that significant Austrian credit institutions (at an unconsolidated level) must meet for secured loans to nonfinancial corporations as an example (subject to different frequencies, different reporting deadlines and different aggregation levels). This example demonstrates how often the authorities collect redundant or similar information.

The OeNB has a long-term tradition of data collection and has acquired great experience in this area. Its statistics department has long been responsible for collecting and compiling all standardized statistical as well as regulatory data to be sent to the OeNB. Furthermore, the OeNB was one of the pioneers in collecting security-by-security data and using them for different purposes (see Sedlacek, 2008). The OeNB also has a long tradition of cooperating with banks to solve reporting issues. Against this background, the OeNB launched a discussion with banks about new and innovative ways in reporting already in 2011 (see also Hille, 2013).

The first section gives some background information about the important initial development phase of the new Austrian reporting landscape for banks. Section 2 reviews collaboration with banks, one of the key features of the OeNB's new approach to reporting. Section 3 describes the OeNB's reporting data model, its current use and an outlook for further development in depth. International aspects

are discussed in section 4. The final section provides an outlook for the future potential of the data model, such as its use for banks' internal reporting processes.

1 Launching a paradigm change in reporting

Some resistance has to be expected when a paradigm change is introduced. Therefore, it is crucial to bring the key players of all stakeholders on board. After several brainstorming sessions with banks' experts, the largest Austrian banks and the OeNB started a discussion about a new innovative reporting system at the top management level. It was also important not only to convince the banks of the idea, but to discuss different scenarios developed jointly by the OeNB and banks. When the discussion phase was wrapped up in 2012, the top management of the OeNB and the largest Austrian banks concluded a cooperation agreement featuring the following two pillars of the new reporting landscape:

- 1 establishment of a Standing Committee on Reporting (SCoM) chaired by the OeNB;
- 2 joint specification of a precise integrated data model for statistical and regulatory reporting.

Legal requirements oblige banks only to send the reporting forms that the OeNB or international institutions like the EBA specify but not to implement the data model. However, the OeNB expects banks to do so. It was agreed that this integrated data model should be not only the basis for external reporting to the OeNB, but also for banks' internal financial and risk reporting in the long term.

In parallel, banks and the OeNB started a discussion on the most efficient way to implement the joint data model. They assessed three scenarios:

- 1 joint hardware (e.g. in the form of a joint data processing center), but separate software development;
- 2 joint software development to be run separately in each bank;
- 3 establishment of a joint reporting company responsible for hardware and the maintenance of the joint software.

After an intensive discussion process, the largest Austrian banks decided on scenario 3 in 2014 and founded the joint company Austrian Reporting Services GmbH (AuRep). The OeNB does not participate in AuRep.

2 Collaboration with banks

2.1 Standing Committee on Reporting (SCoM)

As a follow-up of the collaboration agreement, the Standing Committee on Reporting (SCoM) was founded at the beginning of 2013 and held its first meeting in June 2013. SCoM is the central communication platform on reporting for the OeNB and Austrian banks. It consists of a steering body and expert groups, and is chaired and organized by the OeNB.

The steering committee meets every two months. Its members are line managers responsible for regulatory and statistical reporting at the largest Austrian banks³ and the OeNB. Representatives of the Financial Market Authority, the

³ Erste Group Bank, UniCredit Bank Austria, Raiffeisen Bank International, Raiffeisen Landesbank Oberösterreich, Sberbank Europe, BAWAG, Volksbank Wien, Hypo-Verband, Austrian Bankers' Association.

Austrian Economic Chambers and AuRep act as observers. The main tasks of this body are:

- holding strategic discussions and taking decisions on (1) the development of the reporting data model (e.g. what contents are to be integrated, what timelines for data model releases are to follow, and what specific modeling aspects are to be included), and (2) necessary amendments to national legal acts;
- giving advice on specific methodological issues;
- providing information about national and international developments in statistical and regulatory reporting.

The OeNB organizes and chairs several expert group meetings a year in addition to the steering committee meetings. The frequency of the meetings depends on the intensity of the development phase. The banks' experts who attend those meetings are mostly from reporting divisions, but sometimes also from specific divisions like risk or accounting, depending on what is being discussed. Additionally, experts from software development companies as well as from consulting firms are invited following the recommendation of banks' experts. Reporting developments are presented and specific data model issues are discussed and developed at expert group meetings. The expert groups are authorized to take minor decisions on data modeling issues and to prepare strategic topics for the SCom steering body for decision.

Participants of both groups may submit topics for discussion.

In addition, the top management meets once a year to review recent developments in reporting and to decide about strategic aspects going forward.

Altogether, our experience shows that intensive discussions and joint decisions are a win-win situation and very much appreciated by both the OeNB and Austrian banks. Practice has shown that open communication fosters mutual understanding and facilitates the drafting of national legislation. The presentations and minutes of all the meetings are documented transparently in the OeNB's reporting wiki, which is accessible to banks, software developers, consultants and all parties that have a justified interest in reporting issues on request.⁴

2.2 AuRep

Seven banks founded AuRep in 2014 as a shared reporting platform. In 2015, the Raiffeisen banking sector also joined AuRep, which means that now more than 90% of the Austrian banking sector (in terms of the number of banks and the balance sheet total) uses this platform. AuRep acts as a central manager and tester of the joint reporting software and constitutes the interface between software developers and the banks that use the software. Additionally, AuRep organizes training courses on the reporting software and organizes expert group meetings to discuss specific data model issues for banks' staff. AuRep is a central point of contact to the OeNB on technical issues and cooperates closely with OeNB on the development of the integrated data model.

However, banks are still responsible for managing their internal data warehouses such that they are able to fill the input layer of the integrated data model (see section 3.1), which is implemented and operated by AuRep. Furthermore, banks are

⁴ <http://www.myoenb.com/>. To request access, users must fill in the contact form at <https://www.oenb.at/Kontakt/Kontaktformular.html?id=11823bac83654f26b0078a4e8ea016a8>.

liable for the data quality of their reports as well as for calculating own funds, risk weighted assets, consolidated values and other key figures. For confidentiality reasons, AuRep's staff has no access to the physical data included in the data model. However, AuRep tests the model and software with real data that banks provide in an anonymized form.

Banks' main reason for establishing this reporting company was to benefit from as many synergies as possible. AuRep's structure and tasks indicate the key synergy potentials:

- AuRep is a central technical platform for generating reporting data.
- While developing a uniform software would have been possible without establishing AuRep, it is more convenient to have AuRep maintain and (to some extent) test the unique reporting software that is based on the joint reporting data model rather than to have separate reporting activities in every bank.
- AuRep provides for a shared IT Infrastructure and operations.
- AuRep facilitates communication between banks on
 - discussing and agreeing a common strategy on data model development;
 - sharing the data quality management methodology;
 - establishing AuRep as banks' competence center for reporting and thus enabling a common interpretation of the reporting data model and reporting rules.
- AuRep is the central technical interface to the OeNB. It concentrates technical issues in a single company and thus eliminates banks' need to address separate, mostly similar, requests to the OeNB.

Realization of these synergies is expected to lead to (1) higher data quality, (2) a reduced reporting burden (and thus reduced costs), and (3) better knowledge transfer between banks.

Although such a project implies substantial challenges and a large initial effort, AuRep is on a good way to achieving these synergies and has established itself as a successful intermediary between banks, the software developer and the OeNB. However, AuRep still faces many permanent technological challenges, such as (1) the high number of (dependent) processes, (2) a high data volume, (3) banks' different interests, (4) necessary regression testing of the software, and (5) limited test cases. The first two issues could lead to massive performance problems, while the last three form constraints on the successful delivery of a new software release. Data security is also a critical and important topic. For instance, it must be ensured that each staff member of a certain bank has only access to the data of that bank.

Apart from the synergy potentials for the banking industry, the OeNB itself had high expectations of the establishment of a central reporting platform. The (expected) advantages include the following:

- A central platform would improve the quality of reports by
 - providing for consistent implementation of the data model;
 - centralizing enrichment, aggregation, quality assessment and correction procedures.
- A central platform acts as a central contact for technical reporting issues.
- A central platform provides support for data modeling.

AuRep has become a key player in reporting and has gained great acceptance in the reporting market.

3 The OeNB's reporting data model

3.1 Features

3.1.1 Overview

The objective of the OeNB's reporting data model is to formally describe the reporting data flow starting from the core banking system to primary reporting to the OeNB. To this end, the data model features a granular entity-relationship model (ER model) as a central element that captures all information needed to fulfill reporting requirements. This model, which is referred to as the basic cube, was developed jointly by the OeNB and Austrian banks. The OeNB's reporting data model also comprises algorithms in a formal pseudo code that enrich the basic cube and generate the following primary reporting frameworks:

- 1 integrated reporting frameworks (smart cubes): Smart cubes are multi-dimensional reporting frameworks that use data collected by the OeNB to generate various secondary statistics. The description of these reporting frameworks forms a part of the OeNB's reporting data model.
- 2 supervisory reporting requirements such as those of the EBA: The OeNB collects these data in the form of data templates.

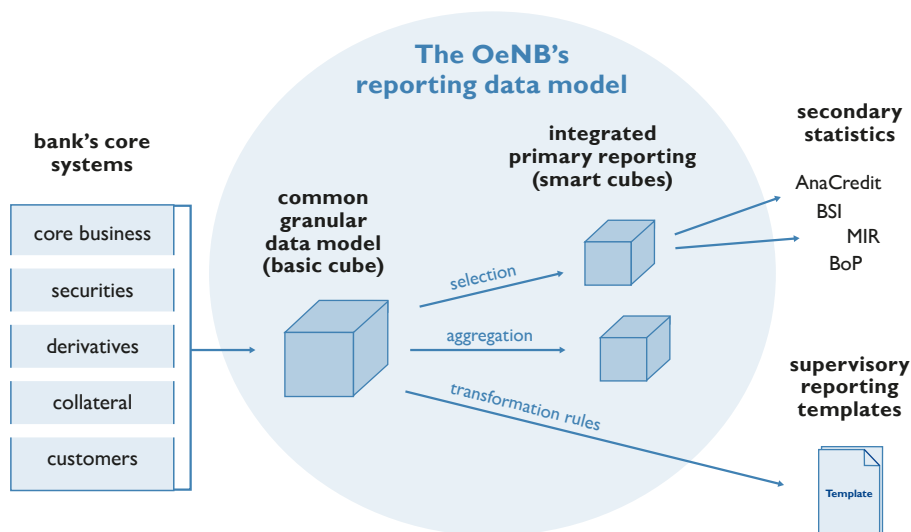
It is important to note that the OeNB cannot access the granular input data, just the (mostly aggregated) primary reporting data.

Chart 2 shows the data flow within the context of the OeNB's reporting data model. Granular data are sourced from banks' core systems into the basic cube, which is used to meet reporting requirements in smart cubes or supervisory reporting templates by applying harmonized enrichment algorithms and transformation rules.

The OeNB's reporting data model aims at giving a complete, single description of the contents of the reporting data and in this way at minimizing the room for interpretation. Therefore, the basic cube was designed to be a normalized, logical

Chart 2

Data flow in the OeNB's reporting data model



Source: OeNB.

Note: AnaCredit = analytical credit datasets, BSI = balance sheet items, MIR = monetary financial institution interest rates, BoP = balance of payments.

data model; also, the transformation rules that describe the derivation of reporting requirements from the basic cube were specified in a formal language. In addition, descriptions in verbal form are available to make the algorithms easier to understand. Traditional text-only descriptions always include some ambiguities or are not necessarily suited to covering all special cases. The OeNB's reporting data model thus constitutes a precise reporting manual for all reporting frameworks covered and replaces all national reporting instructions.

3.1.2 The basic cube

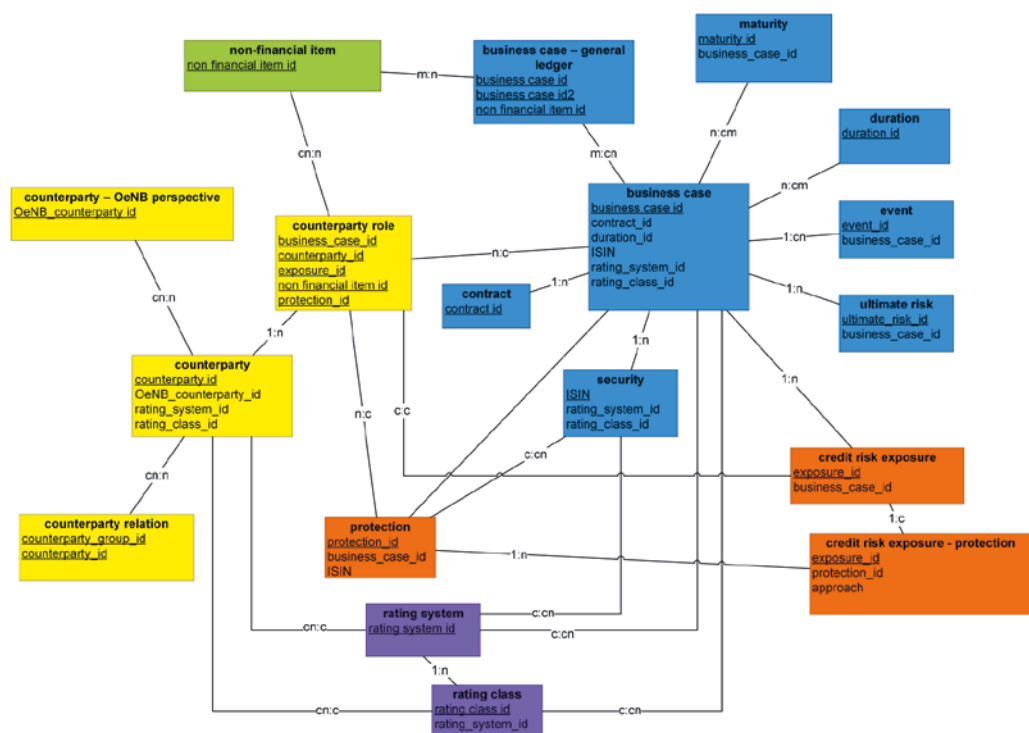
The basic cube is a single, standardized input entity-relationship model (ER model) for different reporting frameworks. This form of representation implies a redundancy-free depiction of the basic cube's contents ("third normal form"). Moreover, it implies consistency of the reporting data of a particular bank, as all required data are derived from a single, granular database.

For example, in AnaCredit, the carrying amount of a loan that is used internally for accounting purposes has to be reported on a loan-by-loan basis. The same value is used to aggregate data points for the reporting of supervisory financial information (FINREP)⁵.

Furthermore, the joint reporting model implies consistency of reporting data between different reporting agents, as the data are structured and processed in the same manner in each case. Data are modeled from the perspective of the reporting agent in the basic cube, and thus as closely as possible to the core banking systems. Chart 3 shows the ER model of the basic cube.

Chart 3

Entity-relationship model of the basic cube



Source: OeNB.

⁵ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32015R0534>.

The basic cube has different entities – each represented by a box in the ER model – for different types of information. Every instrument of the reporting agent – such as a loan, deposit, security or derivative – is represented in the business case entity the basic cube model (see chart 3). Many attributes are available at the instrument level to describe all relevant characteristics of a business case needed to meet different reporting requirements, e.g. type of instrument, issue and maturity date, purpose of a loan, accounting classification.

Most attributes feature a predefined code set that is granular enough to serve all reporting requirements integrated in the OeNB's reporting data model. Chart 4 shows the code set for the attribute “purpose of a loan” as an example. Loans with the purpose “construction investment – real estate” and loans with the purpose “construction investment – other” are both reported as “construction investment” in AnaCredit. However, the distinction between the two categories is necessary, as loans with purpose “construction investment – real estate” are reported as “real estate financing” according to national requirements whereas loans classified as “construction investment – other” are not.

Another central entity in the basic cube is the counterparty entity (see chart 3). It contains information on counterparties that have a business relationship with the reporting bank. For example, all debtors of loans that are disbursed by the reporting bank as well as issuers of securities that the reporting bank holds are represented in the counterparty entity. Furthermore, if a third party services a loan disbursed by the reporting bank, that third party has to be registered in the counterparty entity.

The ER model structure of the basic cube implies that its contents are redundancy-free and consistent, as different entities for all relevant levels of information are available. As a case in point, the economic sector is obviously a characteristic of the counterparty and thus is modeled at the counterparty level. If the economic sector were modeled at the instrument level, it would have to be shown for each instrument in a redundant way. In this fashion, inconsistent economic sectors would be possible on two different loans to the same debtor.

The basic cube model also contains entities for rating systems and ratings, reference data of securities, collateral, (credit risk) exposures, events per instrument such as renegotiations as well as non-financial balance sheet information (e.g. tangible assets).

A particular feature of the integrated data model is an entity containing the reference data of counterparties maintained by the OeNB. The OeNB provides

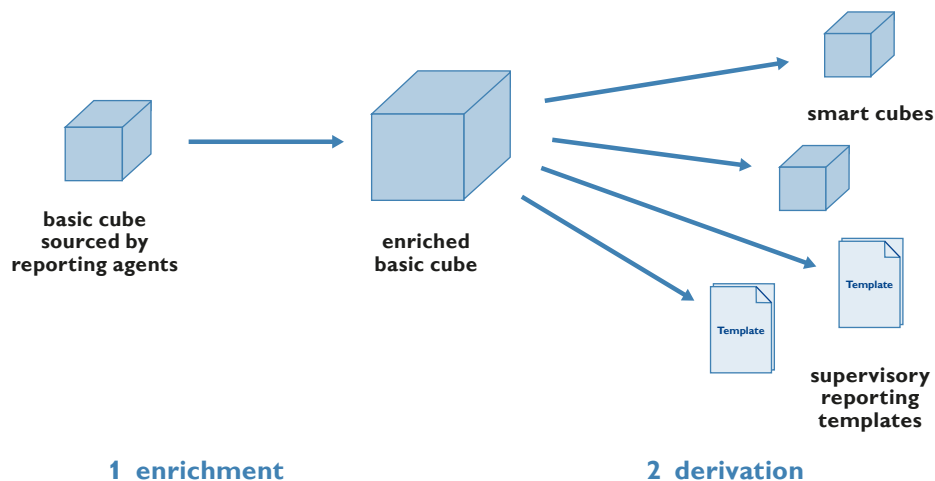
Chart 4

Part of the code set for the attribute “purpose of a loan”



Source: OeNB.

Data processing steps in the OeNB's reporting data model



Source: OeNB.

the reporting agents with a standardized set of counterparty reference data as a service to guarantee that the classification of counterparties is harmonized within aggregated reports. For example, whenever the country of origin of a counterparty is required for reporting purposes, the reporting agent selects the country code from the OeNB's counterparty reference data rather than from the reporting agents' internal data, provided the standardized set contains the respective counterparty.

3.1.3 Data processing

Data sourced into the basic cube must be transformed and aggregated to generate reporting data. The transformation and aggregation rules are expressed in a formal language as algorithms or select statements.

The first step of processing is called enrichment (see chart 5). During this phase, the detailed input information is used to deduct characteristics that are relevant for multiple reporting purposes, and these characteristics are then represented in the basic cube as "enriched information."

For example, many aggregated reporting frameworks require loans, deposits and securities to be broken down by original and/or residual maturity. The basic cube meets this requirement by including different dates as attributes per instrument, such as the inception date, the date of the first settlement and the final maturity date. Both the original and residual maturity are attributes in the basic cube that are calculated in the enrichment step. For example, the original maturity of loans is roughly the difference in days between the final maturity date and the inception date. Additionally, if there is no fixed final maturity date, the creditor's rights to claim the repayment of the exposure have to be taken into account. The calculation result is stored in the form of maturity buckets that are granular enough to fulfill all relevant reporting requirements.

Enrichment algorithm for the attribute “90 days past due”

```

FUNCTION 90_DAYS_PAST_DUE (business_case_ID id, Observed_Agent_ID oa, Reporting
Date repDate)
    //Selection of the instrument's past due date from the Basic-Cube's entity
    containing all business cases
    past_due_date = SELECT past_due_date FROM business_case
    //By default, the instrument is not considered past due
    90_days_past_due = FALSE
    //In case the instrument is not past due, the past due date is set to the
    value "999912312". Further conditions have to be considered only for past
    due instruments.
    IF (past_due_date IS NOT "99991231") THEN
        //The term (repDate - past_due_date) computes the difference between
        the two dates in days.
        IF ((repDate - past_due_date) > 90) THEN
            //In case the difference between the reporting date and the date of
            past due is more than 90 days, the variable 90_days_past_due is set
            to TRUE.
            90_days_past_due = TRUE
        END IF
    END IF
    //The attribute 90_days_past_due is returned.
    RETURN 90_days_past_due
END OF FUNCTION

```

Source: OeNB.

The transformation rules are drafted as algorithms in a pseudo code language based on SQL (Structured Query Language) syntax. Chart 6 below shows the enrichment algorithm for calculating the attribute “90 days past due” for loans as an example.

In the second step, the contents of the reporting templates are derived based on the information in the basic cube from sourced and enriched data (see chart 5). The key concept of the OeNB's reporting data model is to create all reporting frameworks covered by the model from this single data source. Thus, the granular information in the basic cube has to contain all information per instrument needed to cover different business aspects, e.g. financial information, risk figures and accounting values.

With the implementation of the AnaCredit reporting framework, the full synergy effects of the standardized input layer came into effect, as the basic cube already contains two-thirds of all attributes required by the AnaCredit regulation at the loan-by-loan level. Thus, only the remaining AnaCredit information not yet not covered had to be added to the basic cube.

The OeNB's reporting data model has to distinguish between two different types of reporting frameworks: (1) smart cubes, which are integrated reporting

frameworks that serve multiple, mostly statistical, purposes and are designed as multidimensional data cubes; (2) traditional reporting templates for supervisory data. Due to the diverging formats, the derivation rules look different but are essentially of the same nature.

3.1.4 Smart cubes

The concept behind smart cubes is to collect data at a sufficiently granular level only once and to generate multiple statistics from them. Every business case is reported only once in the smart cube reporting framework.

The multi-use of data concept makes sense because many statistical requirements use overlapping attributes or criteria for breakdowns. In particular, the ECB's statistics on the balance sheets of monetary financial institutions⁶ (BSI) as well as those on interest rates applied by monetary financial institutions⁷ (MIR) require breakdowns similar to those used for the balance of payments. For example, most statistics distinguish between certain loan types. The classifications differ slightly between reporting frameworks, but can be described by a common, possibly more granular list that is reported in the loan smart cube. This cube contains sufficient information to meet multiple statistical requirements (see details in section 3.3), but the information is less granular than at the single-loan level.

Smart cubes also have the great benefit that they contain more granular data, thus allowing the OeNB's analysts to explain developments without further inquiries to reporting agents, whereas more aggregated data often require requests. For example, analysts can explain an increase in interest rates as having been caused by loans that have become past due because the loan smart cube includes past due information.

At the initial stage of the project, the smart cube framework included three basic types of cubes containing financial information (see also Turner et al., 2014) of securities, loans and deposits and an additional cube containing anchor values, i.e. aggregates designed mainly for data quality checks. These cubes have up to 36 dimensions, such as instrument type, purpose of the loan and country of ultimate risk. Furthermore, for each data record, multiple values are reported, including the outstanding nominal amount, the new business amount and the average interest rate. By default, each value is broken down by all dimensions of the cube; however, for some values and attributes, the extent of granularity is restricted to enable only the combinations of attributes relevant for secondary statistics. For example, the effective interest rate is reported only for credit for consumption and lending for house purchase extended to households.

The reporting data from these cubes are used to generate BSI and MIR statistics as well as the locational and consolidated banking statistics of the Bank for International Settlements (BIS).⁸ Furthermore, banks' portfolio and other investment data for the balance of payments and other external statistics⁹ are generated

⁶ See <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32013R1071>.

⁷ See <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32013R1072>.

⁸ <https://www.bis.org/statistics/bankstatsguide.htm>.

⁹ https://www.ecb.europa.eu/stats/balance_of_payments_and_external/balance_of_payments/html/index.en.html.

from these reporting data. Moreover, the data serve to make detailed analyses of maturities, country risks and foreign currencies.

On adoption of the AnaCredit regulation and amendment of the securities holdings statistics regulation¹⁰ including group data (Securities Holdings Statistics Group, SHSG) in 2016, two additional smart cubes were developed.

The first additional smart cube is a granular reporting framework on individual credit data. It includes all information necessary for AnaCredit reporting purposes and all complementary data that are relevant for the OeNB's Central Credit Register (CCR), i.e. information not only on loans but also on securities, off-balance sheet items and derivatives. For operational reasons, it was decided to integrate the AnaCredit/CCR requirements with the existing loan smart cube only in a later second step.

The second smart cube is a granular reporting framework of securities at the group level to collect SHSG data, which was implemented as a complementary framework to the securities smart cube and the CCR.

All dimensions and values contained in smart cube frameworks are generated as the result of derivation rules whose syntax is identical to that of enrichments of the basic cube (see section 3.1.3).

3.1.5 Integration of supervisory reporting requirements

Most supervisory data are collected as data templates rather than integrated reporting frameworks. Because of the nature of the template structure, other rules of transformation from the basic cube apply than to the smart cubes: each applicable cell of a template contains a mapping rule that serves as a filter on the basic cube to select all instruments relevant for the respective cell. All conditions that have to be fulfilled are connected by a logical AND (“&&”). Additionally, each mapping rule refers to the kind of value that has to be reported in the cell via “VALUE(...)”. The sum of the respective values of all relevant instruments has to be reported in the cell.

Chart 7 shows the derivation of a data point in FINREP, 08.02, subordinated financial liabilities: the carrying amount including accrued interest is the selected value.

Chart 7

Derivation of a data point in FINREP, 08.02. subordinated financial liabilities

	Carrying amount
	Cost-based method
Deposits	<pre> VALUE("Carrying amount including accrued interest") && GF00_Instrument_Type_Code == "Deposits" && GFA126_Accounting_classification_FinRep_NGAAP_Code == "Non-trading non- derivative financial liabilities measured at a cost-based method¹" && GF05_Subordinated_Code != "Not subordinated" </pre>

Source: OeNB, EBA.

¹ EBA ITS, Annex IV.

¹⁰ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32012R1011>.

Furthermore, all deposits from the accounting classification “Non-trading non-derivative financial liabilities measured at a cost-based method” that are subordinated are selected as relevant instruments in the cell.

3.1.6 Drilldowns of aggregated reporting data

Most reporting templates require aggregated data. To ensure data consistency and to improve the analytical possibilities, it is crucial to link aggregated data points with micro data.

The OeNB's harmonized reporting data model allows all stakeholders to understand at a glance how aggregated data points are generated from granular data. Consequently, interrelations between reporting data of different reporting frameworks become visible in the form of transformation rules. With this information, data users can drill down aggregated data points to the underlying micro data.

For example, the OeNB already collects data on securities at the ISIN level in the securities smart cube. Thus, it is possible to drill down from the carrying amount of trading debt securities in the FINREP framework to the single underlying ISINs in the securities smart cube.

In the near future, the drilldown possibilities will increase considerably on integration of the national CCR and AnaCredit in the reporting model. An abundance of harmonized information on financial instruments on the asset side as well as on derivatives and off-balance sheet exposures will be available. In particular, risk data on an exposure-by-exposure basis are reported for each instrument in the CCR alongside ratings and, if available, the PDs of the debtors. Once the drill-down options have been fully utilized, the number of inquiries from the OeNB should decrease significantly while the analytical options will grow substantially.

3.2 Advantages and challenges

- One of the main advantages of the OeNB's reporting data model is the implicit consistency of reported data in and across reporting frameworks resulting from the use of a single, granular database for all reporting frameworks. Obviously, data users and compilers benefit from higher data quality, as do reporting agents. In particular, having achieved stability of the new system, reporting agents benefit from having to field fewer queries from authorities and submitting fewer revisions to correct inconsistent data.
- The integrated approach reduces the number of reporting frameworks significantly and thus lowers expenses for reporting agents and data compilers. Moreover, as smart cubes are more granular than the resulting secondary statistics, the OeNB rather than the reporting agent performs the aggregation.
- Integration makes content more complex. In particular, quality checks and the process of reporting and generating secondary statistics become more complex, as the data are highly interrelated. This complexity has to be managed at the technical level, which is why the OeNB introduced a new, highly modern system landscape for data processing and analysis. Additionally, the complexity at the reporting data content level is managed by the common, transparent definitions in the basic cube.
- More complex requirements and processes imply changed job qualifications in the reporting divisions of reporting agents as well as of data compilers and users: Whereas it remains crucial for them to understand the methodological aspects

of reporting requirements, they also need to master the more technical aspects of data processing. In particular, they have to understand the functionality of entity-relationship models and to tackle formal transformation languages.

- Also, data volumes rise exponentially as the degree of integration grows. However, the OeNB's experience has shown that the number of processes rather than the number of data points matters.
- The analytical possibilities grow at the same rate as the data volume: Integrated reporting frameworks allow more flexibility in performing quality checks than the traditional template format, as the data are much more granular. In particular, an integrated dataset allows for an analysis of the interrelation between different attributes.

3.3 State of play

All contents of the OeNB's reporting data model are documented in a wiki that is accessible to banks; additionally, main contents of the wiki are published (in German) on the OeNB's website at regular intervals.¹¹

Reporting requirements for the following statistics, which are collected in the form of smart cubes, have already been specified within the OeNB's reporting data model:

- the ECB's BSI and MIR statistics
- BIS locational and consolidated banking statistics
- banks' related components of the balance of payments and other external statistics as well as the financial accounts
- national financial market stability statistics
- the ECB's AnaCredit dataset
- the national CCR (including specific requirements on securitization, credit risk exposures and rating systems)
- the ECB's Securities Holdings Statistics Group (SHSG) statistics

Additionally, reporting templates for the following supervisory frameworks are currently integrated into the OeNB's reporting data model:

- the ECB's (simplified) FINREP under National Generally Accepted Accounting Principles
- sovereign exposures as part of COREP under the EBA's Implementing Technical Standards (ITS) on supervisory reporting
- FINREP (IFRS) under the EBA's ITS on supervisory reporting (under development)
- asset encumbrance under the EBA's ITS for supervisory reporting (under development)
- resolution planning¹² under the European Banking Authority's ITS on procedures, forms and templates for resolution planning (under development)
- national requirements on balance sheet information
- national requirements on covered deposits

To meet all these reporting requirements, the basic cube currently features 245 attributes available for sourcing on 31 entities and additionally 45 attributes that are generated by enrichments. Altogether, 122 different kinds of values are available for instruments, exposures and protection items.

¹¹ <https://www.oenb.at/Statistik/Meldewesen/gemeinsames-meldewesen-datenmodell.html>.

¹² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32016R1066>.

3.4 Next steps

The OeNB's reporting data model aims at covering all reporting requirements addressed to banks that cover information on business aspects available in core banking systems on a granular level where meaningful.

The OeNB has adopted a stepwise approach to reach this goal: all newly developed reporting frameworks such as AnaCredit or resolution planning under the EBA's ITS are implemented in the OeNB's reporting data model immediately while existing reporting frameworks are being integrated gradually.

At the data model documentation level, automatization options are being improved constantly. In particular, the OeNB is considering creating a database containing all contents of its reporting data model and transferring the transformation rules into a fully standardized, machine-readable formal language such as the Validation and Transformation Language (VTL) developed by the Statistical Data and Metadata eXchange (SDMX)¹³ community.

Furthermore, in the long run, quality measures are to be shifted from the reporting data to the basic cube input data. At this point, it is worth considering new methods in big data analysis, such as data mining and machine learning.

4 International aspects

4.1 Groupe de Réflexion on the integration of statistical and supervisory data (GRISS)

Given increasing data requirements, non-harmonised definitions and data collection schemes alongside soaring costs, the ESCB Statistics Committee (STC) established a Groupe de Réflexion on the integration of statistical and supervisory data (GRISS) in 2013. As identified in the GRISS mandate, “an integrated approach consists of managing the data needs of specific domains (monetary policy, supervision) as parts of a comprehensive system, rather than independently from each other in separate ‘stovepipes’, paying attention to the overall process ranging from the possible data sources to the final use” (Turner and Sedlacek, 2015). In other words, the idea is to facilitate the use of existing data wherever possible (“multi-use of data”) rather than creating new reports for each new data requirement.

The group agreed on several recommendations, such as (1) starting the work toward the ultimate goal of a comprehensive and harmonized common reporting framework for regular data transmission by banks to European national central banks (NCBs), and (2) developing a European input approach in close collaboration with the banking industry to possibly organize the banks' internal processes for reporting to the authorities in an integrated fashion. Regarding the GRISS recommendation to establish a high-level forum that includes the European Commission, the EBA and the ECB that would be tasked with enhancing the cooperation at strategic level among the relevant stakeholders involved in building up an integrated reporting system for banks, it could be mentioned that the ECB recently started a “dialogue with the industry” at a first meeting in March 2018.¹⁴

¹³ https://sdmx.org/?page_id=5096.

¹⁴ https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_statistics/co-operation_and_standards/html/index.en.html.

4.2 Banks' Integrated Reporting Dictionary (BIRD)

As a follow-up of the GRISS recommendation to develop a European input approach, the STC created the Expert Group on Statistical and Banking Data Dictionary (EG SBDD) in 2014 to establish a reporting dictionary for banks, among other things. In three work streams, the expert group (1) analyzed reporting requirements and their implementation in a formal language, (2) developed the methodology for the dictionary, and (3) elaborated the governance structure.

In 2016, a pilot project on the development of the Banks' Integrated Reporting Dictionary (BIRD) for the new requirements on AnaCredit and SHSG was launched at the suggestion of the EG SBDD and as the basis for the preparatory work of this group. The objective of the BIRD initiative is to develop a European input data model aiming at harmonizing and integrating banks' internal processes for reporting to the authorities in a way comparable to that for the basic cube and the transformation rules of the OeNB's reporting data model.

Contributions by the representatives of the ECB, several NCBs and participating commercial banks helped bring the pilot project to a successful close in April 2017. Due to positive feedback provided by commercial banks, the BIRD initiative was continued in 2017 with the development of a BIRD for FINREP requirements, which was completed in June 2018. Subsequently, (the main components of) the EBA's COREP, asset encumbrance and resolution planning are to be implemented in the BIRD, as the primary reporting within the EBA's ITS has already been harmonized compared to statistical reporting. Ultimately, the BIRD aims at covering all reporting frameworks for banks, including BSI, MIR and securities holdings statistics sector data.

The main deliverable of the BIRD is a data dictionary realized as an Access database containing a logical description of the data and transformation rules that a bank may find useful to fulfill the requirements of European authorities. The BIRD is not mandatory but rather a service to European banks and all interested parties. It is available as a public good on the BIRD website.¹⁵

The BIRD activities, including the creation and maintenance of the BIRD content, are carried out by a group of experts from NCBs and commercial banks whose work is coordinated by the ECB. The organizational set-up of the BIRD is similar to the OeNB's collaboration framework with banks (SCom, see section 2.1): the BIRD Steering Group is composed of managers from the ECB, several NCBs and the commercial banks that participate in the BIRD initiative. The Steering Group decides on the BIRD priorities and multiannual work program and oversees the work of the BIRD Expert Group.¹⁶

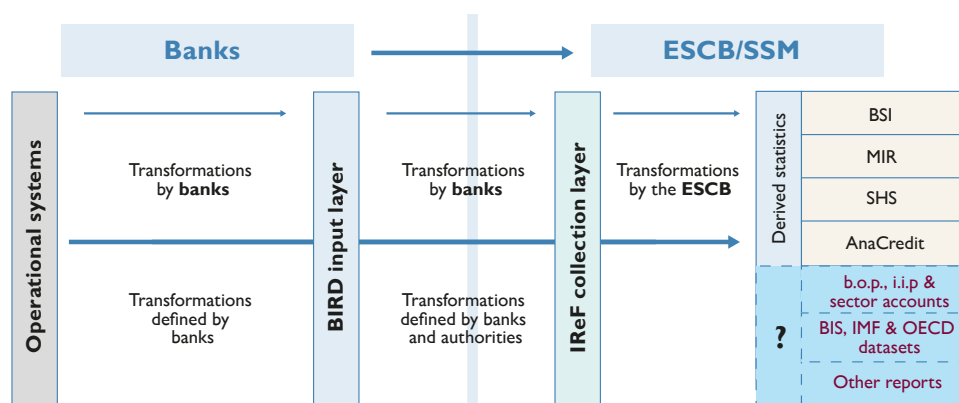
4.3 Integrated Reporting Framework (IReF)

In 2014, as a follow-up of the GRISS recommendation to establish a common reporting framework, the STC established the Task Force on the European Reporting Framework (TF ERF), which was chaired by the OeNB. This task force was mandated to develop a European Reporting Framework (ERF) covering the existing ECB reporting requirements for banks for (1) balance sheet items, (2) MFI

¹⁵ <http://banks-integrated-reporting-dictionary.eu/>.

¹⁶ http://www.public-test.banks-integrated-reporting-dictionary.eu/wp-content/uploads/2018/06/BIRD_Steering_Group_-_Charter.pdf.

Reporting process with BIRD and IReF



Source: https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecb.integrated_reporting_framework201804.en.pdf, figure 2, p. 5.

(monetary financial institution) interest rates and (3) securities holdings statistics targeting mainly deposit-taking corporations. Moreover, the task force was founded to support ongoing work on establishing a common granular analytical credit dataset (AnaCredit) and to investigate possible ways for further integrating existing reporting schemes and new requirements developed, in particular, by the Single Supervisory Mechanism (SSM) and the EBA. This task force finished its work in 2016 with a final report that included a first proposal for a phase 1 European Reporting Framework.

Following the recommendations in the final report, the STC established an Expert Group on the European Reporting Framework (EG ERF) in 2016, which was to (1) prepare a cost-benefit analysis (CBA) on the one hand and (2) continue work on the framework itself on the other hand. In 2018, the European Reporting Framework was renamed Integrated Reporting Framework (IReF). The quantitative CBA planned for the first half of 2019 will be a follow-up of the qualitative stock-taking questionnaire (QST) for compilers, reporting agents and users to be conducted in the second half of 2018. This QST is aimed at assessing all stakeholders' opinions on different approaches to achieving the IReF objectives to standardize and integrate existing reporting frameworks across domains and countries. The findings of the QST will be used to more precisely define applicable IReF solutions that will form the basis for the CBA.

The expected synergy effects of a parallel development of the IReF and the BIRD (see chart 8) are very high, as the more harmonized the primary reporting of banks is, the more impact the BIRD will have. Conversely, the IReF would benefit from the BIRD as a common, transparent set of definitions for reporting requirements.

More details on the current status of the IReF and the BIRD are available on ECB's website under "ESCB long-term strategy for banks' data reporting."¹⁷

5 Outlook and conclusions

The integrated data model will provide optimum benefits if banks use it for internal reporting in addition to external reporting.

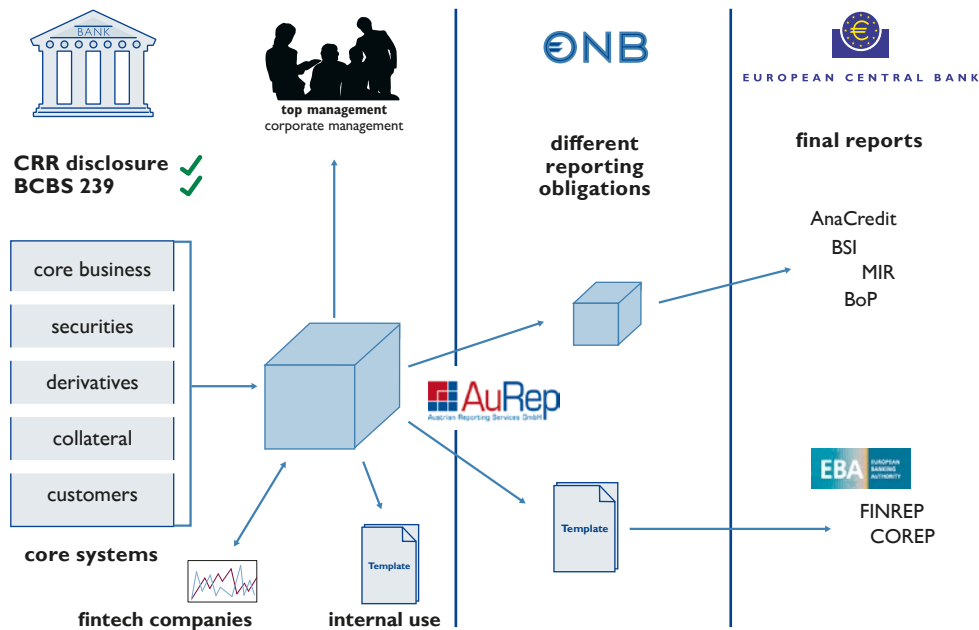
¹⁷ https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_statistics/co-operation_and_standards/reporting/html/index.en.html.

Certainly, some partially integrated reporting processes in banks are already in place, but many banks process internal financial and risk reporting separately from external statistical and regulatory reporting. The processes follow separate data quality management and enrichment procedures, and data are mostly corrected in the data warehouses (at an aggregated level) rather than at the business-case level. This gives rise to inconsistencies between the different reports sent to authorities as well as between external and internal reports (see chart 1 for a simplified representation of banks' traditional silo reporting processes).

Banks will need to integrate their reporting processes more strongly because transparency requirements will increase, e.g. disclosure requirements under pillar 3 of the CRR¹⁸ are envisaged to be subsets of EBA's FINREP and COREP. Also, consistency between granular data and aggregates has to be stepped up to meet the Basel Committee on Banking Supervision's standard 239 (Principles for effective risk data aggregation and risk reporting) and AnaCredit requirements. The data model approach entails a stronger focus of data governance activities on data supply than on reporting, which has an impact on organization, technology and processes. This, however, may deliver big advantages for internal reporting and confidence in decision making. The basic cube could be established as a central data warehouse that can be used as standardized interface for different purposes. Besides the OeNB, banks themselves could in the long run use an extended basic cube for internal reporting purposes as well as a standardized interface for other market participants, like fintech companies, as shown in chart 9 below.

Chart 9

Integrated reporting processes



Source: OeNB.

Note: AnaCredit = analytical credit datasets, BSI = balance sheet items, MIR = monetary financial institution interest rates, BoP = balance of payments, FINREP = financial reporting framework, COREP = common reporting framework.

¹⁸ <https://www.eba.europa.eu/regulation-and-policy/transparency-and-pillar-3>.

Digitalization pressure and growing regulatory needs require all parties – the ESCB and banks alike – to rethink reporting processes. The new reporting data model represents a paradigm shift in regulatory and statistical data remittance. It fosters two-way understanding and transparency and is a driver to align internal and external reporting. The new reporting data model is expected to lead to higher consistency and data quality in general, less redundant data deliveries, higher flexibility and to lower reporting costs in the long run.

References

- Sedlacek, G. 2008.** Practical examples of policy relevant uses of security-by-security data. In: IFC Bulletin 29. 207–215.
- Hille, E. 2013.** Recent developments in restructuring the Austrian banking reporting system. In: Journal of Banking Regulation 14. 269–284.
- Turner, J., E. Hille and G. Sedlacek. 2014.** Micro-data – the Austrian concept with more granularity as a lesson learned from the financial crises. In: IFC Bulletin 37. 168–170.
- Turner, J. and G. Sedlacek. 2015.** European Reporting Framework – a possible solution to reporting challenges for banks. In: Proceedings of 60th ISI World Statistics Congress.

Deutlicher Rückgang der Zinsunterschiede zwischen Euroraum-Ländern ab 2013

Entwicklung der Zinssätze im Kreditneugeschäft im Euroraum-Vergleich

Martin Bartmann¹

Die im Zuge der krisenhaften Entwicklungen im Zeitraum 2008 bis 2013 bei den Kreditzinssätzen im Kundengeschäft entstandenen Unterschiede nahmen ab 2013 deutlich ab. Die Umsetzung der expansiven geldpolitischen Maßnahmen der EZB führten zu historischen Tiefstständen bei den Geldmarkt- und Kundenzinssätzen, ließen die höheren Risikoaufschläge in den von der Krise besonders betroffenen Ländern zurückgehen und reduzierten damit die Zinsunterschiede im Euroraum. Vor diesem Hintergrund konnten österreichische private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen von den vergleichsweise niedrigen Kreditzinssätzen profitieren.

Der Beitrag zeigt die Entwicklung der Kundenzinssätze im Kreditneugeschäft privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum und in Österreich im Zeitraum 2008 bis 2013 bzw. ab 2013 auf. Die Periode ab 2013 umfasst auch die Senkungen des EZB-Leitzinssatzes auf 0% und die Ausweitung der unkonventionellen Maßnahmen der Geldpolitik im Euroraum vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise. Die Maßnahmen der EZB umfassten unter anderem die Senkung des Zinssatzes der Einlagefazilität auf einen negativen Wert bzw. die negative Verzinsung der Überschussreserven auf Konten der Notenbanken im Euroraum, die Durchführung einer Reihe gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte und die Ausweitung von Wertpapier-Ankaufprogrammen. Diese geldpolitischen Maßnahmen hatten einen deutlichen Einfluss auf die Geldmarktzinssätze und in weiterer Folge auch auf die Kreditzinssätze im Neugeschäft, die sich zwischen den Euroraum-Ländern – nach einiger Zeit des Auseinanderlaufens – wieder angleichen. Im Fokus stehen neben Österreich insbesondere die Entwicklungen bei den Kreditzinssätzen in den großen Euroraum-Ländern Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien bzw. die Entwicklung des Euroraum-Durchschnitts in Summe.

Heterogene Zinslandschaft im Euroraum im Jahr 2013

Im Jahr 2013 gab es zwischen den einzelnen Euroraum-Ländern noch größere Unterschiede bei den Kundenzinssätzen. Die heterogene Zinslandschaft im Euroraum war das Resultat der sich im Jahr 2010 ausbreitenden Staatsschuldenkrise, die zu höheren Risikoaufschlägen in den betroffenen Ländern führte. Grafik 1 lässt erkennen, dass zwischen April 2008 und April 2013 die Leitzinssatzsenkungen (–3,25 Prozentpunkte) in Österreich bei an private Haushalte (–2,92 Prozentpunkte) und Unternehmen (–3,23 Prozentpunkte) neu vergebenen Krediten fast vollständig weitergegeben wurden, dies jedoch in anderen Euroraum-Ländern aufgrund höherer Risikoaufschläge nicht der Fall war. Österreich wies im April 2013 einen kapitalgewichteten Durchschnittszinssatz für Kredite an private Haushalte

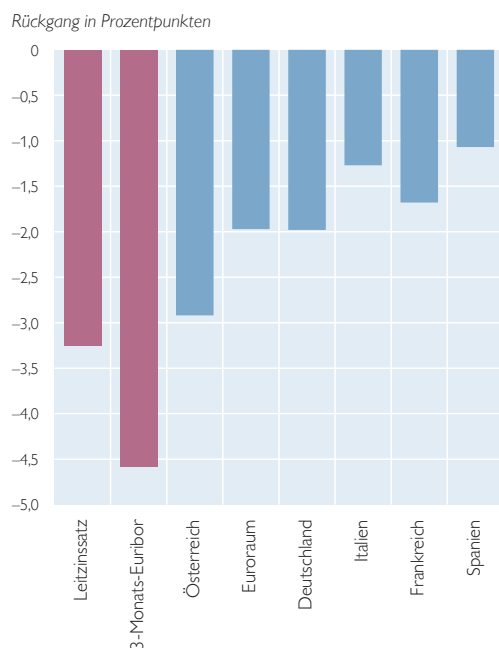
¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, martin.bartmann@oenb.at.

von 2,70 % (siehe auch Grafik 2) und damit nach Luxemburg (1,70 %) und Finnland (2,45 %) den niedrigsten Wert unter allen Euroraum-Ländern auf. In Spanien und Italien gingen im gleichen Zeitraum die Zinskonditionen für Kredite an private Haushalte um lediglich 1,07 Prozentpunkte bzw. 1,27 Prozentpunkte zurück, womit ab 2013 mit 5,45 % bzw. 5,31 % deutlich höhere Zinssätze verzeichnet wurden.

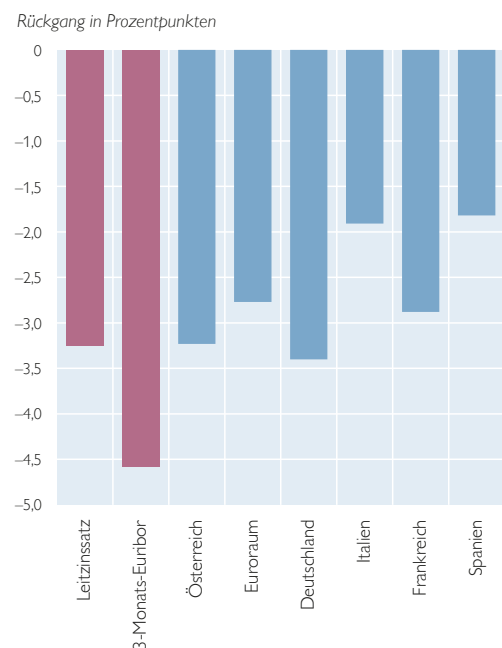
Grafik 1

Zinsentwicklung: April 2008 bis April 2013

Neugeschäft Kredite privater Haushalte



Neugeschäft Kredite nichtfinanzieller Unternehmen



Quelle: OeNB, EZB.

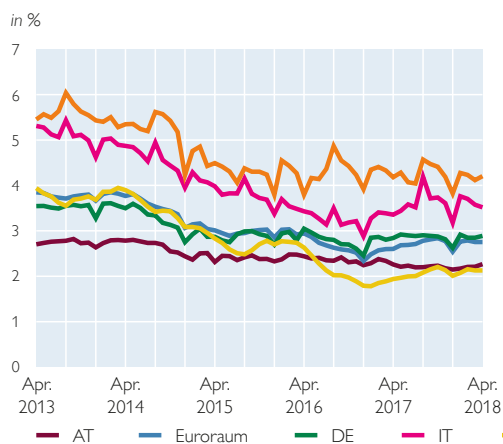
Im Kreditneugeschäft privater Haushalte lag der entsprechende Durchschnittszinssatz im Euroraum im April 2013 bei 3,85 %. Der Rückgang in diesem Segment zwischen April 2008 und 2013 betrug somit 1,97 Prozentpunkte und war mit jenem in Deutschland vergleichbar (–1,98 Prozentpunkte auf 3,54 %).

Bei den Kreditkonditionen nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum hingegen reagierte der Zinssatz im gleichen Zeitraum (April 2008 bis April 2013) mit durchschnittlich –2,77 Prozentpunkten deutlich stärker als bei den privaten Haushalten. Auch in den von der Krise besonders betroffenen großen Ländern wie Italien oder Spanien fielen die Zinssatzsenkungen mit 1,91 Prozentpunkten bzw. 1,82 Prozentpunkten deutlich höher aus als bei privaten Haushalten. Ähnlich wie bei den privaten Haushalten lagen auch die Zinssätze in den beiden Ländern mit 3,56 % bzw. 3,78 % deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt von 2,7 %. Bei den Zinskonditionen nichtfinanzieller Unternehmen war Österreich im April 2013 mit 1,84 % knapp nach Belgien (1,81 %) das Land mit den attraktivsten Zinssätzen im Kreditneugeschäft. Die höchsten Zinssätze bei neu vergebenen Unternehmenskrediten waren zu diesem Zeitpunkt mit 6,2 % in Zypern bzw. mit 5,82 % in Portugal zu beobachten.

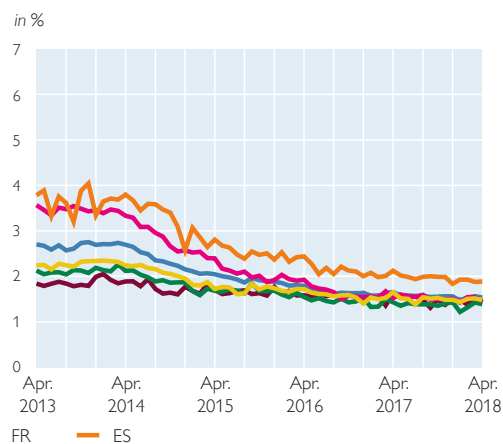
Grafik 2

Zinssätze Kreditneugeschäft

Private Haushalte



Nichtfinanzielle Unternehmen



Quelle: OeNB, EZB.

Zur Erklärung für die deutlich stärker rückläufigen Kreditzinssätze bei Unternehmen muss man die Zusammensetzung des aggregierten Zinssatzes für Unternehmenskredite heranziehen, der stark von Großkrediten über 1 Mio EUR beeinflusst wird. Diese Sub-Kategorie betrifft vor allem größere, auch international tätige Unternehmen, die eine entsprechend stärkere Verhandlungsposition gegenüber Banken haben und auch die Möglichkeit besitzen, sich anderer Finanzierungen zu bedienen. Bei Krediten bis 1 Mio EUR ist das hingegen nicht in diesem Ausmaß der Fall, entsprechend unterschiedlich fiel auch die Entwicklung dieses Zinssatzes in einigen Euroraum-Ländern aus. In Italien (-1,6 Prozentpunkte), vor allem aber in Spanien (-0,59 Prozentpunkte) ging das Zinsniveau bei Krediten bis 1 Mio EUR von April 2008 bis April 2013 deutlich weniger zurück als bei Krediten über 1 Mio EUR (-2,15 Prozentpunkte bzw. -2,47 Prozentpunkte), was bei Krediten bis 1 Mio EUR zu größeren Zinsunterschieden zwischen den Euroraum-Ländern führte. Der Euroraum-Durchschnitt lag in diesem Segment mit 3,82 % deutlich über dem Österreich-Wert von 2,28 %. In Italien und Spanien waren im April 2013 bei Krediten bis 1 Mio EUR Zinssätze von 4,35 % bzw. 5,39 % zu beobachten.

Entwicklung des EZB-Leitzinssatzes und der Geldmarktzinssätze zwischen April 2013 und April 2018

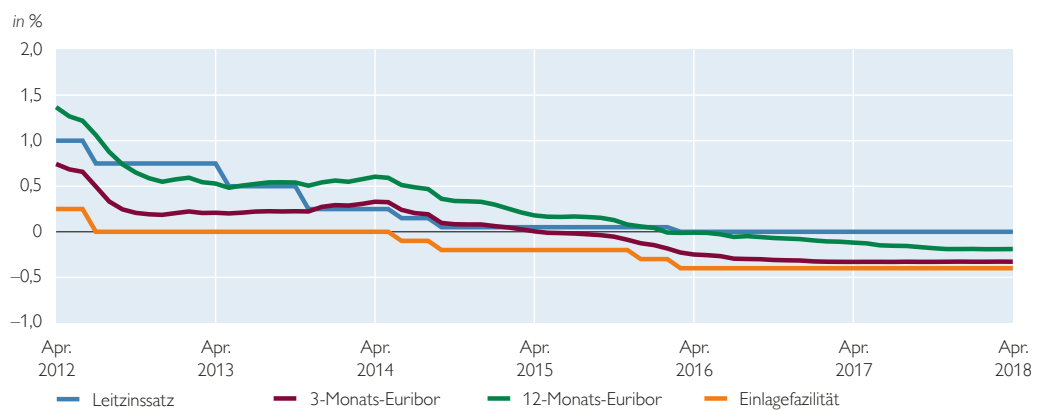
Der EZB-Leitzinssatz lag im April 2013 noch bei 0,75 % (siehe Grafik 3). In den darauffolgenden 12 Monaten kam es zu zwei Zinssatzsenkungen auf schließlich 0,25 %. Der Zinssatz der Einlagefazilität (Deposit Facility²) war bereits im Juli 2012 auf 0 % gesenkt worden und verharrte auf diesem Niveau bis Mai 2014. Die beiden Senkungen des Leitzinssatzes hatten jedoch keinen Einfluss auf die Euribor-Geldmarktzinssätze, die häufig als Referenzzinssätze in Kreditverträgen verwendet werden. Zwischen April 2013 und April 2014 kam es sowohl beim 3-Monats-Euribor als auch beim 12-Monats-Euribor zu einer Erhöhung um 12 Basispunkte

² Zinssatz der Einlagefazilität (Deposit Facility) ist jener Zinssatz, den Banken für Geld erhalten, das sie bis zum nächsten Geschäftstag bei der Zentralbank anlegen.

(BP) auf 0,33 % (3-Monats-Euribor) bzw. um 8 BP auf 0,6 % (12-Monats-Euribor). Erst mit der Durchführung weiterer geldpolitischer Maßnahmen, wie der Senkung des Zinssatzes der Deposit Facility unter 0 % und der Ausweitung der Wertpapier-Ankaufprogramme im Juni 2014, konnten die Geldmarktzinssätze spürbar reduziert werden. Der 3-Monats-Euribor erreichte im Mai 2015 erstmals einen negativen Wert und reduzierte sich infolge weiterer geldpolitischer Beschlüsse – wie der Senkung des EZB-Leitzinssatzes, der Einführung von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO, Targeted Longer-Term Refinancing Operations) und der negativen Verzinsung bei der Deposit Facility – auf bis zu –0,33 %.

Grafik 3

EZB-Leitzinssatz bzw. Geldmarktzinssätze



Quelle: EZB.

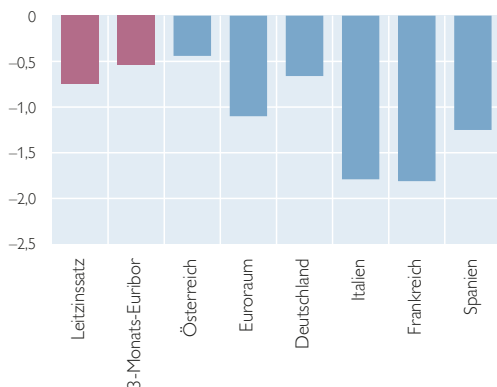
Auswirkungen der geldpolitischen Maßnahmen auf die Kreditzinssätze

Mit den beschriebenen geldpolitischen Maßnahmen beabsichtigte die EZB in den Jahren 2014 bis 2016 unter anderem, die Finanzierungskosten der Banken zu senken bzw. die Kreditkonditionen des privaten Sektors zu verbessern und so die Kreditvergabe der Banken an die Realwirtschaft zu stimulieren. Die Auswirkungen der EZB-Maßnahmen auf die Kundenzinssätze privater Haushalte bzw. nicht-finanzieller Unternehmen waren in allen Euroraum-Ländern zu spüren. Bei jenen Ländern, die zuvor aufgrund der Staatsschuldenkrise nicht in vollem Ausmaß von den Leitzinssatzsenkungen profitiert hatten, waren die Auswirkungen der ab 2014 durchgeführten geldpolitischen Maßnahmen am stärksten.

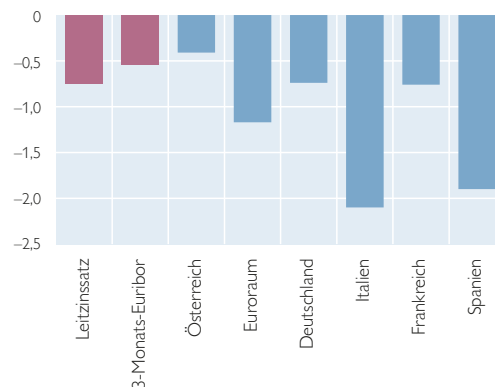
Die Entwicklung der Kreditzinssätze von April 2013 bis April 2018 (siehe Grafik 4) zeigt eine deutliche Annäherung zwischen den einzelnen Euroraum-Ländern. Während der EZB-Leitzinssatz ab April 2013 um lediglich 0,75 Prozentpunkte auf 0 % zurückging, kam es speziell in den Ländern mit vergleichsweise hohen Kreditzinssätzen zu wesentlich stärkeren Rückgängen bei den Zinssätzen im Kreditneugeschäft. So gingen etwa in Italien und Spanien die Zinssätze im Kreditneugeschäft bei privaten Haushalten ab April 2013 mit 1,79 Prozentpunkten bzw. 1,25 Prozentpunkten deutlich stärker als der Leitzinssatz bzw. die Geldmarktzinssätze zurück. Im Euroraum insgesamt war der Zinssatz von neu an private Haushalte vergebenen Krediten von April 2013 bis April 2018 um 1,1 Prozentpunkte

Zinsentwicklung: April 2013 bis April 2018**Neugeschäft Kredite privater Haushalte**

Rückgang in Prozentpunkten

**Neugeschäft Kredite nichtfinanzieller Unternehmen**

Rückgang in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, EZB.

zurückgegangen. In Österreich war der Rückgang in diesem Zeitraum mit 44 BP wesentlich geringer ausgeprägt, mit einem Zinssatz von 2,27% lag der Österreich-Wert jedoch weiterhin deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,75 %.

Betrachtet man die Kreditverwendungszwecke privater Haushalte (siehe Grafik 5), so ist erkennbar, dass die Annäherung der Kreditzinssätze zwischen den einzelnen Euroraum-Ländern insbesondere auf neu vergebene Wohnbaukredite zurückzuführen war. Im April 2018 lagen die Zinssätze in diesem Segment in den betrachteten Ländern zwischen 1,57% (Frankreich) und 1,96% (Spanien). Österreich (1,83%) und Deutschland (1,89%) sowie der gesamte Euroraum-Durchschnitt (1,85%) befanden sich am oberen Ende der genannten Bandbreite.

Bei Konsumkrediten näherten sich die Zinssätze der betrachteten Euroraumländer hingegen kaum an und blieben auf einem relativ hohen Niveau. Mit einem Zinssatz von 7,82% wies Spanien nach wie vor einen überdurchschnittlich hohen Wert auf. In Österreich lag der Zinssatz für Konsumkredite im April 2018 bei 5,02% (+44 BP gegenüber April 2013).

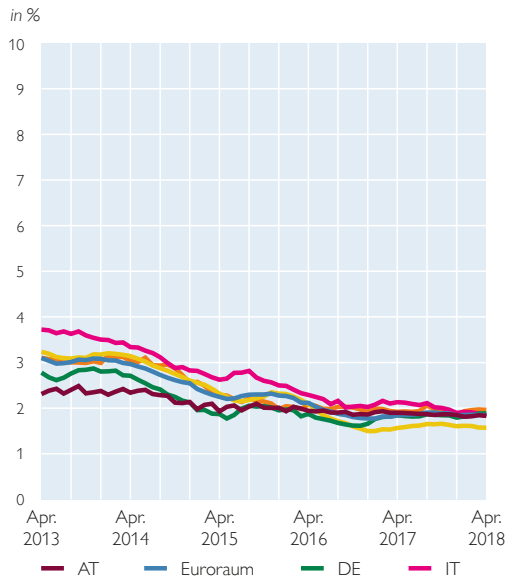
Bei den Kreditzinssätzen nichtfinanzieller Unternehmen waren die Rückgänge in den von der Krise betroffenen großen Ländern Italien (-2,10 Prozentpunkte) und Spanien (-1,90 Prozentpunkte) stärker ausgeprägt als bei privaten Haushalten. Insbesondere bei Krediten bis 1 Mio EUR kam es sowohl in Italien (-2,39 Prozentpunkte) als auch in Spanien (-3,3 Prozentpunkte) über den Beobachtungszeitraum zu sehr deutlichen Zinssatzsenkungen. Mit Zinssätzen von 1,96% bzw. 1,00% für Kredite bis bzw. über 1 Mio EUR lag Italien schon unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,08% bzw. 1,30%. In Spanien hingegen waren bei neu vergebenen Unternehmenskrediten mit 2,08% (bis 1 Mio EUR) bzw. 1,65% (über 1 Mio EUR) noch geringfügig höhere Zinssätze als im Euroraum-Durchschnitt zu beobachten.

Österreich und Deutschland gehörten zu jenen Ländern, die zwischen 2008 und 2013 bei neu vergebenen Unternehmenskrediten am stärksten von den Leitzinssatzsenkungen profitiert hatten. Ab April 2013 waren die Auswirkungen

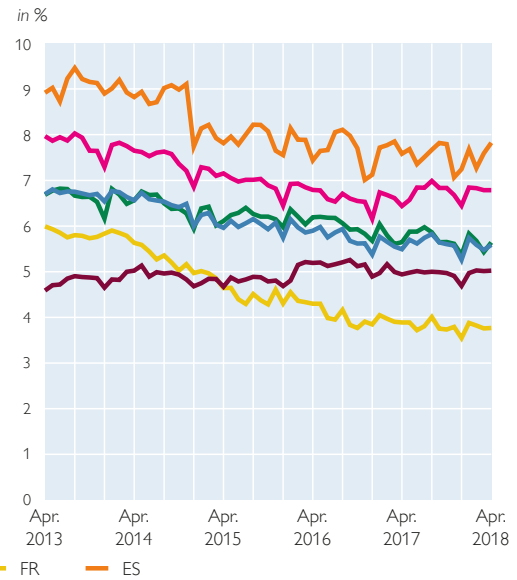
Grafik 5

Zinssätze Kreditneugeschäft privater Haushalte

Wohnbaukredite



Konsumkredite



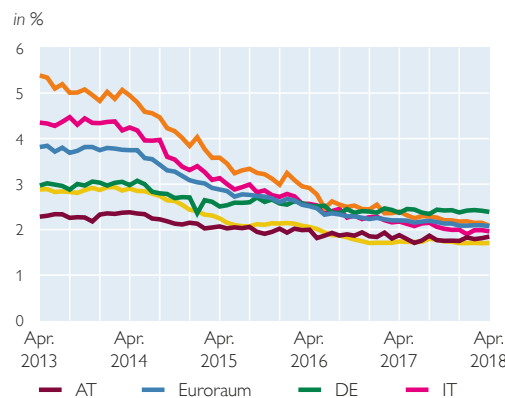
Quelle: OeNB, EZB.

der Leitzinssatzsenkungen bzw. sonstiger geldpolitischer Maßnahmen auf die Kreditzinssätze hingegen weniger stark ausgeprägt als im Euroraum-Durchschnitt. In Österreich fielen in diesem Beobachtungszeitraum die Rückgänge bei neu vergebenen Unternehmenskrediten mit 41 BP auf 1,42 % geringer aus als in Deutschland (-74 BP auf 1,39%). Bei der Gegenüberstellung der beiden Kredithöhenklassen (siehe Grafik 6) zeigt sich, dass Österreich bei Krediten bis 1 Mio EUR im April 2018 mit 1,85 % einen deutlichen Zinsvorteil gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt (2,08 %) hatte. Bis auf Frankreich (1,71 %) hatten alle betrachteten Länder in dieser Kategorie höhere Zinssätze als in Österreich. Bei Groß-

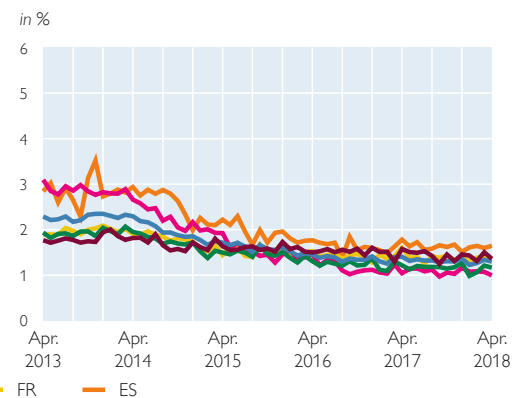
Grafik 6

Zinssätze Kreditneugeschäft nichtfinanzieller Unternehmen

bis 1 Mio EUR



über 1 Mio EUR



Quelle: OeNB, EZB.

kredit über 1 Mio EUR wies Österreich mit einem Zinssatz von 1,36% hingegen einen geringfügig höheren Wert als der Euroraum insgesamt auf (1,30%). Dieser wurde insbesondere von Deutschland (1,16%) und Italien (1,00%) unterboten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich die Zinssätze im Kreditneugeschäft zwischen den einzelnen Euroraum-Ländern sowohl bei privaten Haushalten als auch bei nichtfinanziellen Unternehmen ab 2013 wieder angeglichen haben. Speziell bei Wohnbaukrediten, aber auch bei Unternehmenskrediten, gab es 2018 in den verschiedenen Euroraum-Ländern nur noch geringe Unterschiede. Lediglich bei Konsumkrediten blieben die Unterschiede zwischen Österreich, Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien groß.

Tabelle 1

Zinssätze für das Kreditneugeschäft

	Österreich		Deutschland		Italien		Spanien		Frankreich		Euroraum	
	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2013	2018	2013	2018
	in %											
Private Haushalte	2,70	2,27	3,54	2,89	5,31	3,52	5,45	4,20	3,90	2,13	3,85	2,75
Konsumkredite	4,59	5,02	6,68	5,64	7,97	6,78	8,92	7,82	5,63	3,77	6,70	5,59
Wohnbaukredite	2,31	1,83	2,78	1,89	3,72	1,84	3,10	1,96	3,14	1,57	3,10	1,85
Nichtfinanzielle Unternehmen	1,84	1,42	2,13	1,39	3,56	1,47	3,78	1,88	2,24	1,48	2,70	1,53
bis 1 Mio EUR	2,28	1,85	2,97	2,39	4,35	1,96	5,39	2,08	2,90	1,71	3,82	2,08
über 1 Mio EUR	1,77	1,36	1,94	1,16	3,10	1,00	2,84	1,65	1,91	1,37	2,29	1,30

Quelle: OeNB, EZB.

Anmerkung: Die Werte für 2013 und 2018 beziehen sich jeweils auf den Monat April.

Starke Nachfrage nach Unternehmenskrediten trifft auf günstige Konditionen

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Juli 2018

Gerald Hubmann¹

Bereits seit Ende 2016 steigt die Nachfrage nach Unternehmenskrediten aufgrund der guten Konjunktur. Auch der Ausblick ist positiv. Dieser Trend ist bei den langfristigen Krediten am stärksten ausgeprägt. Die Umfrageteilnehmer sehen die verstärkte Nachfrage im gestiegenen Finanzierungsbedarf für die anhaltend starke Investitionstätigkeit der österreichischen Unternehmen.

Die Aufnahme neuer Kredite ist für die Unternehmen zudem zu immer günstigeren Konditionen möglich, da die Banken ab Mitte 2016 – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Kredite immer weiter gesenkt haben.

Im Privatkundengeschäft kam es im zweiten Quartal 2018 nur zu leichten Änderungen. Die Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen für Wohnbaukredite wurden aufgrund gesunkener Risikotoleranz der Banken (Bereitschaft der Banken, bei der Kreditvergabe Risiken einzugehen) etwas verschärft. Die Kreditnachfrage blieb unverändert.

Beim Zugang der österreichischen Banken zu Refinanzierungsquellen meldeten die Umfrageteilnehmer eine weitgehend unveränderte Situation, nachdem es davor über mehrere Quartale hinweg durchwegs Verbesserungen gegeben hatte. Vor allem die Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen ist seit Anfang 2017 leichter geworden.

Regulatorische Aktivitäten führten im ersten Halbjahr 2018 vor allem zu einer weiteren Stärkung der Eigenkapitalpositionen der Banken, aber auch zu einem Abbau risikoreicherer Kredite. Mit diesen Entwicklungen wurden mehrjährige Trends fortgesetzt.

Notleidende Kredite haben gemäß den Umfrageergebnissen kaum Auswirkungen auf die Kreditvergabepolitik der österreichischen Banken (erstmalige Fragestellung in dieser Umfrage- runde, halbjährliche Wiederholung geplant).

Die aktuellen Entwicklungen im Kreditgeschäft vollziehen sich vor dem Hintergrund einer nachhaltig guten Wirtschaftslage (reales BIP-Wachstum von +3,0% im Jahr 2017). OeNB, WIFO und IHS erwarten in ihren jüngsten Prognosen vom Juni 2018 weiterhin ein Anhalten der Hochkonjunktur im Jahr 2018 (reales BIP +3,1%, +3,2% bzw. +2,9%) und ein etwas moderateres, aber immer noch gutes Wachstum im Jahr 2019 (reales BIP +2,1%, +2,2% bzw. +1,7%). Die Bruttoanlageinvestitionen und darunter insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln sich seit 2016 äußerst positiv. Seit 2017 wird die Investitionstätigkeit auch von der nach wie vor starken Exportdynamik (und dem damit einhergehenden Bedarf nach Kapazitätsausweitungen vonseiten der Unternehmen) begünstigt.² Die Prognosen weisen jedoch auch auf steigende globale wirtschaftspolitische Risiken hin.

Abschnitt 1 behandelt das Kreditgeschäft der Banken mit Unternehmen, Abschnitt 2 jenes mit privaten Haushalten. Abschnitt 3 hat die Refinanzierungssituation der Banken zum Thema. In Abschnitt 4 geht es um die Auswirkungen regulatorischer Aktivitäten auf die Banken und ihre Kreditvergabe und in Abschnitt 5

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, gerald.hubmann@oenb.at.

² Hier erfolgt ein Hinweis auf den OeNB-Exportindikator, der anhand der LKW-Fahrleistungsdaten der ASFINAG eine Einschätzung der aktuellen Exportentwicklung zwei Monate vor Veröffentlichung der Exportdaten (nominelle Güterexporte) von Statistik Austria ermöglicht. Für die ersten fünf Monate des Jahres 2018 sieht die OeNB ein in Summe weiterhin kräftiges Exportwachstum, das sich jedoch seit dem vierten Quartal 2017 abschwächt.

um die Einflussfaktoren im Bereich Kreditmargen. Abschnitt 6 ist einer neuen Fragestellung gewidmet – ob notleidende Kredite die Kreditvergabepolitik der österreichischen Banken beeinflussen.

Punktuelle Ergebnisse für die einzelnen Quartale sind den Tabellen 1 bis 3 zu entnehmen, Grafik 1 stellt längerfristige Trends dar, Grafik 2 den Kreditbestand österreichischer Banken gemäß EZB-Monetärstatistik. Erläuterungen finden sich im Kasten am Ende des Artikels.

1 Unternehmenskredite: abermals gestärkte Nachfrage, günstige Konditionen

Bereits seit Ende 2016 berichten die Umfrageteilnehmer von einer anhaltenden Stärkung der Nachfrage nach Unternehmenskrediten (siehe Tabelle 1 und Grafik 1³), wobei dieser expansive Trend bei den langfristigen Krediten (Laufzeit über ein Jahr) am deutlichsten ausgeprägt ist. Auch für das kommende dritte Quartal 2018 erwarten die befragten Banken weitere Nachfragesteigerungen. Diese vergleichsweise starke Entwicklung folgt auf eine langjährige Phase von krisenbedingt rückläufiger Nachfrage (ab 2008).

Der Blick auf die Monetärstatistik zeigt einen kontinuierlichen Anstieg der Bestände an Unternehmenskrediten bei österreichischen Banken seit Anfang 2017 – auf einen historischen Höchststand von 170 Mrd EUR in der ersten Jahreshälfte 2018 (siehe Grafik 2⁴). Die Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft dienen auch als Vorlaufindikator (berichtete und erwartete Nachfragesteigerungen im zweiten bzw. dritten Quartal 2018) und signalisieren eine Fortsetzung des Anstiegs der Kreditbestände über die nächsten Monate.

Als wesentlicher Grund für die dynamische Kreditnachfrage geht aus den Umfrageergebnissen ein stark steigender Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen hervor. Weitere, auch großteils mit dem Konjunkturboom in Zusammenhang stehende Gründe sind Tabelle 1 zu entnehmen.

Die Aufnahme neuer Kredite ist für die Unternehmen zudem zu immer günstigeren Konditionen möglich, da die Banken ab Mitte 2016 – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Kredite immer weiter gesenkt haben. Im zweiten Quartal 2018 gab es auch leichte Lockerungen bei den Zusatz- und Nebenvereinbarungen.

In Summe belassen die Umfrageteilnehmer die Kreditrichtlinien im Unternehmenskundengeschäft seit Jahren weitgehend unverändert. Für das zweite Quartal 2018 meldeten einige Banken jedoch, dass der Wettbewerb im Bankensektor sowie eine stärker positive Risikoeinschätzung leicht lockernd auf ihre Kreditrichtlinien gewirkt haben.

³ Hinweis: Grafik 1 stellt die Entwicklungen anhand des gleitenden Durchschnitts der letzten vier Quartale dar, wodurch die Ergebnisse geglättet werden. Eventuell von der Beschreibung abweichende Einzelquartalszahlen stellen daher keinen inhaltlichen Widerspruch dar.

⁴ Zwei Zeitreihenbrüche aufgrund von Methodik-Änderungen verschieben das in der Monetärstatistik ausgewiesene Niveau der Bestände an Unternehmenskrediten jeweils deutlich sichtbar nach unten (Dezember 2014 und Oktober 2016). Die in diesem Beitrag getätigten Aussagen werden dadurch nicht eingeschränkt. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die qualitativen Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft hinsichtlich Entwicklung der Kreditnachfrage – vor allem punktuell – nicht zwingend mit der Entwicklung der Kreditbestände aus der Monetärstatistik übereinstimmen müssen.

Kredite oder Kreditrahmen für Unternehmen

Veränderung im jeweiligen Quartal¹, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten,² Antworten von 7 bzw. 8 Banken

	2014				2015				2016				2017				2018		
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3
Kreditrichtlinien																			
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																			
Unternehmen gesamt	-1	-2	1	0	-2	-3	0	0	-1	0	-1	-1	0	1	-1	1	0	-1	1
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	0	0	2	0	-1	-2	0	0	0	0	-1	-1	0	0	-1	0	0	0	-1
Kredite an große Unternehmen	-1	-2	1	0	-3	-2	1	0	-1	1	-1	-1	0	1	-1	1	0	1	1
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	-1	-1	0	0	-1	-2	0	0	-1	0	-1	0	0	1	-1	1	0	0	0
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-1	-2	0	-1	-3	-4	0	0	-1	-1	-1	-2	0	1	-1	1	0	-1	1
Kreditbedingungen insgesamt																			
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																			
Unternehmen gesamt	x	x	x	x	-3	-2	0	0	-1	0	2	0	1	0	1	0	1	1	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	x	x	x	x	-2	-2	0	0	-1	-1	1	0	1	0	1	0	1	-1	x
Kredite an große Unternehmen	x	x	x	x	-3	-2	0	0	-1	0	1	0	1	1	1	0	2	1	x
Margen für durchschnittliche Kredite																			
<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																			
Unternehmen gesamt	-1	1	-1	-1	-3	0	0	1	-1	2	3	1	4	3	3	0	3	3	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	2	-1	-1	-1	0	2	2	0	1	2	2	3	3	1	0	1	2	x
Kredite an große Unternehmen	-1	2	-1	-1	-3	-1	1	0	-2	2	2	1	4	3	4	1	3	4	x
Margen für risikoreichere Kredite																			
<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																			
Unternehmen gesamt	-2	-2	-1	-1	-3	-2	-1	0	-2	0	1	0	0	0	0	-1	0	0	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-2	-1	-1	-1	-2	-1	0	-2	-1	0	0	0	0	0	0	-1	-1	x
Kredite an große Unternehmen	-2	-2	-1	-2	-3	-3	-1	0	-2	0	2	0	1	1	0	-1	0	0	x
Ausgewählte sonstige Kreditbedingungen																			
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																			
Zusatz- oder Nebenvereinbarungen bei Krediten an Unternehmen gesamt	0	-1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	-1	0	0	2	x
Genehmigte Kreditanträge																			
<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																			
Anteil bezogen auf das Gesamtvolumen	x	x	x	x	0	-1	-1	0	-1	0	1	0	-1	1	-2	0	0	0	x
Kreditnachfrage																			
<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																			
Unternehmen gesamt	-2	0	-3	-2	1	-1	-2	0	-1	1	1	2	4	3	2	4	4	5	3
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-2	0	-1	-2	0	0	0	1	-1	1	1	3	3	1	2	3	3	3	3
Kredite an große Unternehmen	-2	-1	-2	-1	0	-1	-2	0	-1	1	-1	3	4	2	2	3	2	5	3
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	-1	0	0	0	1	-1	-1	0	0	0	1	1	1	2	0	3	2	3	2
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-2	0	-3	-2	-1	0	-1	1	-1	1	-1	3	5	4	6	6	5	6	4
Einfluss der Risikoeinschätzung der Banken																			
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																			
Wirtschaftslage und Konjunkturaussichten → Richtlinien für Kredite an große Unternehmen	0	0	-1	0	-1	-1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	2	x
Branchen- oder firmenspezifische Lage und Aussichten, Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer → Richtlinien für Kredite an große Unternehmen	0	0	0	0	-1	-1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1	2	x
Einfluss der allgemeinen Wettbewerbssituation auf																			
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																			
Kreditbedingungen insgesamt	x	x	x	x	0	0	1	0	-1	3	2	1	2	1	2	1	2	3	x
Margen für durchschnittliche Kredite	x	x	x	x	1	1	3	2	-1	2	2	0	2	2	2	2	2	3	x
Margen für risikoreichere Kredite	x	x	x	x	-1	0	0	0	-1	0	1	0	1	0	0	-1	0	2	x
Einfluss der Konkurrenz durch andere Banken auf die Kreditrichtlinien	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	2	0	3	x
Kreditnachfrage, ausgewählte Einflussfaktoren																			
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																			
Anlageinvestitionen	-4	-1	-5	-5	-3	-2	-1	1	-1	0	-2	2	3	4	3	4	5	5	x
Lagerhaltung und Betriebsmittel	0	0	1	-1	1	-1	-1	-1	-1	1	0	1	1	3	1	3	3	3	x
Fusionen/Übernahmen und Unternehmensumstrukturierungen	-1	-1	-1	0	1	0	0	1	0	1	1	1	1	0	1	2	4	3	x
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	0	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	x
Refinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung	-1	1	1	0	0	1	0	1	0	3	1	1	2	1	3	3	4	4	x
Innenfinanzierung	2	0	0	-1	-1	-1	-1	-1	-3	-3	-2	-3	-1	-3	-1	0	0	1	x
Kredite von anderen Banken	0	0	0	0	-1	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1	2	x
Begebung/Tilgung von Schuldverschreibungen	-2	-1	0	-1	-2	0	-2	-1	-1	-1	-1	0	0	-1	3	2	3	3	x

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

2 Kredite an private Haushalte: Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen für Wohnbaukredite leicht verschärft

Im Vergleich zum Unternehmenskundengeschäft verläuft die Entwicklung im Privatkundengeschäft weniger dynamisch (siehe Tabelle 2 und Grafik 1). In den ersten drei Quartalen des Vorjahrs berichteten die Banken noch von Ausweitungen der Kreditnachfrage (hauptsächlich mit gestiegenem Konsumentenvertrauen begründet). Seither kam es aber kaum noch zu Änderungen. Auch der Ausblick auf das dritte Quartal 2018 ist weitgehend neutral.

Gemäß Monetärstatistik (siehe Grafik 2⁴) erreichten die Bestände an Wohnbaukrediten bei österreichischen Banken im Mai 2018 einen historischen Höchststand von 107 Mrd EUR. Die Bestände an Konsumkrediten und sonstigen Krediten verharrten in den letzten Jahren bei etwa 55 Mrd EUR. Von 2007 bis 2012 hatten die Bestände jeweils noch rund 60 Mrd EUR betragen.

Angebotsseitig kam es im zweiten Quartal 2018 aufgrund gesunkener Risikotoleranz der Banken (Bereitschaft der Banken, bei der Kreditvergabe Risiken einzugehen) zu leichten Verschärfungen der Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen (insgesamt) für Wohnbaukredite. Als Teil der Kreditbedingungen wurden auch die maximalen Laufzeiten von neuen Wohnbaukrediten etwas verkürzt (siehe Tabelle 2, leichte Verschärfung der Fristigkeit bei Wohnbaukrediten). Eine Bank nannte ausdrücklich die mit 1. Juli 2018 in Kraft getretene Änderung des Bankwesengesetzes (BWG) und schrieb ihr einen deutlichen Beitrag zur Verschärfung der Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen für Wohnbaukredite zu.⁵

Darüber hinaus gab es im zweiten Quartal 2018 kaum Änderungen. Davor waren ab 2017 die Margen für durchschnittliche Wohnbaukredite aufgrund der Wettbewerbssituation leicht gelockert worden.

⁵ Der per 1. Juli 2018 in Kraft getretene §22b BWG erlaubt der FMA, mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen Begrenzungen für Fremdkapitalfinanzierungen von Immobilien festzulegen (Verordnungserlass mit Wirksamkeit für alle oder einen Teil der Kreditinstitute), um systemische Risiken für die Finanzmarktstabilität durch eine nicht nachhaltige Immobilienkreditvergabe zu beschränken. Die FMA hat damit die Möglichkeit, den Banken situationsabhängig Vorgaben für die Immobilienkreditvergabe zu machen (z. B. hinsichtlich Beleihungsquote oder maximaler Kreditlaufzeit).

Tabelle 2

Kredite an private Haushalte

Veränderung im jeweiligen Quartal¹, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten², Antworten von 7 Banken

	2014				2015				2016				2017				2018			
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																				
Kreditrichtlinien																				
Wohnbaukredite	0	0	1	0	0	2	0	-1	0	-2	1	0	0	-1	1	-1	0	-2	0	
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	1	1	0	-1	1	0	-1	0	0	1	0	0	0	1	-1	1	-1	1	
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																				
Kreditbedingungen insgesamt																				
Wohnbaukredite	x	x	x	x	-1	-1	0	-1	0	-1	0	1	0	-1	1	0	1	-2	x	
Konsumkredite und sonstige Kredite	x	x	x	x	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	x	
<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																				
Margen für durchschnittliche Kredite																				
Wohnbaukredite	1	2	1	-1	0	0	0	-1	1	1	1	0	1	2	2	1	2	1	x	
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	2	0	1	3	1	1	0	-1	0	0	1	0	0	-1	1	0	0	x	
<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																				
Margen für risikoreichere Kredite																				
Wohnbaukredite	0	0	-1	-2	-2	-3	-2	0	-1	0	0	-1	0	0	-1	-1	-1	-1	x	
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	1	-1	1	1	-2	-1	0	-1	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	x	
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																				
Ausgewählte sonstige Kreditbedingungen																				
Fristigkeit bei Wohnbaukrediten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	-2	x	
<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																				
Genehmigte Kreditanträge																				
(Anteil bezogen auf das Gesamtvolumen)																				
Wohnbaukredite	x	x	x	x	1	1	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	-2	x	
Konsumkredite und sonstige Kredite	x	x	x	x	-2	-1	-1	-1	0	1	0	0	0	1	1	1	1	0	x	
<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																				
Kreditnachfrage																				
Wohnbaukredite	1	3	0	1	1	2	3	0	1	1	0	0	2	2	3	1	1	0	1	
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	3	0	-2	-1	0	2	-1	0	0	1	1	2	3	0	0	-1	0	0	
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																				
Nachfrage nach Wohnbaukrediten, ausgewählte Einflussfaktoren																				
Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt und voraussichtliche Entwicklung der Preise für Wohneigentum	0	2	0	1	1	2	1	0	0	0	0	0	1	1	2	1	0	1	x	
Konsumentenvertrauen	1	2	1	0	0	0	2	1	2	1	1	1	1	2	3	2	0	1	x	
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	2	3	4	1	2	1	1	1	2	0	2	1	0	0	x	
Kredite von anderen Banken	-1	-1	0	-1	-1	0	-1	-2	-2	-1	-1	-1	-1	1	-1	0	0	0	x	
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																				
Nachfrage nach Konsumkrediten und sonstigen Krediten, ausgewählte Einflussfaktoren																				
Konsumentenvertrauen	0	2	1	-1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1	1	2	0	0	x	
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	1	1	2	0	0	0	1	1	1	1	1	1	0	0	x	
Kredite von anderen Banken	-1	-1	0	-2	-1	0	0	-1	-1	-1	-1	0	1	0	-1	-1	0	0	x	
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																				
Weiter ausgewählte Einflussfaktoren																				
Wettbewerbsituation → Kreditbedingungen insgesamt bei Wohnbaukrediten	x	x	x	x	0	0	1	0	0	1	1	2	1	1	1	1	1	1	x	
Wettbewerbsituation → Margen für durchschnittliche Wohnbaukredite	x	x	x	x	0	-1	1	-1	1	2	1	1	1	2	1	1	3	1	x	
Risikotoleranz der Banken → Kreditrichtlinien für Wohnbaukredite	x	x	x	x	0	1	-1	-1	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	-2	x	
Risikotoleranz der Banken → Kreditbedingungen insgesamt bei Wohnbaukrediten	x	x	x	x	-1	-2	-1	-1	0	0	0	0	0	0	1	-1	0	-2	x	

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Zugang der Banken zu ausgewählten Refinanzierungsquellen

Veränderung im jeweiligen Quartal¹, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten², Antworten von 8 Banken (vor 2015 von 5 bis 7 Banken)

	2014				2015				2016				2017				2018		
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3
Retail-Refinanzierung	(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)																		
Kurzfristige Einlagen (bis zu einem Jahr)	0	0	1	0	0	0	-1	0	1	2	1	1	2	1	2	1	3	0	0
Langfristige Einlagen (über ein Jahr)	-2	-3	-1	-2	-4	-5	-4	-2	1	-1	0	0	0	1	1	-1	2	-1	0
Unbesicherter Interbankengeldmarkt	(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)																		
Sehr kurzfristiger Geldmarkt (bis zu einer Woche)	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	2	1	2	1	2	0	0
Kurzfristiger Geldmarkt (über eine Woche)	-2	0	-1	0	-3	-1	-1	-2	-1	-1	0	2	2	1	1	0	2	0	0
Großvolumige Schuldtitel	(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)																		
Kurzfristige Schuldtitel ³	-1	0	0	0	-3	-2	-1	-2	-2	0	-1	0	0	2	2	1	1	0	0
Mittel- bis langfristige Schuldtitel	-3	-2	3	1	-1	-4	-2	-5	-4	-2	0	0	3	3	4	4	3	0	-1

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

³ Antworten von 5 bzw. 7 Banken (vor 2015 von 4 bis 6 Banken).

3 Refinanzierungszugang: weitgehend unveränderte Situation nach längerer Phase positiver Entwicklung

Beim Zugang der österreichischen Banken zu Refinanzierungsquellen meldeten die befragten Banken eine weitgehend unveränderte Situation, nachdem es davor über mehrere Quartale hinweg durchwegs Verbesserungen gegeben hatte (Refinanzierung über Einlagen, am Geldmarkt, mit Anleihen – siehe Tabelle 3). Vor allem die Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen (siehe Tabelle 3, großvolumige Schuldtitel) war von Anfang 2017 bis zum ersten Quartal 2018 leichter geworden.

4 Auswirkungen regulatorischer Aktivitäten: Eigenkapital gestärkt

Seit 2011 werden die Banken halbjährlich zu den Auswirkungen regulatorischer Aktivitäten befragt.⁶ Die Ergebnisse für das erste Halbjahr 2018 zeigen als Reaktion der befragten Institute vor allem eine Stärkung ihrer Eigenkapitalpositionen. Ein diesbezüglicher Trend besteht allerdings bereits seit 2012 und soll sich – gemäß den Angaben der Umfrageteilnehmer – auch im zweiten Halbjahr 2018 fortsetzen. Die Banken realisieren diesen langfristigen Aufbau der Eigenkapitalpositionen hauptsächlich mit einbehaltenen Gewinnen und weniger mit der Ausgabe von Kapitalinstrumenten.

Neben der positiven Eigenkapitalentwicklung kam es im ersten Halbjahr 2018 zu einem weiteren Abbau risikoreicherer Kredite. Auch hier ist in den Umfrageergebnissen ein mehrjähriger Trend zu erkennen (deutlich ausgeprägt vom zweiten Halbjahr 2011 bis zum ersten Halbjahr 2013 sowie vom ersten Halbjahr 2015 bis

⁶ Gefragt wurde nach den Auswirkungen neuer regulatorischer oder aufsichtlicher Anforderungen im Zusammenhang mit Eigenkapital, Verschuldungsobergrenzen, Liquidität oder Risikoversorge. Die diesbezügliche Frageformulierung ist mit der letzten Umfragerunde leicht adaptiert worden ohne substantielle Änderungen aufzuweisen. Die Ergebnisse bleiben historisch vergleichbar.

zum ersten Halbjahr 2016). Insgesamt gab es bei den Aktiva im ersten Halbjahr 2018 jedoch in Summe keine Änderungen.

Auf die Kreditrichtlinien und Kreditmargen wirkten sich regulatorische Aktivitäten zuletzt kaum aus. Seit Mitte 2016 wurden diesbezüglich nur vereinzelt Effekte gemeldet, wie etwa leichte Verschärfungen der Richtlinien für Unternehmenskredite im zweiten Halbjahr 2017.

5 Wettbewerbssituation und Profitabilitätsziele als wesentliche Einflussfaktoren im Bereich der Kreditmargen

In der aktuellen Umfragerunde wurde einmalig nach der Bedeutung von verschiedenen Faktoren gefragt, die Einfluss auf die Höhe der Kreditmargen für neu vergebene Kredite haben.⁷ Als wesentlich gaben die befragten Banken dabei die Wettbewerbssituation und ihre Profitabilitätsziele an. Eigenkapitalkosten, Zugang zur Marktfinanzierung, Liquiditätsposition und Risikoeinschätzung spielen hingegen eine geringere Rolle. Kaum von Bedeutung für die Margenhöhe sind die Betriebskosten der Banken.

6 Kreditvergabepolitik österreichischer Banken weitgehend unbeeinflusst von notleidenden Krediten

Beginnend mit dieser Umfragerunde (halbjährliche Wiederholung geplant) werden die teilnehmenden Banken zu den Auswirkungen von notleidenden Krediten auf ihre Kreditvergabepolitik und die entsprechenden Wirkungskanäle befragt.⁸

Insgesamt zeigt sich die Kreditvergabepolitik österreichischer Banken weitgehend unbeeinflusst von notleidenden Krediten. Im ersten Halbjahr 2018 hatten notleidende Kredite nahezu keine Auswirkungen auf Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen der österreichischen Banken. Für den Zeitraum 2014 bis 2017 gab es nur vereinzelte Angaben über Verschärfungen der Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen aufgrund notleidender Kredite – vor allem in Zusammenhang mit Anforderungen von Bankenaufsicht und Bankenregulierung.

Der Anteil der notleidenden Kredite an den von österreichischen Banken vergebenen Krediten lag Ende Dezember 2017 bei 3,7% und damit etwas niedriger als der entsprechende Anteil in der EU insgesamt (4,0%). Zum Vergleich wies Deutschland einen Anteil von 1,9% auf, die Niederlande einen von 2,3% und Italien einen von 11,1%. Ende 2014 waren die Anteile notleidender Kredite noch wesentlich höher: Österreich 8,0%, EU 6,5%, Deutschland 3,7%, Niederlande 3,3% und Italien 17,0%.⁹

⁷ Regulär wird jedes Quartal nach der Änderung der Margen im Vergleich zum Vorquartal und nach den Einflussfaktoren bei eventuellen Margenänderungen gefragt (explizit nach Refinanzierungskosten und bilanziellen Restriktionen, Wettbewerbssituation, Risikoeinschätzung, Risikotoleranz) – siehe die Abschnitte zu den Unternehmens- und Haushaltskrediten sowie die Tabellen 1 und 2.

⁸ Konkret wird gefragt, welche Auswirkungen die NPL-Quote (Non-performing-loan-Quote) auf die Kreditvergabepolitik der Banken hat. Die NPL-Quote ist definiert als der prozentuale Anteil des NPL-Bestands (brutto) in der Bankbilanz am Bruttobuchwert der Kredite.

⁹ Quelle: EBA Risk Dashboard Q4 2017, European Banking Authority. Für nähere Informationen zu notleidenden Krediten und anderen finanzmarktstabilitätsrelevanten Entwicklungen siehe die halbjährlichen Finanzmarktstabilitätsberichte der OeNB.

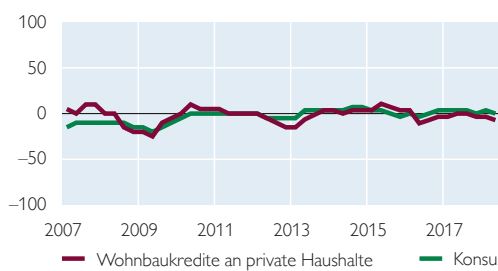
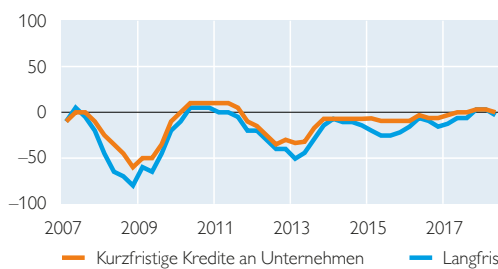
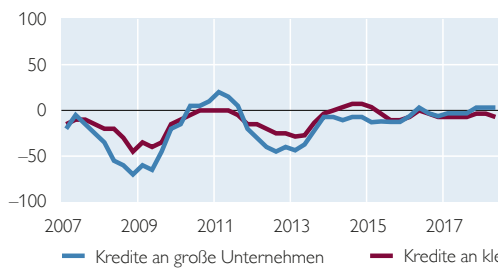
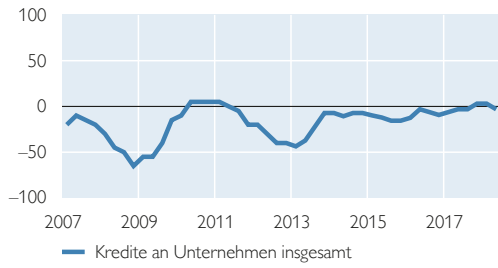
Grafik 1

Entwicklung der Kreditrichtlinien und der Kreditnachfrage

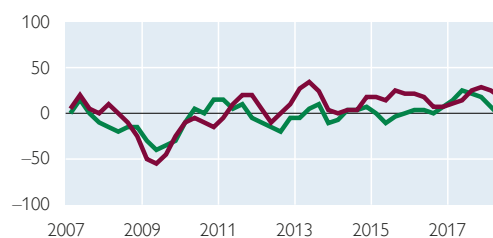
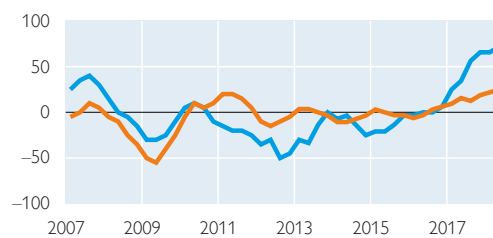
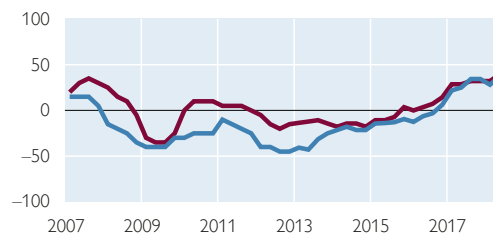
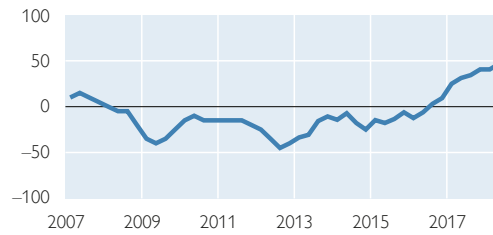
Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Kreditrichtlinien¹

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale



Kreditnachfrage²



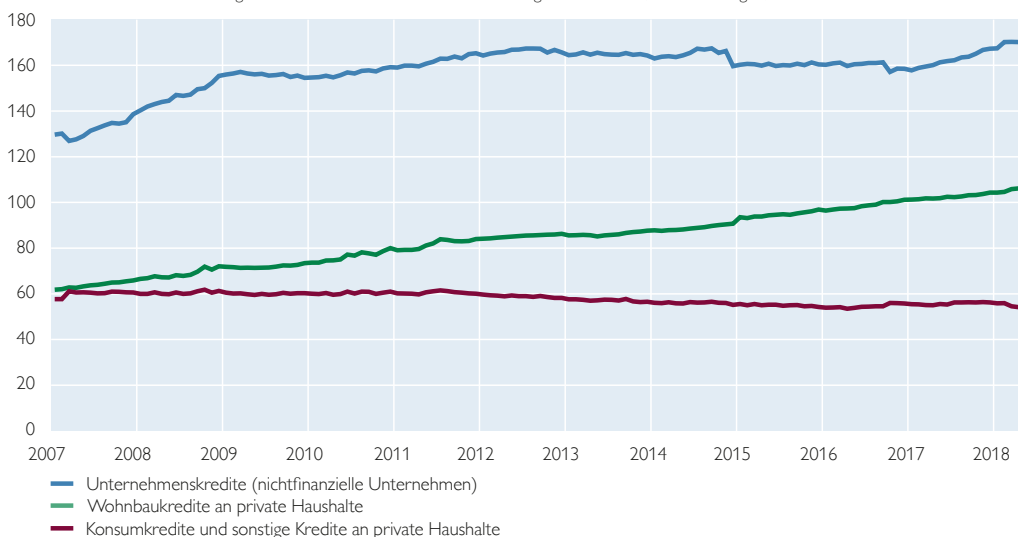
Quelle: OeNB.

¹ negative Werte = Verschärfung, positive Werte = Lockerung

² negative Werte = Rückgang, positive Werte = Steigerung

Kreditbestand österreichischer Banken

Kredite von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten an Ansässige im Euroraum, alle Währungen, in Mrd EUR



Quelle: OeNB, EZB.

Anmerkung: Zeitreihenbrüche im Dezember 2014 und Oktober 2016 aufgrund von Methodik-Änderungen, mit deutlich sichtbaren Auswirkungen bei den Unternehmenskrediten.

Die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – führen gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) seit Anfang 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch, um ihren Informationsstand über das Kreditvergabeverhalten der Banken und das Kreditnachfrageverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten zu verbessern. Dabei werden rund 150 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter acht Institute aus Österreich.

Ab der Umfrage für das erste Quartal 2015 wird ein revidierter und erweiterter Fragebogen verwendet. Einige der aktuell erhobenen Daten sind daher erst ab 2015 verfügbar.

Kreditrichtlinien sind die internen Kriterien – sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen – die bestimmen, unter welchen Voraussetzungen eine Bank Kredite vergeben möchte.

Kreditbedingungen sind die speziellen Verpflichtungen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben (z. B. Margen, Nebenkosten, Sicherheitserfordernisse usw.).

Kreditmargen sind Aufschläge auf relevante Referenzzinssätze bzw. die Differenzen zwischen Kreditzinssätzen und Refinanzierungszinssätzen. Im Rahmen dieser Umfrage wird bei einer Verringerung der Margen von Lockerung und bei einer Erhöhung der Margen von Verschärfung gesprochen. Eine Lockerung der Margen ist für Kreditnehmer positiv, schränkt aber unmittelbar die Ertragsmöglichkeiten der Banken als Kreditgeber ein.

Saldo aus positiven und negativen Antworten: Die Anzahl der Banken, die auf eine Frage in positiver Richtung antworten (z. B. Lockerung der Margen, Steigerung der Nachfrage) abzüglich der Anzahl der Banken, die auf eine Frage in negativer Richtung antworten (z. B. Verschärfung der Margen, Rückgang der Nachfrage). Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen hier als Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Nettoprozensatz: Der Saldo aus positiven und negativen Antworten im Verhältnis zu der Anzahl der Antworten insgesamt. Wenn z. B. von acht antwortenden Banken zwei angeben, dass die Nachfrage nach Wohnbaukrediten gestiegen ist, eine angibt, dass die Nachfrage gesunken ist und die übrigen fünf angeben, dass die Nachfrage unverändert geblieben ist, dann ergibt sich ein Saldo von plus eins bzw. ein Nettoprozensatz von +12,5 (1/8). In diesem Beispiel gibt ein Überhang von nur einer Bank eine Nachfragesteigerung an – zu wenig, um daraus eine allgemeine Aussage abzuleiten. In einem solchen Fall muss von einer weitgehend unveränderten Situation ausgegangen werden.

Schuldendienst der privaten Haushalte in Österreich 2009 bis 2017

In der vorliegenden Ausarbeitung wird – nach unserem Wissensstand erstmalig – der Schuldendienst (die Summe aus Zinsaufwand und Tilgungen) der österreichischen privaten Haushalte für den Zeitraum 2009 bis 2017 auf Basis von Meldedaten berechnet. Der Schuldendienst betrug im Jahr 2017 26,1 Mrd EUR. Knapp die Hälfte (46,3 %) entfiel auf Wohnbaukredite in Euro, 40,2 % auf Konsum- und sonstige Kredite in Euro sowie 13,5 % auf Fremdwährungskredite (die nicht auf Verwendungszwecke aufgeteilt werden können). Der Schuldendienst stieg von 2009 bis 2017 nominell um 5,1 Mrd EUR oder 24,1 %. Der Anstieg wurde durch Wohnbaukredite getrieben (+70,3 %), wohingegen der Schuldendienst für Konsum- und sonstige Kredite praktisch unverändert blieb (–2,0 %). Real (HVPI-deflationiert) betrug der Anstieg des gesamten Schuldendienstes 6,6 %. Die Schuldendienstquote stieg von 12,2 % der verfügbaren Haushaltseinkommen des gesamten Haushaltssektors im Jahr 2009 nur leicht auf 12,7 % im Jahr 2017.

Martin Schneider,
Walter Waschiczek¹

Der Schuldendienst bildet eine wesentliche Ausgabenkategorie für die privaten Haushalte, die sowohl aus makroprudenzieller als auch aus konjunktureller Sicht hohe Relevanz hat. Aus konjunktureller Perspektive stehen Ausgaben für den Schuldendienst nicht für Konsumausgaben oder für die Geldvermögensbildung zur Verfügung. Darüber hinaus beeinflusst der Schuldendienst die Fähigkeit bzw. Bereitschaft der Haushalte zur Aufnahme weiterer Kredite sowie die Bereitschaft der Banken zur weiteren Kreditvergabe. Die makroprudenzielle Perspektive stellt die Schuldentragfähigkeit in den Vordergrund. Hohe Schuldendienstverpflichtungen können die Fähigkeit verschuldeter Haushalte zur Bedienung bzw. Rückzahlung ihrer Kredite beeinträchtigen. Andererseits kann ein Anstieg des aktuellen Schuldendienstes (wenn dieser auf höhere vorzeitige Tilgungen zurückzuführen ist) geringere finanzielle Belastungen der Haushalte in der Zukunft bedeuten.

In der vorliegenden Ausarbeitung wird der Schuldendienst der österreichischen privaten Haushalte (inkl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck) für den Zeitraum 2009 bis 2017 berechnet. Dabei handelt es sich nach unserem Wissensstand um die erste systematische Abschätzung des Schuldendienstes auf Basis von Meldedaten.² Im Rahmen dieser Ausarbeitung ist der Schuldendienst definiert als die Summe von Zinsaufwand und Tilgungen. Dies deckt nicht den gesamten Aufwand der Haushalte zur Bedienung ihrer finanziellen Verpflichtungen ab. Zum einen wird nur der Schuldendienst für Kredite von inländischen MFIs erfasst, nicht jedoch andere Verbindlichkeiten, wie z. B. Kredite von ausländischen Banken, Leasing-Verpflichtungen oder Wohnbaudarlehen der öffentlichen Hand. Zum anderen bleiben Kostenfaktoren wie Kreditnebenkosten, Subventionen (die etwa bei Wohnbaukrediten eine nicht unwesentliche Rolle spielen) oder Einzahlungen

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, martin.schneider@oenb.at, walter.waschiczek@oenb.at. Die Autoren danken Michael Andreasch, Martin Bartmann, Thomas Kemetmüller, Walpurga Köhler-Töglhofer, David Liebeg, Elisa Reinhold, Michael Strommer und Karin Wagner für wertvolle Hinweise und Diskussionen bzw. für die Unterstützung bei der Erstellung der Datenbasis.

² Da für die meisten Länder überhaupt keine oder nicht hinreichend lange Zeitreihen zur Neukreditvergabe vorliegen und damit keine Tilgungen berechnet werden können, verwenden internationale Organisationen wie die Fed, die EZB oder die BIZ eine Berechnungsmethode auf Basis der Annuitätenformel (Dyner et al., 2003; ECB, 2005; Drehmann et al., 2015), um eine Schätzung für den tatsächlich geleisteten Schuldendienst vorzunehmen (siehe Kasten 1).

in Tilgungsträger für endfällige Kredite unberücksichtigt. Der Erfassungsgrad der Verbindlichkeiten der Haushalte ist allerdings sehr hoch: Gemäß GFR lag der Anteil der MFI-Kredite an den gesamten Verpflichtungen der Haushalte Ende 2017 bei rund 85 %.³

Sowohl für den Zinsaufwand als auch für die Tilgungen erfolgt die Berechnung auf Basis der in der OeNB vorhandenen Meldedaten. Während sich der Zinsaufwand damit relativ einfach errechnen lässt und auch regelmäßig in Publikationen der OeNB, etwa dem Financial Stability Report, dargestellt wird, erweist sich die Ermittlung eines Maßes für die Tilgungen in Anbetracht der Datenlage als komplexer und mit größeren Unsicherheiten behaftet. Aus diesem Grund ist ein Großteil der Ausarbeitung der Berechnung der Tilgungen gewidmet. Da Tilgungen nicht im Rahmen des Meldewesens erfasst werden, wird dabei der Umweg über die Differenz von neu vergebenen Krediten (Bruttokreditvergabe) in einer Periode und der Veränderung des Kreditbestands zwischen den Zeitpunkten zu Beginn und am Ende dieser Periode (Nettokreditvergabe) gewählt. Die Ermittlung von Zinsaufwand und Tilgungen erfolgt für Kredite an private Haushalte insgesamt sowie unterteilt zum einen nach der in der EZB-Monetärstatistik üblichen Aufteilung nach Währung bzw. Verwendungszweck der Kredite (Wohnbaukredite in Euro, Konsum- und sonstige Kredite in Euro, Fremdwährungskredite)⁴ und zum anderen nach der Tilgungsart der Kredite (Annuitätenkredite bzw. endfällige Kredite). Annuitätenkredite oder Annuitätendarlehen sind mit regelmäßigen Raten zurückzuzahlen. Dabei kann entweder die Tilgung oder die Annuität (Tilgung plus Kreditzinsen) konstant sein. Bei endfälligen Krediten bezahlt der Kreditnehmer während der Laufzeit lediglich die auf den Kredit anfallenden Zinsen, die Kreditsumme selbst wird erst zum Schluss getilgt. Die Ergebnisse werden anhand von Jahreswerten dargestellt, um die starken kurzfristigen Schwankungen der einzelnen Aggregate auszuschalten. Aufgrund der Datenlage ist die Berechnung ab dem Jahr 2009 möglich.

Die Ausarbeitung ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel 1 wird die Methode zur Berechnung des Schuldendienstes und seiner Komponenten sowie zur Zerlegung der Veränderung des Schuldendienstes in seine Einflussfaktoren vorgestellt. Kapitel 2 stellt die Methode zur Berechnung des Schuldendienstes und seiner Komponenten Zinsaufwand und Tilgungen bzw. zur Zerlegung deren Veränderung nach ihren Einflussfaktoren dar. Kapitel 3 präsentiert die Ergebnisse und diskutiert deren Implikationen.

1 Berechnungsmethode

Dieses Kapitel stellt die Methode zur Berechnung des Schuldendienstes und seiner Komponenten Zinsaufwand und Tilgungen (Kapitel 1.1) bzw. zur Zerlegung der Veränderung dieser Größen nach ihren Einflussfaktoren (Kreditbestand, Zinssatz,

³ Demgegenüber liegt im Unternehmensbereich, wo andere Verbindlichkeiten, wie Anleiheemissionen, Handelskredite oder Kredite von anderen Kreditgebern, eine wesentliche Rolle spielen, der Anteil der (inländischen) Bankkredite an den gesamten Passiva (inkl. Eigenkapital) bei rund 20 %. Der Konnex des Schuldendienstes zu den Ausgaben ist daher bei Haushalten wesentlich höher als bei Unternehmen. Daher untersucht die vorliegende Ausarbeitung nicht den Schuldendienst des Unternehmenssektors, für den die hier verwendeten Daten im Prinzip ebenfalls vorhanden wären.

⁴ Da in der Zinssatzstatistik nur Zinssätze für Konsumkredite und sonstige Kredite gemeinsam ausgewiesen werden, kann der Zinsaufwand nur für diese beiden Verwendungszwecke in Summe errechnet werden. Daher ist auch die Darstellung des Schuldendienstes nur in dieser Gliederung möglich.

Restlaufzeit, Tilgungen von endfälligen Krediten, sonstige Tilgungen) dar. Die dafür verwendeten Daten und die sich dabei ergebenden Probleme werden in Kapitel 2 erläutert.

1.1 Berechnung des Schuldendienstes und seiner Komponenten

Zinsaufwand

Der Zinsaufwand Z_t ergibt sich durch Multiplikation der aushaftenden Kreditbestände B_t mit den jeweils hierfür von den Banken gemeldeten Zinssätzen r_t .

$$Z_t = B_t r_t \quad (1)$$

Der Zinsaufwand wird zum einen getrennt nach Währung bzw. Verwendungszweck (Wohnbaukredite in Euro (Z_t^{EWB}), Konsum- und sonstige Kredite in Euro (Z_t^{EKS}) sowie Fremdwährungskredite (Z_t^{FX}), Gleichung (1a)⁵ und zum anderen nach Tilgungsart (Annuitätenkredite (Z_t^{AK}) und endfällige Kredite (Z_t^{EF}), Gleichung (1b) berechnet:

$$Z_t = Z_t^{EWB} + Z_t^{EKS} + Z_t^{FX} = B_t^{EWB} r_t^{EWB} + B_t^{EKS} r_t^{EKS} + B_t^{FX} r_t^{FX} \quad (1a)$$

$$Z_t = Z_t^{AK} + Z_t^{EF} = B_t^{AK} r_t^{AK} + B_t^{EF} r_t^{EF} \quad (1b)$$

Tilgungen

Da Tilgungen von Krediten nicht in den Meldungen der Banken an die OeNB erfasst werden, werden sie im Rahmen dieser Ausarbeitung als Differenz aus Bruttoveränderung⁶ (Neukreditvergabe) und Nettoveränderung der Kreditbestände berechnet. Der Kreditbestand B_t in Periode t ergibt sich aus dem Kreditbestand der Vorperiode (B_{t-1}) zuzüglich der Neukreditvergabe (NK_t) abzüglich der Tilgungen (T_t) $B_t = B_{t-1} + NK_t - T_t$.⁷ Formt man diese Gleichung nach den Tilgungen um, so erhält man

$$T_t = NK_t - (B_t - B_{t-1}). \quad (2)$$

Die Tilgungen werden nach Währungen bzw. Verwendungszweck getrennt berechnet.

$$T_t = T_t^{EWB} + T_t^{EKS} + T_t^{FX} \quad (2a)$$

Für die Tilgungen (T_t^{EF}) von endfälligen Krediten werden die Bestände von endfälligen Krediten angesetzt, deren Restlaufzeit kürzer ist als die jeweils betrachtete Periode. Da die Berechnung anhand von Quartalsdaten durchgeführt wird (auch

⁵ Aufgrund der Datenlage ist die Aufteilung des Zinsaufwands nach Verwendungszwecken nur für Euro-Kredite möglich.

⁶ Die Neukreditstatistik, aus der die Daten zur Bruttoneukreditvergabe stammen, versteht darunter alle in einer Periode neu vergebenen Kredite, nicht jedoch Prolongationen sowie neu getroffene Vereinbarungen hinsichtlich bereits bestehender Kredite.

⁷ Allerdings ergibt sich die Veränderung des Kreditbestands zwischen zwei Zeitpunkten nicht bloß aus dem Saldo aus neu vergebenen und zurückgezahlten Krediten, sondern auch aus „nicht-transaktionsbedingten“ Veränderungen (Wechselkursanpassungen, Bewertungsänderungen und Reklassifikationen), die auf keine Geschäftstätigkeit zurückzuführen sind. Weitere Unschärfen ergeben sich daraus, dass einige Faktoren, die die Veränderung des Kreditbestands – wenn auch in relativ geringem Ausmaß – beeinflussen können, wie Kreditverbriefungen und -verkäufe sowie Veränderung der kapitalisierten Zinsen, unberücksichtigt blieben sowie aufgrund der unterschiedlichen Abgrenzung des Kreditbegriffs zwischen verschiedenen Statistiken (siehe Kapitel 3.2).

wenn Jahreswerte dargestellt werden), sind dies Kredite mit einer Laufzeit von weniger als drei Monaten $T_i^{EF} = B_{i,RLZ1-3Monate}^{EF}$ (siehe Kapitel 2.2.2). Die Tilgungen von Annuitätenkrediten ergeben sich als Differenz zwischen den gesamten Tilgungen und den Tilgungen von endfälligen Krediten.

$$T_i^{AK} = T_i - T_i^{EF} \quad (2b)$$

Schuldendienst

Der gesamte Schuldendienst ergibt sich aus der Summe von Zinsaufwand und Tilgungen, wiederum für alle Kredite an Haushalte (3) sowie nach Währung bzw. Verwendungszweck (3a) und Tilgungsart (3b) getrennt.

$$S_t = Z_t + T_t \quad (3)$$

$$S_t = S_t^{EWB} + S_t^{EKS} + S_t^{FX} \quad (3a)$$

$$S_t = S_t^{AK} + S_t^{EF} \quad (3b)$$

1.2 Einflussfaktoren der Veränderung des Schuldendienstes

Nach der Berechnung der Höhe des Schuldendienstes und seiner Komponenten wird im gegenständlichen Abschnitt die Methode zur Zerlegung der Veränderung dieser Größen in ihre Einflussfaktoren im Zeitablauf präsentiert.

Zinsaufwand

Die Veränderung des Zinsaufwands hängt von den Veränderungen des Kreditbestands und des Zinssatzes ab. Bei konstantem Zinssatz steigt der Zinsaufwand, wenn das aushaftende Kreditvolumen ansteigt. Umgekehrt erhöhen bei konstantem Kreditbestand steigende Zinsen den Zinsaufwand. In der Praxis beeinflussen sowohl Veränderungen des Kreditvolumens als auch des Zinsniveaus den Zinsaufwand. Die Veränderung des Zinsaufwands wurde in diese beiden Komponenten zerlegt, indem die Veränderung des Zinssatzes (Kreditbestands) in Periode t im Vergleich zur Vorperiode $t-1$ mit dem Durchschnitt des Kreditbestands (Zinssatzes) von Periode t und $t-1$ multipliziert wurde:

$$\Delta Z_{t-1,t} = \frac{(B_t + B_{t-1})}{2} \Delta r_t + \frac{(r_t + r_{t-1})}{2} \Delta B_t \quad (4)$$

Kasten 1

Berechnung der Tilgungen mit der Annuitätenformel

Bei Annuitätenkrediten mit einer konstanten Kreditrate können der laufende Schuldendienst und damit auch die Tilgungen T^{AK}_t mit einer Annuitätenformel berechnet werden.¹ Die Höhe des Schuldendienstes S^{AK}_t in Periode t hängt neben dem Kreditbestand B^{AK}_t noch vom Zinssatz r^{AK}_t und von der Restlaufzeit s^{AK}_t ab. Die Tilgungen werden errechnet, indem vom Schuldendienst die Zinszahlungen $r^{AK}_t B^{AK}_t$ abgezogen werden. Für die Herleitung siehe Drehmann et al. (2015).

¹ In Österreich waren im Jahr 2016 79 % der Kredite an private Haushalte Annuitätenkredite.

$$T_t^{AK} = f(B_t^{AK}, r_t^{AK}, s_t^{AK}) = B_t^{AK} \left(\frac{r_t^{AK}}{1 - (1 + r_t^{AK})^{-s_t^{AK}}} - r_t^{AK} \right) \quad (5)$$

Der Annuitätenformel liegen eine Reihe von Annahmen zugrunde, die bei der Anwendung auf ein gesamtwirtschaftliches Kreditportfolio zu Schätzfehlern führen können (z.B. konkrete Ausgestaltung der Kreditverträge). Drehmann et al. (2015) haben gezeigt, dass die Schätzung für das Niveau verzerrt sein kann, die Änderungen im Zeitablauf jedoch sehr genau wiedergegeben werden.

Tilgungen

Die Veränderung der gesamten Tilgungen in Periode t im Vergleich zur Vorperiode setzt sich zusammen aus der Veränderung der Tilgungen von Annuitätenkrediten (ΔT_t^{AK}), der Veränderung der Tilgungen von endfälligen Krediten (ΔT_t^{EF}) und einer verbleibenden Residualgröße („sonstige Tilgungen“, ΔT_t^S), die sich daraus ergibt, dass die Annuitätenformel die Entwicklung der Tilgungen nur approximativ beschreibt.

$$\Delta T_t = \Delta T_t^{AK} + \Delta T_t^{EF} + \Delta T_t^S \quad (7)$$

Die Veränderung der Tilgungen von Annuitätenkrediten in Periode t kann nun mit Hilfe der Annuitätenformel (5) in Kasten 1 analog zu (4) in seine Einflussfaktoren (Bestandsveränderung, Veränderung des Zinssatzes, Veränderung der Restlaufzeit) aufgespalten werden. Für jede Determinante wird der Effekt der Veränderung im Jahr t gegenüber $t-1$ ermittelt, indem die Annuitätenformel für beide Jahre berechnet wird. Für die jeweils anderen beiden Einflussfaktoren werden die Durchschnittswerte von t und $t-1$ eingesetzt.⁸

$$\begin{aligned} \Delta T_t^{AK} \approx & \left(f \left(B_t^{AK}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) - f \left(B_{t-1}^{AK}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) \right) \\ & + \left(f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, r_t^{AK}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) - f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, r_{t-1}^{AK}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) \right) \\ & + \left(f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, s_t^{AK} \right) - f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, s_{t-1}^{AK} \right) \right) \end{aligned} \quad (6)$$

Die Veränderung der Tilgungen von endfälligen Krediten (ΔT_t^{EF}) wird durch die Veränderung der Kreditbestände mit Restlaufzeiten bis zu 3 Monaten approximiert, da die Berechnungen auf Quartalsdaten basieren. Die sonstige Tilgungen (ΔT_t^S) werden als Residualgröße berechnet.

⁸ Durch die Nichtlinearität von (6) kommt es dabei zu einem Approximationsfehler, der jedoch sehr gering ist (ca. 0,02%).

Schuldendienst

Die Veränderung des gesamten Schuldendienstes kann nun aus der Summe der Veränderungen des Zinsaufwands und der Tilgungen berechnet werden:

$$\Delta S_t = \Delta Z_t + \Delta T_t \quad (8)$$

Setzt man nun (4), (6) und (7) in (8) ein, so erhält man

$$\begin{aligned} \Delta S_t \approx & \frac{(B_t + B_{t-1})}{2} \Delta r_t + \frac{(r_t + r_{t-1})}{2} \Delta B_t \\ & + \left(f \left(B_t^{AK}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) - f \left(B_{t-1}^{AK}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) \right) \\ & + \left(f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, r_t^{AK}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) - f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, r_{t-1}^{AK}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) \right) \\ & + \left(f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, s_t^{AK} \right) - f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, s_{t-1}^{AK} \right) \right) \\ & + \Delta T_t^{EF} + \Delta T_t^S \end{aligned} \quad (9)$$

Gruppiert man nun die einzelnen Teile von (9) nach den Einflussfaktoren, so erhält man

$$\begin{aligned} \Delta S_t \approx & \frac{(B_t + B_{t-1})}{2} \Delta r_t + \left(f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, r_t^{AK}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) - f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, r_{t-1}^{AK}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) \right) && \text{Zinssatzänderung} \\ & + \frac{(r_t + r_{t-1})}{2} \Delta B_t + \left(f \left(B_t^{AK}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) - f \left(B_{t-1}^{AK}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{s_t^{AK} + s_{t-1}^{AK}}{2} \right) \right) && \text{Bestandsveränderung} \\ & + \left(f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, s_t^{AK} \right) - f \left(\frac{B_t^{AK} + B_{t-1}^{AK}}{2}, \frac{r_t^{AK} + r_{t-1}^{AK}}{2}, s_{t-1}^{AK} \right) \right) && \text{Veränderung der Restlaufzeit} \\ & + \Delta T_t^{EF} && \text{Veränderung der Tilgungen von endfälligen Krediten} \\ & + \Delta T_t^S && \text{Veränderung der sonstigen Tilgungen} \end{aligned} \quad (10)$$

2 Erstellung der Datenbasis

Auf Basis der im vorangegangenen Kapitel dargelegten Methode werden im Folgenden die für die Berechnung des Schuldendienstes verwendeten Daten aus dem Meldewesen der OeNB (bzw. die daraus abgeleiteten Daten) und die damit einhergehenden Probleme beschrieben. Aufgrund der Fragmentierung der Kreditstatistik erfordert diese – grundsätzlich einfache – Berechnung eine Verknüpfung verschiedener Datenquellen bzw. eine Abschätzung für jene Daten, die aus den Meldedaten nicht vollständig verfügbar sind.⁹

⁹ Durch die Umstellung in der Methodik der Datenerhebung auf das neue Datenmodell der OeNB ergeben sich zudem Zeitreihenbrüche, dadurch sind aber in Zukunft Erleichterungen bei der Berechnung des Schuldendienstes zu erwarten.

2.1 Zinsaufwand

Die Zeitreihen für Zinsaufwendungen werden aus Daten der EZB-Monetärstatistik und Zinssatzstatistik errechnet, indem die zu jedem Quartal aushaftenden Bestände mit den jeweils hierfür von den Banken gemeldeten Zinssätzen (Bestandszinsen), bezogen auf ein Quartal (das heißt, jeweiliger Zinssatz p. a., dividiert durch 4), multipliziert werden.

Die Unschärfen, die dabei in Kauf genommen werden müssen, sind vergleichsweise gering. Während für die Volumina Werte für Kreditnehmer in Österreich zur Verfügung stehen, beziehen sich die Zinssätze in der EZB-Zinssatzstatistik auf die von österreichischen Banken an Kreditnehmer im Euroraum (und nicht nur in Österreich) vergebenen Kredite. Für die Zinssätze über Bestände sind Konsumkredite und sonstige Kredite in einer Kategorie zusammengefasst, wobei diese Kategorie auch revolvingkredite und Überziehungskredite sowie Kreditkartenkredite einschließt. Daher werden hier (und in weiterer Folge für den Schuldendienst) diese beiden Positionen zusammengefasst. Zinssätze für Fremdwährungskredite werden in der Zinssatzstatistik nur für neu vergebene Kredite (an Unternehmen und Haushalte insgesamt, keine Aufgliederung auf diese beiden Sektoren) erfasst. Angesichts der Tatsache, dass nahezu alle Fremdwährungskredite variabel verzinst sind, erscheint eine Verwendung dieser Zinssätze für eine Abschätzung der Verzinsung des Bestands vertretbar.

2.2 Tilgungen

2.2.1 Tilgungen nach Währung bzw. Verwendungszweck

Neu vergebene Kredite

Die in den Meldedaten enthaltenen Angaben zu neu vergebenen Krediten erfassen jeweils nur Teilbereiche, sodass keine vollständigen Daten über die an private Haushalte neu vergebenen Kredite nach Währung bzw. Verwendungszweck vorliegen. In der (monatlichen) Neukreditstatistik¹⁰, die seit Jänner 2009 erhoben wird, werden in Bezug auf Kredite an private Haushalte auf Euro lautende Kredite – untergliedert nach Verwendungszweck (Konsumkredite, Wohnbaukredite, sonstige Kredite) – ausgewiesen, aber keine Fremdwährungskredite und damit auch nicht neu vergebene Kredite insgesamt. Fremdwährungskredite an Haushalte (ohne Gliederung nach Verwendungszwecken) wurden im Rahmen der Neukreditstatistik nur zwischen Jänner 2009 und März 2011 gemeldet.

Eine zweite Datenquelle ist die Fremdwährungskreditstatistik, die quartalsweise Angaben über neu an Unternehmen und Haushalte vergebene Kredite nach verschiedenen Währungen (EUR, CHF, JPY) beinhaltet, die Kredite an Haushalte aber nicht nach Verwendungszweck untergliedert. Diese Daten sind ab 4Q2010 vorhanden.¹¹ Seit 2017 liegen im Rahmen des gemeinsamen integrierten Meldewesen-Datenmodells Daten vor, die eine Aufteilung der Neukreditvergabe nach Verwendungszwecken ermöglichen. Durch diese Änderung der Erhebungsmethode kam es jedoch zu Datensprüngen.

¹⁰ Die Neukreditstatistik versteht darunter alle in einer Periode neu vergebenen Kredite, nicht jedoch Prolongationen sowie neu getroffene Vereinbarungen hinsichtlich bereits bestehender Kredite.

¹¹ Gemäß Monetärstatistik entfallen mehr als 97 % der Fremdwährungskredite an private Haushalte auf Schweizer Franken.

Eine weitere Ungenauigkeit ergibt sich daraus, dass die neu vergebenen Kredite laut Neukreditstatistik nur Einmalkredite, Wechselkredite und Finanzleasing umfassen, nicht jedoch Kreditkartenkredite und revolvingende Kredite. Die Änderung bei der Methodik der Datenerhebung, die mit Oktober 2016 für die Monetärstatistik umgesetzt wurde, erlaubt eine Aufgliederung des aushaftenden Kreditbestands nach Kreditarten. Daraus ergibt sich, dass die in der Neukreditstatistik nicht erfassten Kreditarten für einige Verwendungszwecke durchaus von Relevanz sind, wie Tabelle A3 im Anhang zeigt. Die neu vergebenen Kredite dürften daher höher sein als in der Neukreditstatistik ausgewiesen (unter der Annahme, dass die Struktur der neu vergebenen Kredite jener des aushaftenden Bestands entspricht, um rund 10%). Damit dürften auch die Tilgungen höher sein als hier ermittelt.

Nettotransaktionen

Nettotransaktionen werden ermittelt als Differenz der Veränderung des Kreditbestands gemäß Monetärstatistik und den nicht-transaktionsbedingten Veränderungen. Die EZB errechnet für alle Länder des Euroraums – und damit auch für Österreich – auf Basis der von den einzelnen NZBs zur Verfügung gestellten Daten Zeitreihen für Nettotransaktionen, die um Reklassifikationen, Bewertungsänderungen und Wechselkurseffekte bereinigt sind.¹² Die Berechnung erfolgt für Kredite an Haushalte insgesamt und für die einzelnen Verwendungszwecke (Konsumkredite, Wohnbaukredite, sonstige Kredite). Diese Zeitreihen für Nettotransaktionen sind im Statistical Data Warehouse der EZB abrufbar, allerdings nur summarisch für alle Währungen und nicht nach Euro oder Fremdwährung aufgegliedert. Daher wurde aus den Daten der Monetärstatistik die Bestandsveränderung von Krediten an Unternehmen und private Haushalte in Euro analog zur EZB-Methode um Reklassifikationen, Bewertungsänderungen und Wechselkurseffekte bereinigt, sodass nun auch die Nettotransaktionen sowohl insgesamt als auch nach Verwendungszwecken in Euro zur Verfügung stehen. Per Differenzrechnung wurde aus den Angaben der EZB für alle Währungen und aus der Berechnung für Euro-Kredite die Bestandsveränderung für Kredite in Fremdwährung errechnet. Gewisse Unschärfen ergeben sich aus dem Umstand, dass einige Faktoren, die die Veränderung des Kreditbestands – wenn auch in relativ

¹² *Angesichts der vergleichsweise hohen Verbreitung von Fremdwährungskrediten dürften für die österreichische Situation Wechselkurseffekte (Bewertungsänderungen aufgrund von Wechselkursveränderungen) die relevanteste Kategorie von nicht-transaktionsbedingten Veränderungen darstellen. Bewertungsänderungen umfassen die Bestandsveränderung aufgrund von Abschreibungen/Zuschreibungen von Krediten. Reklassifikationen betreffen nachträgliche Richtigstellungen von Fehlmeldungen (z.B. Korrekturen in Bezug auf Land, Währung, Sektor etc.). Für Kredite in allen Währungen insgesamt kann dabei auf Berechnungen der EZB zurückgegriffen werden, die Aufgliederung in Euro- und Fremdwährungskredite erfolgte mittels Auswertung der SAFIM.*

geringem Ausmaß – beeinflussen können, wie Kreditverbriefungen und -verkäufe¹³ sowie Veränderungen der kapitalisierten Zinsen¹⁴, unberücksichtigt blieben.

Als Differenz der (Brutto-)Neukreditvergabe und der Nettotransaktionen errechnen sich gemäß Gleichung (2) die Tilgungen. Die hier vorgenommenen Schätzungen sind angesichts der hier dargestellten Probleme zweifellos mit gewissen Unsicherheiten verbunden. Zudem bedingten die Umstellung von Monetärstatistik und Neukreditstatistik auf ESVG 2010 per Dezember 2014 sowie die erwähnte Umstellung auf das neue Datenmodell der OeNB per Oktober 2016 Zeitreihenbrüche.

2.2.2 Tilgungen von Annuitätenkrediten und endfälligen Krediten

Die Tilgungen von endfälligen Krediten (bei denen die Kreditsumme erst am Ende der Laufzeit getilgt wird) werden durch die Kreditbestände nach Restlaufzeiten gemäß Fremdwährungskreditstatistik approximiert. Bei quartalsweiser Betrachtung müssten die in jedem Quartal fälligen Tilgungen den Krediten mit einer Restlaufzeit bis 3 Monate entsprechen; aufgrund von Inkonsistenzen im Meldeverhalten einer Reihe von Banken, die erst mit der Reorganisation des Meldewesens behoben werden konnten, werden die Tilgungen durch das ausstehende Kreditvolumen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Monaten laut Fremdwährungskreditstatistik angenähert. Diese Daten liegen nur insgesamt und nicht nach Verwendungszweck (Wohnbau-, Konsum- und sonstige Kredite) disaggregiert vor. Durch die Umstellung auf das neue Datenmodell der OeNB kam es ab 2017 zu einem Zeitreihenbruch. Da für den Zeitpunkt 4Q2016 die Werte der Fremdwährungskreditstatistik nach der alten und der neuen Methodik vorliegen, wurde mit dem Quotienten aus neuem und altem Wert dieses Zeitpunktes die Zeitreihe aus der Fremdwährungskreditstatistik bis 2009 rückgerechnet. Die Tilgungen von Annuitätenkrediten werden nach (2b) als Differenz zwischen den gesamten Tilgungen und den Tilgungen von endfälligen Krediten berechnet.

¹³ Wenn ein Institut einen Kredit oder ein ganzes Kreditportfolio verkauft, entweder direkt an andere Investoren – in aggregierter Betrachtung wird diese nur dann in den Daten sichtbar, wenn es sich um einen Käufer außerhalb des (inländischen) Bankensektors handelt – oder in Form einer Verbriefung, scheint dieser nicht mehr in der Bankbilanz und damit auch nicht in der Statistik auf. Sowohl Kreditverkäufe als auch Kreditverbriefungen spielen in Österreich – anders als in einigen anderen Ländern des Euroraums – allerdings derzeit praktisch keine Rolle.

¹⁴ Zum Ende jeder Zinsperiode werden die aufgelaufenen Zinsen dem Kapital, von dem sie berechnet wurden, zugeschrieben und anschließend als Kapitalbestandteil verzinst. Je nach Kreditvertrag erfolgt die Kapitalisierung halb- bzw. vierteljährlich oder (überwiegend) einmal pro Jahr zum Jahresresultimo. Dies führt dazu, dass Veränderungen in der Höhe der Zinsen über veränderte Kapitalisierungen auch die Höhe der Kreditbestände beeinflussen. (Aber auch bei konstanten Zinsen verändern Veränderungen des Kreditbestands die kapitalisierten Zinsen und damit letztlich den Kreditbestand selbst.) Die Datenlage hierzu ist jedoch relativ wenig detailliert. Die Meldungen der im Stand der Forderungen an inländische Kunden (ohne verbrieftete Forderungen) enthaltenen angelasteten Zinsen erfolgt ohne Aufteilung auf volkswirtschaftliche Sektoren. Eine überschlagsmäßige Abschätzung ergab, dass die kapitalisierten Zinsen in den letzten Jahren aufgrund der sinkenden Zinsen rückläufig waren, die Veränderung der kapitalisierten Zinsen in absoluten Größen allerdings gering war, sodass sie in der Betrachtung der Bestandsveränderung ebenfalls nicht weiter berücksichtigt wurden.

3 Ergebnisse

3.1 Entwicklung des Schuldendienstes und seiner Komponenten von 2009 bis 2017

Wie aufgrund des sinkenden Zinsniveaus zu erwarten, verminderte sich der jährliche Zinsaufwand der privaten Haushalte zwischen 2009 und 2017 deutlich (von 5,0 Mrd EUR um 32 % auf 3,4 Mrd EUR).¹⁵ Mehr als die Hälfte dieses Rückgangs war auf die in Euro denominierten Konsum- und sonstigen Kredite¹⁶ zurückzuführen, je rund ein Viertel auf die Euro-Wohnbaukredite und die Fremdwährungskredite (bei denen die Zinssatzstatistik keine Aufteilung auf Verwendungszwecke ermöglicht). Auch wenn der Rückgang bei den Fremdwährungskrediten (u. a. wegen Konvertierungen von Fremdwährungs- in Euro-Kredite) deutlich stärker ausfiel (–66 %), war der (negative) Wachstumsbeitrag der Euro-Kredite größer, da ihr Gewicht im Kreditbestand höher ist (Grafik 1 links).¹⁷

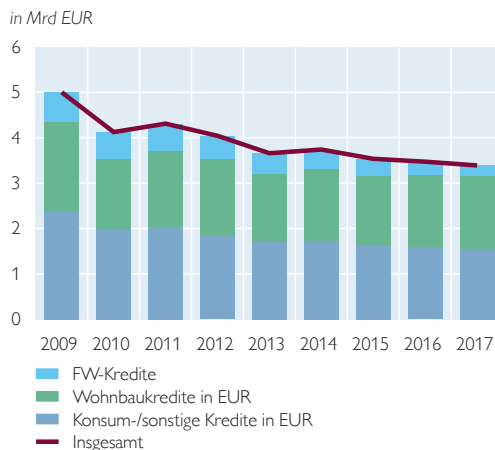
Nach Tilgungsart der Kredite (Grafik 1 rechts) betrachtet, ist der Zinsaufwand für endfällige Kredite deutlich stärker (–73 %) gesunken als für Annuitätenkredite (–18 %). Die Ursache liegt in erster Linie im deutlichen Rückgang des Kreditbestands von endfälligen Krediten von 46,1 Mrd EUR im Jahr 2009 auf 21,2 Mrd EUR im Jahr 2017.

Demgegenüber nahmen die Tilgungen im betrachteten Zeitraum kontinuierlich zu und lagen im Jahr 2017 um 6,7 Mrd EUR oder 42 % über dem Wert von 2009 (Grafik 2). Die Entwicklung der Tilgungen unterscheidet sich nach Währung bzw. Verwendungszweck der Kredite. Die jährlichen Tilgungen der Wohnbaukredite in Euro verdoppelten sich nominell zwischen 2009 und 2017 (+104 %), während die Tilgungen von Konsum- und sonstigen Krediten in Euro (+7 %) sowie von

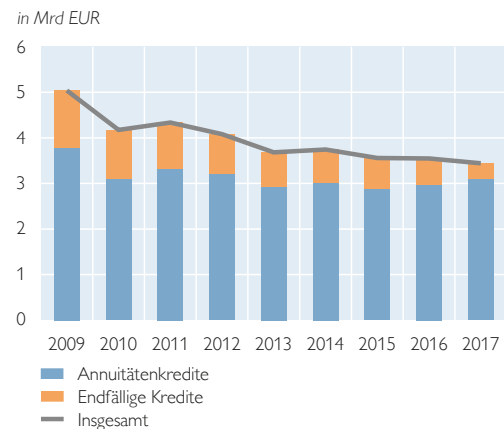
Grafik 1

Zinsaufwand der österreichischen Haushalte

Nach Währung bzw. Verwendungszweck der Kredite



Nach Tilgungsart der Kredite



Quelle: OeNB, eigene Berechnungen.

¹⁵ Der Zinsaufwand der Haushalte erreichte im Jahr 2008 mit 7,0 Mrd EUR seinen Höhepunkt, nachdem er die Jahre zuvor kontinuierlich gestiegen war. So war er im Jahr 2003 noch bei 3,1 Mrd EUR gelegen.

¹⁶ Wie erwähnt, kann der Zinsaufwand nur für diese beiden Verwendungszwecke in Summe errechnet werden.

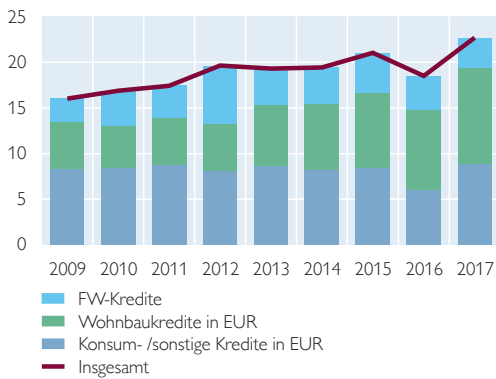
¹⁷ Im Jahr 2016 entfielen je etwa rund 45 % auf in Euro denominierte ausstehende Konsum- und sonstige Kredite bzw. Wohnbaukredite und nur etwa 8 % auf Fremdwährungskredite.

Grafik 2

Kredittilgungen der österreichischen Haushalte

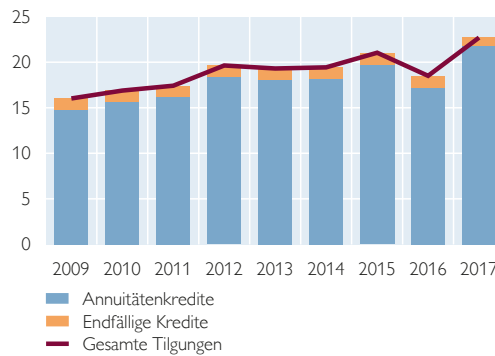
Nach Währung bzw. Verwendungszweck der Kredite

in Mrd EUR



Nach Tilgungsart der Kredite

in Mrd EUR



Quelle: OeNB, eigene Berechnungen.

Fremdwährungskrediten (+1 %) nur leicht anstiegen. Nach Tilgungsart betrachtet wurde der Anstieg zur Gänze von den Annuitätenkrediten getragen, während die Tilgungen von endfälligen Krediten zurückgingen (2009: 1,3 Mrd EUR, 2017: 0,9 Mrd EUR).

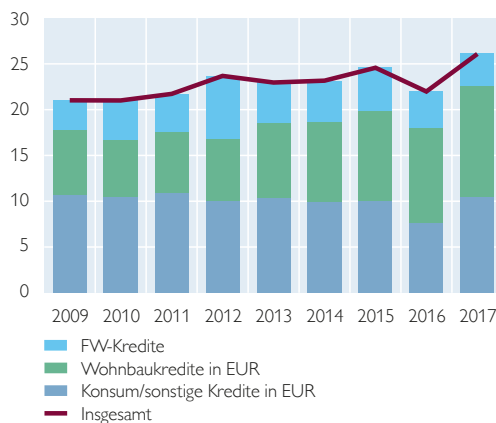
Der Schuldendienst (S_t) – als Addition von Zinsaufwendungen und Tilgungen – betrug im Jahr 2017 26,1 Mrd EUR. Knapp die Hälfte (46,3 %) entfiel auf Wohnbaukredite in Euro, 40,2 % auf Konsum- und sonstige Kredite in Euro sowie 13,5 % auf Fremdwährungskredite. Geht man davon aus, dass der Großteil der Fremdwährungskredite für Wohnzwecke verwendet wird, so liegt der Anteil der Wohnbaukredite am gesamten Schuldendienst der privaten Haushalte bei knapp 60 %.

Grafik 3

Schuldendienst der österreichischen Haushalte

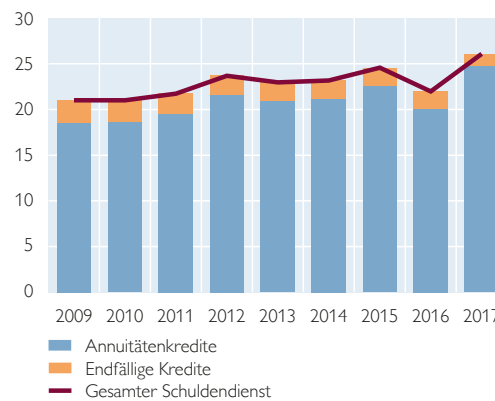
Nach Währung bzw. Verwendungszweck der Kredite

in Mrd EUR



Nach Tilgungsart der Kredite

in Mrd EUR



Quelle: OeNB, eigene Berechnungen.

Noch höher war der Beitrag der Wohnbaukredite zum Anstieg des Schuldendienstes seit 2009. Der Schuldendienst für Wohnbaukredite stieg in diesem Zeitraum um 70,3%, wohingegen der Schuldendienst für Konsum- und sonstige Kredite praktisch unverändert blieb (-2%).

Von den beiden in diesem Artikel betrachteten Komponenten des Schuldendienstes haben die Tilgungen den weitaus größten Anteil. Im Jahr 2017 betrug dieser 87%. Da die Tilgungen seit 2009 gestiegen und der Zinsaufwand gesunken sind, erhöhte sich auch ihr Anteil am gesamten Schuldendienst im Beobachtungszeitraum um 7,5 Prozentpunkte. Besonders deutlich angestiegen ist der Anteil der Tilgungen am Schuldendienst bei Wohnbaukrediten (in Euro). Betrug dieser Anteil 2009 noch 73%, waren es im Jahr 2017 bereits 87%. Bei Fremdwährungskrediten ist der Anteil mit 94% deutlich höher als bei Krediten, die in Euro denominiert sind. Nach Tilgungsart betrachtet wurde für den Schuldendienst von endfälligen Krediten um 0,3 Mrd EUR weniger aufgewendet, während der Schuldendienst für Annuitätenkredite um 7,0 Mrd EUR zunahm.

Real (HVPI-deflationiert) betrug der Anstieg des gesamten Schuldendienstes 6,6%, der Anstieg der Wohnbaukredite 46,2%. Der Schuldendienst für Konsum- und sonstige Kredite ging real um 15,9% zurück.

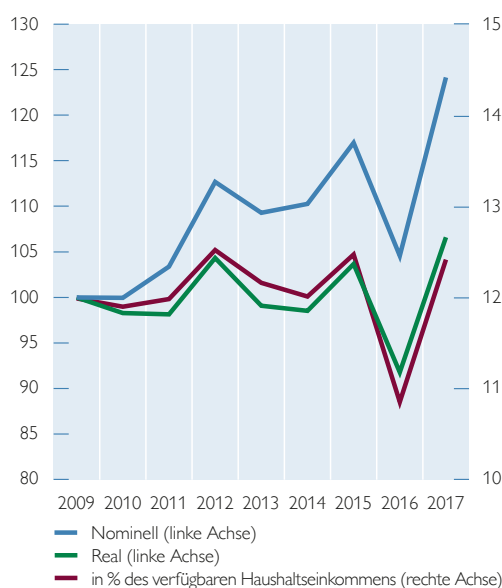
Für Analysen wird der Schuldendienst oft zum verfügbaren Haushaltseinkommen in Relation gesetzt (Debt Service to Income oder DSTI Ratio). Je nach Perspektive variiert die geeignete Bezugsgröße, auf die sich der Schuldendienst beziehen sollte. Aus konjunktureller Sicht, bei der die Ausgaben des gesamten Haushaltssektors im Fokus stehen, sind die mit den ausstehenden Krediten verbundenen Zahlungsströme

Grafik 4

Schuldendienst der österreichischen Haushalte

Nominell, real und als Quote

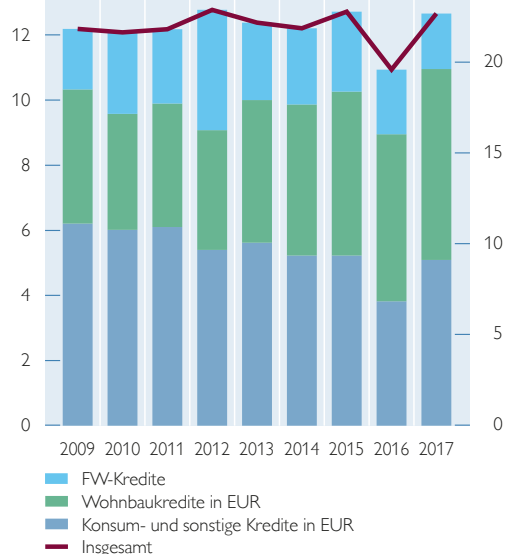
Index (2000=100)



Schuldendienstquote

in %

in % des verfügbaren Einkommens des gesamten Haushaltssektors



Quelle: OeNB, eigene Berechnungen.

eine wichtige Größe zur Erklärung des Konsum- und Sparverhaltens. Dabei sind die verfügbaren Einkommen des gesamten Haushaltssektors im Aggregat der relevante Bezug. Hier stieg die Schuldendienstquote von 12,2% der verfügbaren Haushalts-einkommen des gesamten Haushaltssektors im Jahr 2009 leicht auf 12,7% im Jahr 2017. Aus makroprudenzieller Sicht ist hingegen vor allem die Höhe des Schuldendienstes in Relation zum laufenden Einkommen jener Haushalte, die tatsächlich verschuldet sind, relevant. Hierfür wird der Anteil der verschuldeten Haushalte laut HFCS-Erhebung (Household Finance and Consumption Survey) für das Jahr 2014 verwendet. In diesem Fall lag die Schuldendienstquote 2017 bei 24,1% (siehe Grafik 4 rechts). In allen Fällen war die Schuldendienstquote über den gesamten Untersuchungszeitraum – mit leichten Abweichungen, vor allem im Jahr 2016 – relativ stabil.

3.2 Einflussfaktoren der Veränderung des Schuldendienstes

Der Rückgang des gesamten Zinsaufwands der privaten Haushalte zwischen 2009 und 2017 um 1,6 Mrd EUR wurde durch den sinkenden Zinssatz begründet. Dieser ließ den Zinsaufwand um 2,7 Mrd EUR sinken, während der steigende Kreditbestand einen Anstieg des Zinsaufwands um 1,1 Mrd EUR mit sich brachte (Grafik 5 links).

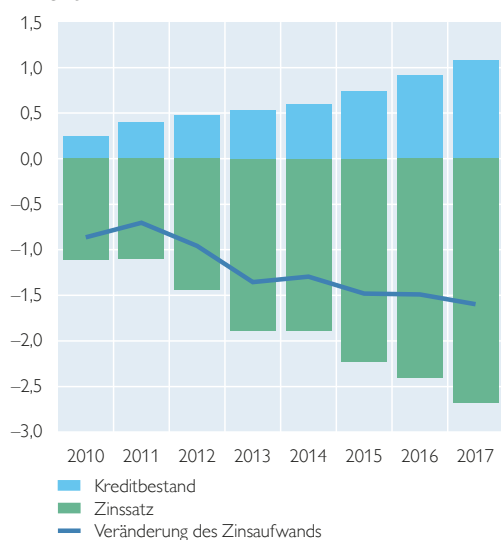
Die auf der Annuitätenformel basierende Methode ermöglicht es zu untersuchen, welche Einflussfaktoren zur Veränderung der Tilgungen zwischen 2009 und 2017 beigetragen haben (siehe Grafik 5 rechts). Der größte Beitrag (5,9 Mrd EUR) zur Zunahme der Tilgungen resultierte dabei aus dem Anstieg des aushaftenden Volumens von Annuitätenkrediten. Die Tilgungen von endfälligen Krediten sanken hingegen von 1,3 Mrd EUR im Jahr 2009 auf 0,9 Mrd EUR im Jahr 2017.

Grafik 5

Einflussfaktoren der Veränderung des Zinsaufwands und der Kredittilgungen der österreichischen Haushalte seit 2009

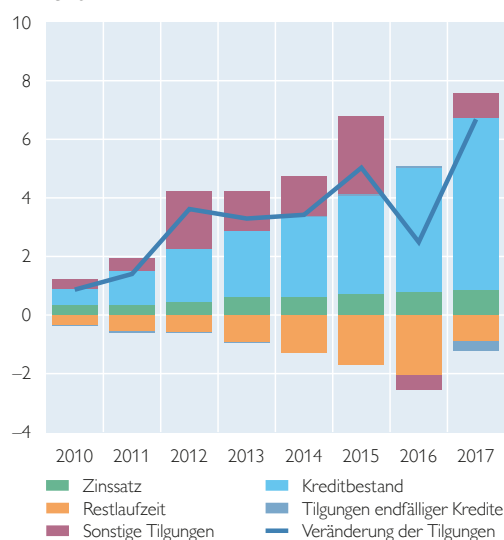
Zinsaufwand

in Mrd EUR



Tilgungen

in Mrd EUR



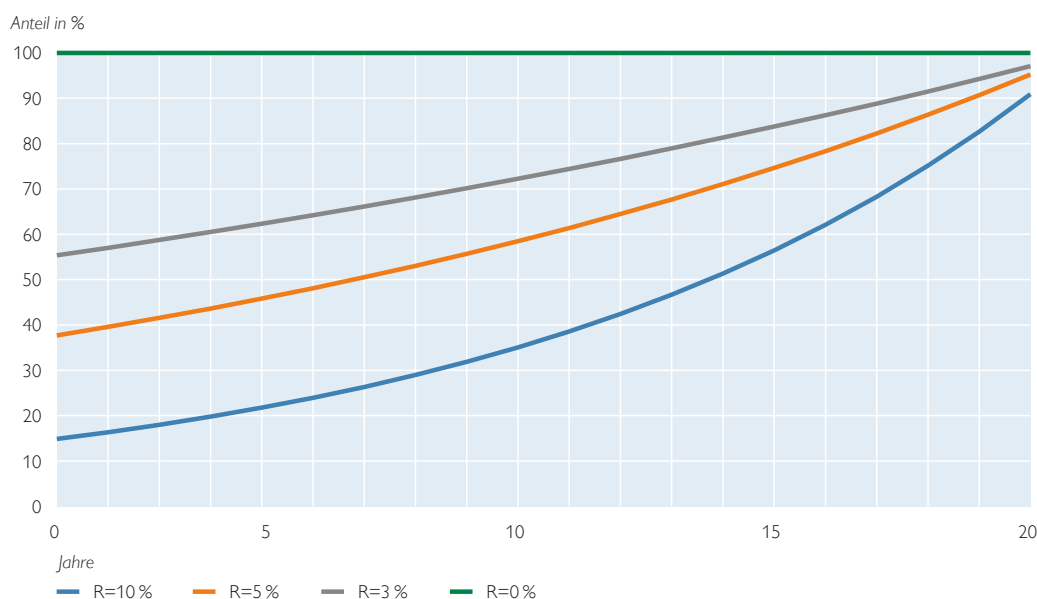
Quelle: OeNB, eigene Berechnungen.

Der sinkende Zinssatz ließ die Tilgungen ebenfalls ansteigen (um 0,9 Mrd EUR). Dieses auf den ersten Blick nicht intuitive Ergebnis ergibt sich aus der Annuitätenformel (Gleichung (5)). Bei Darlehen, die mittels konstanten Annuitätzahlungen getilgt werden, verändern Schwankungen des Zinssatzes die relativen Anteile von Zinszahlung und Tilgung. Ein sinkender Zinssatz bedeutet, dass ein geringerer Teil dieser Annuität in den Zinsendienst und ein größerer Teil dieser Zahlungen in die Tilgung des ausstehenden offenen Kreditvolumens geht. Demgegenüber übte die zwischen 2009 und 2017 von 7,4 auf 8,1 Jahre gestiegene Restlaufzeit ceteris paribus einen dämpfenden Einfluss aus (−0,9 Mrd EUR). Das resultiert daraus, dass sich bei Darlehen mit fixen regelmäßigen Annuitäten der Anteil der Tilgungen an der Rate im Zeitablauf verändert. Während der Anteil der Tilgungen am Schuldendienst zu Beginn sehr klein ist, steigt er (in Abhängigkeit vom Zinssatz) über die Kreditlaufzeit stark an. Nimmt nun in einem bestehenden Kreditportfolio die Restlaufzeit zu (so wie das bei laufend zu tilgenden Krediten in Österreich derzeit der Fall ist), so wandert das Portfolio, in Grafik 6 nach links, in einen Anteil mit niedrigeren Tilgungen (und höheren Zinszahlungen).

Die verbleibende Differenz zu den gesamten Tilgungen – die sonstigen Tilgungen (ΔT_i^S) in Gleichung (7) – sind leicht gestiegen (um 0,8 Mrd EUR zwischen 2009 und 2017). Ein Grund für die Zunahme ergibt sich aus den restriktiven Annahmen, die der Annuitätenformel zugrunde liegen. Die sinkenden Zinsen führen zu einer Zunahme der Tilgungen und gleichzeitig zu einer Abnahme des Schuldendienstes. Da in der Praxis jedoch bei einem Großteil der Kredite die Rate fix ist, wird die Zunahme der Tilgungen von der Annuitätenformel unterschätzt, was zu einem Anstieg der Residualgröße „sonstige Tilgungen“ führt. Ein weiterer wesentlicher Grund für die starke Zunahme der sonstigen Tilgungen könnte sein, dass vor dem Hintergrund des in den letzten Jahren rückläufigen Zinsniveaus Kreditnehmer ver-

Grafik 6

Anteil der Tilgungen am Schuldendienst über die Kreditlaufzeit für verschiedene Zinssätze

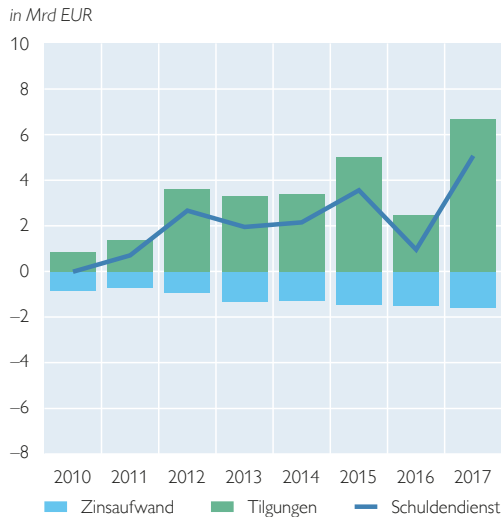


Quelle: Eigene Berechnungen.

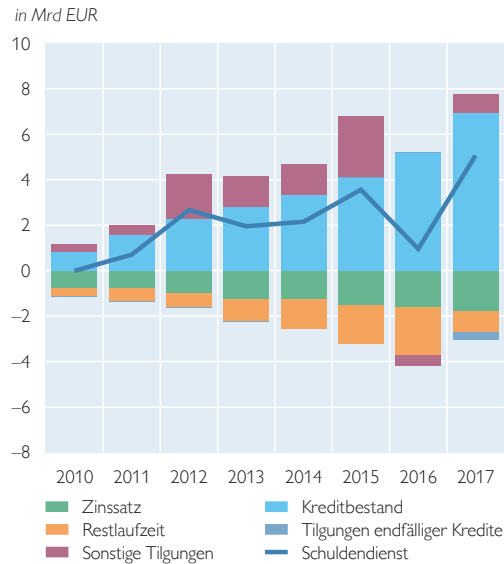
Grafik 7

Zerlegung der Veränderung des Schuldendienstes zwischen 2009 und 2017

Nach Komponenten



Nach Einflussfaktoren



Quelle: OeNB, eigene Berechnungen.

mehrt dazu übergegangen sind, höher verzinsten aushaftenden Kreditverbindlichkeiten vorzeitig zurückzahlen. Vor allem bei fix verzinsten Krediten besteht in einem Umfeld sinkender Zinsen ein Anreiz, in variabel verzinsten Krediten (oder in fix verzinsten Krediten zu aktuellen Konditionen) umzuschulden.¹⁸

Die Veränderung des Schuldendienstes zwischen 2009 und 2017 wird nun gemäß Gleichungen (8) und (10) in seine Komponenten zerlegt. Grafik 7 links stellt den Beitrag der Veränderung des Zinsaufwands und der Tilgungen (gemäß Gleichung (8)) zur Veränderung des Schuldendienstes in diesem Zeitraum dar. Demnach wurde die Zunahme des Schuldendienstes von steigenden Tilgungen getragen, die die sinkenden Zinszahlungen mehr als kompensierten.

Der rechte Teil von Grafik 7 zeigt die Zerlegung der Veränderung des Schuldendienstes in seine Einflussfaktoren nach Gleichung (10). Der Anstieg des Kreditbestands führte dabei zu einem Anstieg des Schuldendienstes um 5,9 Mrd EUR. Die Verlängerung der Restlaufzeit reduzierte den Schuldendienst um 0,9 Mrd EUR.

Der Rückgang des Zinssatzes hatte zwei gegenläufige Effekte auf den Schuldendienst: Einerseits reduzierte er den Zinsaufwand. Andererseits stiegen die Tilgungen,

¹⁸ Das Ausmaß dieses Anreizes ist abhängig von der Zinersparnis relativ zu den damit verbundenen Kosten. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine vorzeitige Rückzahlung von Krediten sind in Österreich günstig. Kreditnehmer, die unter das Verbraucherkreditgesetz fallen, haben in Österreich das Recht, Kredite zu keinen oder geringen Kosten vorzeitig zu tilgen. In jüngster Zeit ist allerdings der Anteil variabel verzinsten Kredite an den Neukrediten deutlich gesunken: Zwischen dem vierten Quartal 2014 und dem vierten Quartal 2017 verringerte sich aufgrund des Niedrigzinsumfelds der Anteil von Krediten mit einer Zinsbindungsfrist bis 1 Jahr an den gesamten Wohnbaukrediten an private Haushalte von 86 % auf 51 %, während der Anteil von Krediten mit mehr als 10 Jahren Zinsbindungsfrist von 2 % auf über ein Viertel anstieg.

da viele Kredite mit konstanten Raten getilgt wurden. In einem Umfeld sinkender Zinsen werden diese Kredite damit schneller getilgt. Zusätzlich dürften aufgrund der niedrigen Zinsen höher verzinsten aushaftenden Kreditverbindlichkeiten vermehrt vorzeitig getilgt worden sein.¹⁹ Dies spiegelt sich in einem Anstieg der „sonstigen Tilgungen“ um 0,8 Mrd EUR wider. Nach unseren Berechnungen verringerte der gesunkene Zinssatz den Schuldendienst um 1,8 Mrd EUR.

Über die direkten Effekte der in unsere Berechnungen eingeflossenen Faktoren hinaus hatte der gesunkene Zinssatz noch weitere Effekte auf den Schuldendienst bzw. die Schuldendienstquote der privaten Haushalte. In dem Ausmaß, in dem die gesunkenen Zinsen Portfolio-Umschichtungen bewirkten sowie die Leistbarkeit von Krediten erhöhten, die Nachfrage nach Krediten ankurbelten und damit zum Anstieg der Immobilienpreise beitrugen, erhöhten sie das Finanzierungserfordernis der privaten Haushalte beim Immobilienerwerb und in weiterer Folge das Kreditvolumen, das entsprechende Schuldendienstaufwendungen nach sich zog. Dieser Effekt ist in unseren Berechnungen implizit in der Veränderung des Kreditbestands enthalten. Er wäre jedoch in ökonomischer Betrachtung dem Zinssatz zuzurechnen und könnte damit dessen Effekt auf den Schuldendienst umdrehen. Das gestiegene Finanzierungserfordernis als Folge der höheren Immobilienpreise (und damit indirekt der gesunkenen Zinsen) könnte auch zu der im Beobachtungszeitraum festgestellten Verlängerung der Restlaufzeit beigetragen haben.

Aus makroökonomischer Sicht implizieren diese Ergebnisse, dass die konjunkturellen Impulse der geldpolitischen Lockerung auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nach Abzug des Schuldendienstes bis dato schwächer ausfielen als der Rückgang des Zinsniveaus alleine betrachtet vermuten ließe. Andererseits wurden die Kredite dadurch schneller getilgt, sodass in Zukunft zusätzliche Impulse vom privaten Konsum ausgehen könnten. Gleichzeitig trug diese raschere Entschuldung der Haushalte nicht unwesentlich zur Sicherung bzw. Stärkung der Rückzahlungsfähigkeit bei.

Darüber hinaus hatten die Zinsrückgänge auch Effekte auf die Einkommenssituation der Haushalte und damit die Schuldendienstquote. Einerseits reduzierte der Zinsrückgang die Zinserträge der Haushalte. Die Zinseinnahmen des Haushaltssektors laut VGR sanken zwischen 2009 und 2017 um 5,2 Mrd EUR bzw. 66%. Dieser Rückgang erklärt 0,3 Prozentpunkte des Anstiegs der Schuldendienstquote in diesem Zeitraum. Andererseits unterstützten die Zinssenkungen das Wachstum der österreichischen Volkswirtschaft und damit auch der Einkommen der privaten Haushalte. Dieser Effekt auf die Einkommen dämpfte die Schuldendienstquote, wurde aber im Rahmen dieser Ausarbeitung nicht quantifiziert. Der Gesamteffekt der niedrigeren Zinsen auf die Schuldendienstquote ist daher nicht eindeutig.

Letztlich ist zu berücksichtigen, dass die aggregierte Sicht auf den gesamten Haushaltssektor nicht den Umstand erfasst, dass es verschiedene Gruppen von verschuldeten Haushalten gibt. Während (wahrscheinlich vorwiegend ältere) Haushalte Kredite zurückzahlen, nehmen (wahrscheinlich vorwiegend jüngere) Haushalte neue Kredite auf. Die Niedrigzinspolitik betrifft diese beiden Haus-

¹⁹ Insoweit es sich dabei um Umschuldungen in niedriger verzinsten Krediten handelt, stehen ihnen entsprechende Zuwächse bei den Neukrediten gegenüber.

haltstypen in unterschiedlicher Weise. Haushalte mit ausstehenden Krediten können sich dadurch schneller entschulden, während Haushalte mit neuen Krediten aufgrund der stark gestiegenen Immobilienpreise ein höheres Finanzierungserfordernis aufweisen. Nur ein geringer Teil dieses Anstiegs wird dadurch kompensiert, dass die durchschnittlichen Einkommen dieser Haushalte höher sind als von ähnlichen Haushalten (etwa Alter) in vorangegangenen Generationen. Abgesehen von allfälligen verteilungspolitischen Implikationen könnte dies auch konjunkturelle Relevanz haben, etwa in Form haushaltsspezifischer Spar- bzw. Konsumquoten.

Literaturverzeichnis

- Drehmann, M., A. Illes, M. Juselius und M. Santos. 2015.** How much income is used for debt payments? A new database for debt service ratios. BIS Quarterly Review. September. 89–103.
- Dynan, K., K. Johnson und K. Pence. 2003.** Recent changes to a measure of US household debt service. Federal Reserve Bulletin 89(10). 417–426.
- ECB. 2005.** The Debt Service Burden of Euro Area Households – Some Macroeconomic and Microeconomic Evidence. Box 4. ECB Monthly Bulletin. Dezember. 45–48.

Tabellenanhang

Tabelle A1.1

Schuldendienst der privaten Haushalte 2009–2017, nach Verwendungszweck der Kredite

Zinsaufwand				Tilgungen				Schuldendienst				
Kredite in Euro		FW-Kredite	Alle Währungen	Kredite in Euro		FW-Kredite	Alle Währungen	Kredite in Euro		FW-Kredite	Alle Währungen	
Konsum-/sonstige Kredite	Wohnbaukredite	Insgesamt	Insgesamt	Konsum-/sonstige Kredite	Wohnbaukredite	Insgesamt	Insgesamt	Konsum-/sonstige Kredite	Wohnbaukredite	Insgesamt	Insgesamt	
<i>in Mrd EUR</i>												
2009	2,4	2,0	0,7	5,0	8,3	5,1	2,6	16,0	10,7	7,1	3,2	21,0
2010	2,0	1,6	0,6	4,1	8,5	4,6	3,8	16,9	10,5	6,2	4,4	21,0
2011	2,0	1,7	0,6	4,3	8,8	5,1	3,5	17,4	10,9	6,8	4,1	21,7
2012	1,9	1,7	0,5	4,0	8,1	5,1	6,3	19,6	10,0	6,8	6,9	23,7
2013	1,7	1,5	0,4	3,7	8,7	6,6	4,0	19,3	10,4	8,1	4,4	23,0
2014	1,7	1,6	0,4	3,7	8,2	7,2	4,0	19,4	9,9	8,8	4,5	23,2
2015	1,6	1,6	0,4	3,5	8,5	8,2	4,4	21,0	10,1	9,7	4,7	24,6
2016	1,6	1,6	0,3	3,5	6,1	8,7	3,7	18,5	7,7	10,3	4,0	22,0
2017	1,6	1,6	0,2	3,4	8,9	10,5	3,3	22,7	10,5	12,1	3,5	26,1

Quelle: OeNB, eigene Berechnungen.

Tabelle A1.2

Schuldendienst der privaten Haushalte 2009–2017, nach Tilgungsart der Kredite

Zinsaufwand			Tilgungen			Schuldendienst			
Annuitätenkredite	Endfällige Kredite	Insgesamt	Annuitätenkredite	Endfällige Kredite	Insgesamt	Annuitätenkredite	Endfällige Kredite	Insgesamt	
<i>in Mrd EUR</i>									
2009	3,8	1,3	5,0	14,8	1,3	16,0	18,5	2,5	21,0
2010	3,1	1,1	4,2	15,6	1,2	16,9	18,7	2,3	21,0
2011	3,3	1,0	4,3	16,2	1,2	17,4	19,5	2,2	21,7
2012	3,2	0,9	4,1	18,4	1,2	19,6	21,6	2,1	23,7
2013	2,9	0,8	3,7	18,1	1,2	19,3	21,0	2,0	23,0
2014	3,0	0,7	3,7	18,2	1,3	19,4	21,2	2,0	23,2
2015	2,9	0,7	3,6	19,7	1,3	21,0	22,6	2,0	24,6
2016	3,0	0,6	3,5	17,2	1,3	18,5	20,1	1,9	22,0
2017	3,1	0,3	3,4	21,8	0,9	22,7	24,8	1,3	26,1

Quelle: OeNB, eigene Berechnungen.

Tabelle A2

Schuldendienst der privaten Haushalte: nominell, real, in % des verfügbaren Haushaltseinkommens

	Zinsaufwand		Tilgungen				Schuldendienst			
	Nominell	Real	Nominell		Real		Nominell	Real	gesamter Haushaltssektor	verschuldete Haushalte
	Index (2009=100)	in % des verfügbaren Haushaltseinkommens (gesamter HH-Sektor)	Index (2009=100)	in % des verfügbaren Haushaltseinkommens (gesamter HH-Sektor)	Index (2009=100)	in % des verfügbaren Haushaltseinkommens (gesamter HH-Sektor)	Index (2009=100)	in % des verfügbaren Haushaltseinkommens		
2009	100,0	100,0	2,9	100,0	100,0	9,3	100,0	100,0	12,2	23,2
2010	82,5	81,1	2,4	105,4	103,6	9,7	99,9	98,3	12,1	23,0
2011	86,1	81,8	2,4	108,7	103,3	9,8	103,4	98,2	12,2	23,2
2012	80,8	74,8	2,2	122,6	113,5	10,6	112,7	104,3	12,8	24,3
2013	73,2	66,4	2,0	120,6	109,3	10,4	109,3	99,1	12,4	23,6
2014	74,8	66,8	2,0	121,3	108,4	10,2	110,3	98,5	12,2	23,3
2015	70,7	62,7	1,8	131,4	116,4	10,9	116,9	103,7	12,7	24,2
2016	69,4	61,0	1,7	115,5	101,4	9,2	104,6	91,8	10,9	20,8
2017	67,8	58,2	1,6	141,7	121,7	11,0	124,1	106,6	12,7	24,1

Quelle: OeNB, eigene Berechnungen.

Tabelle A3

Anteile der einzelnen Kreditarten am Gesamtvolumen Oktober 2016 bis September 2017

	Sonstige Kredite	Wohnbaukredite	Konsumkredite	Summe Verwendungszweck
<i>in %</i>				
Einmalkredite, Wechselkredite, Finanzleasing	77,2	96,9	75,1	89,2
Kreditkartenkredite	0,1	0,0	5,4	0,7
Überziehungen und revolvingkredite	22,7	3,1	19,5	10,1
Summe Kreditarten	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: OeNB.

Performance österreichischer Investmentfonds

Thomas Pöchel,
Jun Chao Zhan¹

Im Rahmen der gesetzlich festgeschriebenen Veranlagungsgrundlagen treffen österreichische Fonds ihre Portfolioentscheidungen. Basierend auf historischen Meldedaten und in Anlehnung an die Methodologie der Finanzmarktaufsicht Österreich und der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) wurden im vorliegenden Artikel die Performanzenwerte österreichischer Fonds und deren Volatilität im Beobachtungszeitraum zwischen April 2011 und März 2018 untersucht. Das Ergebnis zeigt, dass die österreichischen Aktienfonds im Vergleich zu allen anderen Fondskategorien eine nahezu über den gesamten Beobachtungszeitraum höhere Performance aufwiesen, wobei die damit verbundene Volatilität in den meisten Fällen mehr als doppelt so hoch wie jene des Gesamtmarktmarktes war. Die Performanzenwerte der Rentenfonds und gemischten Fonds waren hingegen aufgrund ihrer Portfoliostruktur weniger volatil. Die österreichischen Immobilienfonds wiesen über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg eine relativ stabile, jedoch vergleichsweise niedrige Performance auf, wobei sich die Performanzenwerte aller anderen Fondskategorien in Zeiten starker Kurseinbrüche jenen der Immobilienfonds annäherten.

Das Investmentfondsgesetz² (InvFG, 2011) und das Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz³ (AIFMG, 2018) sind die zwei wichtigsten Rechtsquellen für die in Österreich ansässigen Kapitalanlagegesellschaften und deren verwaltete Investmentfonds im Rahmen ihrer Konzessionierung und Tätigkeitsausübung. Dem InvFG liegt die EU-Richtlinie „Richtlinie zur Koordinierung der Rechts- und Veranlagungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW)“ (Richtlinie 2009/65/EG) zugrunde. Jene Fonds, die nicht unter die Richtlinie 2009/65/EG fallen, werden in Österreich als alternative Investmentfonds vorwiegend durch das AIFMG verwaltet, das auf der EU-Richtlinie „Richtlinie über Verwalter alternativer Investmentfonds“ (Richtlinie 2011/61/EU) basiert.⁴ Die Kapitalanlagegesellschaften für Immobilien unterliegen einerseits den AIFMG-Bestimmungen und andererseits dem Immobilien-Investmentfondsgesetz⁵ (ImmoInvFG, 2018). AIFs, deren Portfolio einen bestimmten Grenzwert nicht überschreitet,⁶ können statt einer Konzessionierung eine einfache Registrierung bei der Finanzmarktaufsicht Österreich (FMA) beantragen. Registrierte AIFs sind von zahlreichen Auflagen im AIFMG ausgenommen, dürfen jedoch ihre Anteile nicht an Privatkunden vertreiben.

Die Veranlagungsgrundlagen und die Vertriebszulassung der österreichischen Kapitalanlagegesellschaften werden durch die oben genannten nationalen Gesetzestexte festgelegt. So muss etwa das Vermögen eines OGAW fast ausschließlich aus Kassenbeständen, Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten, Anteilsrechten an anderen OGAWs und AIFs, Einlagen und Finanzderivaten bestehen. Die Veranlagung hat zusätzlich bestimmten Regelungen der Risikostreuung zu entsprechen. So dürfen beispielsweise Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten gemäß

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, thomas.poechel@oenb.at und junchao.zhan@oenb.at

² <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007389>

³ <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20008521>

⁴ Ausnahmen bilden die Pensionsinvestmentfonds und Spezialfonds, die durch das InvFG abgedeckt werden, aber keine OGAWs im Sinne der Richtlinie 2011/61/EU darstellen.

⁵ <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20002870>

⁶ Siehe AIFMG 2018, § 1 Abs. 5.

Tabelle 1

Assets österreichischer Investmentfonds

	Guthaben bzw. Ausleihungen (Stand: März 2018)	Schuldverschreibungen (inkl. Optionsscheine)	Anteilsrechte (exkl. Investmentfonds)	Gehaltene Investmentfondszertifikate	Finanz-derivative	Nichtfinanzielle Assets	Andere Aktiva	Aktiva Insgesamt
	in Mio EUR							
Aktienfonds	933	170	19.314	8.668	81	0	29	29.194
Gemischte Fonds	3.514	20.508	6.851	42.798	53	0	4	73.729
Rentenfonds	2.314	60.385	57	8.067	57	0	4	70.884
Immobilienfonds	1.545	680	171	262	0	5.741	417	8.816
Hedgefonds	13	3	52	136	0	0	0	205
Sonstige Fonds	16	123	56	2	1	0	5	203

Quelle: OeNB.

§ 74 des InvFG nur bis zu 10% des Fondsvermögens erworben werden, um eine Emittentenkonzentration zu vermeiden. Für AIFMs gelten die im AIFMG vorgeschriebenen Vertriebsregelungen. So dürfen etwa AIF-Anteile nur an professionelle Anleger⁷ (privat und institutionell) vertrieben werden. Auch hier gelten spezifische Regelungen der Risikostreuung, die im § 48 des AIFMG festgehalten werden. So sind etwa Private-Equity-AIFs verpflichtet, sich an mindestens fünf nicht miteinander verbundenen Unternehmen zu beteiligen. Die Beteiligung an einem einzigen Unternehmen darf jedoch 50% des Fondsvolumens nicht übersteigen.

Betrachtet man die Anzahl der in Österreich ansässigen Investmentfonds nach ihrer rechtlichen Zuordnung, so existieren zum Stichtag 31. Jänner 2018 insgesamt 997 OGAWs und 1066 AIFs; davon wurden aufgrund ihres geringen Fondsvolumens 28 als registrierte AIFs bei der FMA zugelassen. Die österreichischen OGAWs setzen sich zum Jahresbeginn 2018 gemäß ihrer Anlagenkategorie⁸ aus 348 Rentenfonds, 359 Mischfonds, 263 Aktienfonds und 7 sonstigen Fonds zusammen. Die AIFs lassen sich in 729 Mischfonds, 213 Rentenfonds, 97 Aktienfonds, 15 Immobilienfonds, 10 Hedgefonds und 2 sonstige Fonds unterteilen.

Tabelle 1 zeigt die von österreichischen Fonds gehaltenen Hauptpositionen zum Stichtag 31. März 2018. Ihrer Kategorisierung entsprechend bestehen die Portfolios österreichischer Aktien-, Renten- und Immobilienfonds hauptsächlich aus Anteilsrechten, Schuldverschreibungen und nichtfinanziellen Assets in Form von Immobilien. Neben ihrer Hauptportfolioposition halten die genannten Fonds jeweils auch Anteile an anderen Investmentfonds. Die größte Fondskategorie in Österreich stellen die gemischten Fonds dar, deren Veranlagung auf mehreren Säulen basiert und sich aus Schuldverschreibungen, Anteilsrechten und Investmentfondszertifikaten zusammensetzt. Hedgefonds und sonstige Fonds spielen in Österreich mit einem Volumenanteil von jeweils 0,1% nur eine untergeordnete Rolle.

Im folgenden Abschnitt werden diverse performancebezogene Analysen nach Fondskategorien⁹ mit Meldedaten zwischen April 2011 und März 2018 durchgeführt. Aus Anlegerperspektive werden Investmentfondsanteile in der Regel als mittel- bis

⁷ Siehe Anhang II der Richtlinie 2004/39/EG für die Definition des professionellen Anlegers.

⁸ Klassifizierung der Anlagenkategorien gemäß OeKB IFAS nach Investmentstrategie der Fonds.

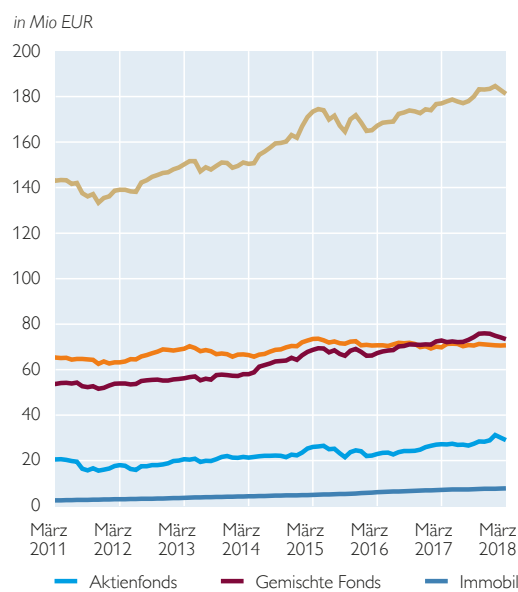
⁹ Die Kategorie der Hedgefonds und sonstigen Fonds sind aufgrund ihrer geringen Relevanz nicht separat in der Analyse ausgewiesen, ihre Volumina sind jedoch im Aggregat des Gesamtmarktes enthalten.

langfristiges Investment betrachtet. Deswegen stehen die 3- bzw. 5-Jahres-Zeitintervalle im Fokus des vorliegenden Artikels. Mittels Kennzahlen der monatlichen Kurswertveränderung und des Bestandsvolumens der Investmentfondsanteile wird zunächst eine einfache Performanceberechnung pro Fondskategorie durchgeführt. Im nächsten Schritt wird eine Annualisierung der unterschiedlichen Zeitintervalle vorgenommen. Zuletzt wird die Volatilität der Monatsperformanzenwerte berechnet, um ein Maß für die Schwankungsbreite der historischen Werte zu ermitteln. Die Berechnung der einfachen Performance basiert auf einer von OeNB und FMA gemeinsam entwickelten Methodologie. Die Berechnung der Annualisierung und der Volatilität basiert auf der Methodologie der Oesterreichischen Kontrollbank¹⁰ und wird in den jeweiligen Abschnitten näher beschrieben.

Grafik 1

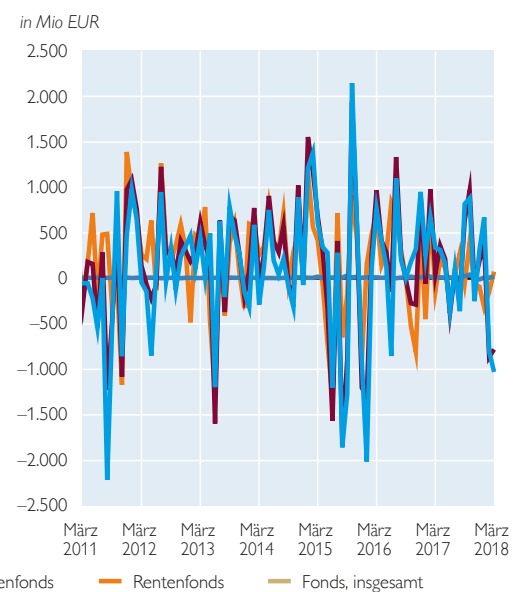
Vermögensbestandsveränderungen Investmentfondsanteile

Bestandsvolumen Investmentfondsanteile



Quelle: OeNB.

Nicht transaktionsbedingte Vermögensbestandsveränderung



Die beiden Komponenten der einfachen Performanceberechnung werden in Grafik 1 beleuchtet. Die linke Teilgrafik zeigt die langfristige Bestandsentwicklung nach Fondskategorien. Die Zeitreihe zeigt einen stetigen Anstieg des Bestandsvolumens der gemischten Fonds, die seit November 2016 vor den Rentenfonds die größte Fondskategorie in Österreich darstellen. Das Volumen der gemischten Fonds stieg ab Beginn 2014 allmählich stärker an und betrug zum März 2018 73 Mrd EUR (40% des Gesamtfondsmarktes). Das Bestandsvolumen der Rentenfonds blieb seit 2015 stabil und betrug im März 2018 71 Mrd EUR (39% des Gesamtfondsmarktes). Andere Fondskategorien wie Aktienfonds und Immobilienfonds verzeichneten einen moderaten Anstieg ihres Bestandsvolumens seit dem

¹⁰ <https://www.oekb.at/dam/jcr:0a44f765-cf16-42a7-b601-43ce13afaab6/OeKB-KennzahlenberechnungInvestmentfonds-2007-01.pdf>

Beginn des Betrachtungszeitraums. Das Bestandsvolumen der Investmentfondsanteile österreichischer Aktien und Immobilienfonds betrug im März 2018 29 Mrd EUR (16% des Gesamtfondsmarktes) bzw. 8 Mrd EUR (4% des Gesamtfondsmarktes).

Die Veränderung des in der linken Teilgrafik dargestellten Fondsvolumens setzt sich aus zwei wesentlichen Komponenten zusammen. Zum einen entsteht eine Vermögensbestandsveränderung zum Vormonat durch Mittelzu- und -abflüsse in Form von Ausgaben und Rücknahmen von Anteilsrechten oder Dividendenausschüttungen, zum anderen verändert sich das Fondsvolumen aufgrund von monatlichen Kurswertveränderungen, Erträgen aus Dividenden und Zinsen und sonstigen Erträgen bzw. Aufwendungen (nachfolgend „nicht transaktionsbedingte Vermögensbestandsveränderung“ genannt). Die oben beschriebene zweite Komponente der Vermögensbestandsveränderung, die nicht auf Ausgaben und Rücknahmen zurückzuführen ist, ist in der rechten Teilgrafik dargestellt und lässt sich somit eher dem Resultat der eigentlichen Veranlagungsstrategie eines Fonds zuschreiben.

Kapitalanlagegesellschaften sind laut InvFG angehalten, die Bewertung ihrer begebenen Investmentfonds jedes Mal zu veröffentlichen, wenn eine Ausgabe oder Rücknahme stattfindet, mindestens aber zweimal pro Monat. Aufgrund der Veranlagungsstrategie der Aktien- und gemischten Fonds sind die Bestandsvolumina der Fondsanteile dieser beiden Fondskategorien insbesondere stark von monatlichen Kursschwankungen am Wertpapiermarkt betroffen, die sich in nicht transaktionsbedingten Vermögensbestandsveränderungen widerspiegeln. Innerhalb des Betrachtungszeitraums war die Vermögensbestandsveränderung dieser beiden Fondskategorien zwischen 2015 und Anfang 2016 besonders starken Kursschwankungen ausgesetzt. Letztere könnten zum Teil auf bestimmte geldpolitische Maßnahmen und wirtschaftliche Unsicherheiten wie die antizipierte erstmalige US-Leitzinserhöhung seit der Finanzkrise,¹¹ die Ausdehnung des EZB-Anleihenankaufprogramms¹² und Kurseinbrüche an den chinesischen Börsen¹³ zurückzuführen sein. Auch in den letzten beiden Monaten des Betrachtungszeitraums, Februar und März 2018, verzeichneten die Aktienfonds eine hohe negative nicht transaktionsbedingte Vermögensbestandsveränderung von –803 Mio EUR (–2,6% des Fondsvolumens) bzw. –1,03 Mrd EUR (–3,5% des Fondsvolumens). Dies spiegelt die Entwicklung an den internationalen Märkten wider, die – aufgrund einer weiteren erwarteten US-Leitzinserhöhung – von hohen Fluktuationen bei den Leitindizes wie Dow Jones und DAX gekennzeichnet ist. Die negative Kursentwicklung an den Börsen in den Monaten Februar und März 2018 schlug sich auch stark auf die gemischten Fonds nieder. In diesen beiden Monaten belief sich die nicht transaktionsbedingte Vermögensveränderung der gemischten Fonds auf –864 Mio EUR (–1,2% des Fondsvolumens) bzw. –780 Mio EUR (–1,1% des Fondsvolumens).

Auf Basis dieser zwei Komponenten wird im nächsten Schritt die einfache Performanceberechnung für zwei Kennzahlen (Performanceentwicklung über 3 bzw. 5 Jahre) mittels der Monatsultimodaten zwischen April 2011 und März 2018 durch-

¹¹ <https://www.federalreserve.gov/newsevents/pressreleases/monetary20150128a.htm>

¹² https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2015/html/pr150122_1.de.html

¹³ Der Shanghai Composite Index stürzte im Juni 2015 aufgrund von getrübbten Wachstumsaussichten innerhalb weniger Wochen um fast 30% ab.

geführt.¹⁴ Die in diesem Abschnitt der Analyse verwendete Methodologie der einfachen Performanceberechnung wurde in Kooperation mit der FMA entwickelt. Für einen definierten Zeitraum mit der entsprechenden Anzahl von Monaten t wird die einfache Performanceberechnung als das Verhältnis zwischen der Summe der Monatsultimos an nicht transaktionsbedingten Vermögensbestandsveränderungen und dem durchschnittlichen Bestandsvolumen der Investmentfondsanteile in diesem Zeitraum berechnet. Die 3-Jahres-Performance zum März 2018 bezieht sich somit auf den Zeitraum April 2015 bis März 2018, die analoge 5-Jahres-Performance auf April 2013 bis März 2018. Die nachstehende Formel illustriert die Berechnung der 5-Jahres-Performance.¹⁵

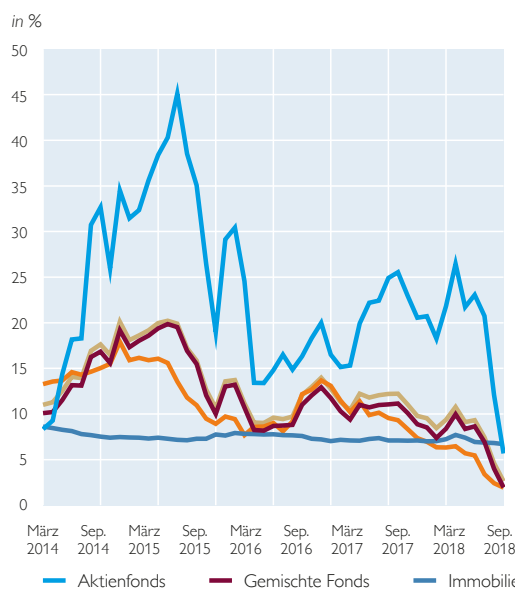
$$Performance(5_J)_t = \frac{\sum_{i=0}^{59} \text{Nicht transaktionsbedingte } Vbv_{t-i}}{5_J \bar{\emptyset}(\text{Bestand Investmentfondsanteile})_t} \quad (1)$$

Bei der Interpretation der nachfolgenden Ergebnisse ist zu beachten, dass eine historische Aggregatsanalyse weder Rückschlüsse auf irgendeine Einzelfonds-Performance zulässt, noch als Prognose für die Zukunft verwendet werden kann.

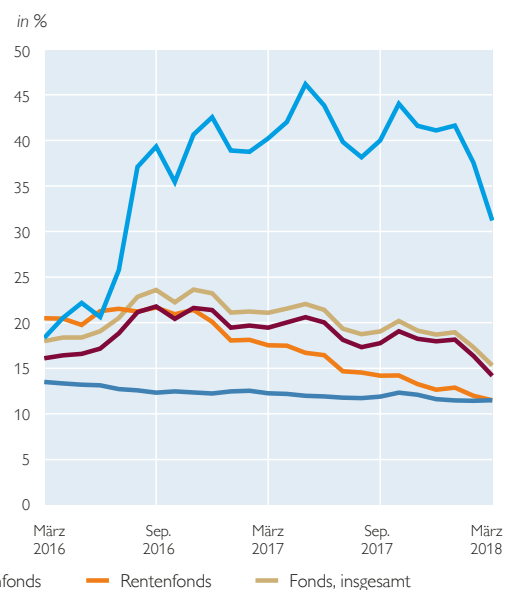
Grafik 2

Performance nach Fondskategorien

3-Jahres-Performance



5-Jahres-Performance



Quelle: OeNB.

¹⁴ Daten von April 2011 bis März 2018 wurden herangezogen, um jeweils volle 36 bzw. 60 Monatsintervalle zu erhalten. Somit beginnt die erste 3- bzw. 5-Jahres-Performance mit März 2014 bzw. 2016.

¹⁵ Die nicht transaktionsbedingte Vermögensbestandsveränderung (Vbv) enthält nur jenen Teil der Veränderung, der auf Kurswertveränderungen, Erträge aus Dividenden und Zinsen und sonstige Erträge bzw. Aufwendungen zurückzuführen ist. Diese Komponente enthält nicht Mittelzu- und -abflüsse aus der Ausgabe bzw. Rücknahme von Anteilsrechten. Formel (1): \emptyset repräsentiert den arithmetischen Durchschnitt.

Grafik 2 zeigt, dass die österreichischen Aktienfonds in der Vergangenheit nahezu durchgängig eine höhere 3- bzw. 5-Jahres-Performance als die anderen Fondskategorien aufwiesen. So lag die 5-Jahres-Performance der Aktienfonds im Mai 2017 mit 46,2% um 24 Prozentpunkte über dem Gesamtmarktwert. Die weit überdurchschnittliche Performance der Aktienfonds im 5-Jahres-Zeitraum zwischen Juni 2012 und Mai 2017 lag an den weltweit boomenden Aktienmärkten. So stieg der Dow-Jones-Index zwischen 2012 und 2017 um etwa 64%, der DAX um rund 97%. Die relativ hohe Volatilität der aktivseitig gehaltenen Assets der Aktienfonds spiegelt sich infolge des kürzeren Betrachtungszeitraums insbesondere bei der 3-Jahres-Performance wider. Im linken Teil von Grafik 2 zeigt sich für die Aktienfonds ein scharfer Rückgang der 3-Jahres-Performancewerte nach dem Erreichen eines Spitzenwerts in Höhe von 45% im Mai 2015. Im März 2018 betrug die 3-Jahres-Performance dann lediglich 6%. Der niedrige Performancewert im letzten Zeitintervall ist auf die negativen Kursentwicklungen in den Monaten Februar und März 2018, wie sie in Grafik 1 bereits veranschaulicht wurden, zurückzuführen.

Neben den Aktienfonds konnten die gemischten Fonds, die eine diversifizierte Anlagestrategie mit unterschiedlichen Wertpapieren wie Aktien, Investmentfondsanteilen und Schuldverschreibungen verfolgen, in der Vergangenheit ebenfalls relativ hohe Performancewerte bei vergleichsweise geringerer Volatilität erzielen. Die Werte der 3- bzw. 5-Jahres-Performance von gemischten Fonds waren jenen von Aktienfonds sehr ähnlich, wobei die Höhe der Performancewerte unter jenen der Aktienfonds, jedoch über jenen der Rentenfonds lagen. Die gemischten Fonds erzielten im März 2018 eine 5-Jahres-Performance von 14,2%, während die Rentenfonds einen Vergleichswert von 11,5% aufwiesen. Die österreichischen Immobilienfonds zeigten über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg relativ stabile Performancewerte. In Zeiten starker Kurseinbrüche, insbesondere im Zeitraum zwischen Februar 2013 und Jänner 2016, näherten sich die 3-Jahres-Performancewerte aller anderen Fonds jenen der Immobilienfonds an. Aufgrund der negativen Kurswertveränderungen im Februar und März 2018, die sich bei den Aktienfonds und gemischten Fonds besonders stark niederschlugen, übertrafen die Performancewerte der Immobilienfonds im letzten 3-Jahres-Intervall im März 2018 mit 6,7% sogar jene aller anderen Fondskategorien.¹⁶

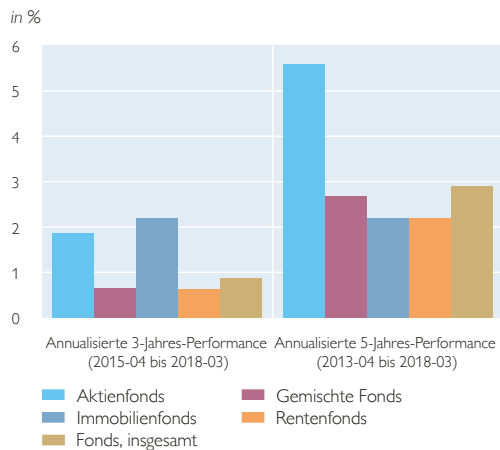
Im Folgenden wird eine Annualisierung der Performancewerte vorgenommen. Dabei werden Performancewerte verschiedener Zeitintervalle verglichen, indem sie auf den Zeitraum eines einzelnen Jahres bezogen werden. Auf Grundlage eines geometrischen Mittels wird der Jahresdurchschnitt innerhalb eines gegebenen Zeitintervalls errechnet; die Annualisierung erfolgt auf Basis der von der OeKB vorgeschlagenen Methodologie. Die 3- bzw. 5-Jahres-Performance wird um die Anzahl der Tage im betrachteten Zeitintervall – 1095 bei der 3-Jahres-Performance und 1825 bei der 5-Jahres-Performance – diskontiert. Die unten angeführte Formel illustriert die Berechnung der annualisierten 5-Jahres-Performance.

$$\text{Annualisierte Performance } (5_J)_t = \left(1 + \text{Performance } (5_J)_t\right)^{365/1825} - 1 \quad (2)$$

¹⁶ 3-Jahres-Performance im März 2018: Aktienfonds 5,7%; gemischte Fonds 1,9%; Rentenfonds 1,9%; Immobilienfonds 6,7%.

Grafik 3

Vergleich annualisierte 3-Jahres- vs. 5-Jahres-Performance



Grafik 3 zeigt das Ergebnis der Annualisierung und somit die durchschnittliche jährliche Performance der letzten 3 bzw. 5 Jahre vor dem Ultimo März 2018. Zwischen April 2015 und März 2018 konnten die Aktienfonds pro Jahr im Durchschnitt 1,8 % an positiver Performance vorweisen (annualisierte 3-Jahres-Performance), während bei einem längeren Zeitintervall zwischen April 2013 und März 2018 eine durchschnittliche Performance von 5,6 % pro Jahr erzielt werden konnte (annualisierte 5-Jahres-Performance). Die Performancewerte in den beiden gezeigten Zeitintervallen waren aufgrund der Kurseinbrüche in den Monaten Februar und März 2018 stark gesunken. Die annualisierten 3- bzw.

5-Jahres-Performanzenwerte der Aktienfonds ein halbes Jahr zuvor waren zum Juni 2017 mit 6,4 % bzw. 7,5 % vergleichsweise höher ausgefallen. Die höhere durchschnittliche Jahresperformance in der 5-Jahres-Betrachtung konnte in fast allen Fondskategorien beobachtet werden. Lediglich bei Immobilienfonds blieb die annualisierte Performance in Höhe von 2 % aufgrund der über die Jahre hinweg stabilen Kursentwicklung fast identisch. Aufgrund von Konjunkturzyklen folgen auf Phasen höherer Renditen nicht selten Phasen mit niedrigeren Wachstumsraten und Kurskorrekturen an den Börsen. Das Ergebnis der höheren durchschnittlichen Jahres-Performance im betrachteten 5-Jahres-Intervall im Vergleich zum 3-Jahres-Intervall ist hauptsächlich auf die aufgrund boomender Aktienmärkte sehr hohe Performance im Jahr 2014 zurückzuführen. So verzeichnete der leitende Aktienindex S&P 500 im Jahr 2014 ein Plus von etwa 11 % infolge stetig wachsender Unternehmensgewinne und optimistischer Wirtschaftsaussichten am US-Markt. Das Jahr 2014 war das dritte Jahr in Folge, in dem der Aktienindex S&P 500 um mehr als 10 % pro Jahr zugelegte. Auch im Euroraum stabilisierte sich 2014 die Lage nach den turbulenten Vorjahren der griechischen Staatschuldenkrisen und der DAX überschritt erstmals in seiner Geschichte die Zehntausend-Punkte-Marke. So lag die durchschnittliche 1-Jahres-Performance am Gesamtfondsmarkt zwischen April 2014 und März 2015 bei rund 10 %, während dieser Wert aufgrund des darauffolgenden Kurseinbruchs im Zeitraum zwischen April 2015 und März 2016 mit –3 % negativ war.¹⁷

Im folgenden Abschnitt wird die Volatilität pro Fondskategorie untersucht. Die Volatilität in Form einer Standardabweichung wird als die Schwankungsbreite einer historischen Performancekennzahl in Relation zu ihrem Mittelwert in einem bestimmten Zeitintervall verstanden. Eine hohe Volatilität ist an sich weder gut noch schlecht. Eine Präferenz für volatilere Fonds hängt von der Risikobereitschaft des Investors ab. Eine hohe Volatilität impliziert zwar starke Schwankungen

¹⁷ Die negative Gesamtleistung in diesem Zeitraum ist hauptsächlich auf die Aktienfonds zurückzuführen, die eine Performance von minus –11 % aufwiesen.

innerhalb eines bestimmten Zeitraums, sie sagt jedoch nichts über die letztlich erzielte Performance zu einem bestimmten Zeitpunkt aus. So kann ein Fonds in den letzten fünf Jahren sehr volatil gewesen sein, aber trotzdem eine hohe Performance zu einem bestimmten Stichtag aufweisen. Die endgültig realisierte Performance ist daher wesentlich abhängig vom Kauf- und Verkaufszeitpunkt der Investmentfondszertifikate. Ein gewisses Maß an Volatilität bietet deshalb für bestimmte Investorengruppen auch Chancen, da dadurch mögliche Handelsspannen realisierbar sind.

Auf Basis des oben genannten OeKB-Papiers wird die monatsperformancebasierte Volatilität σ_{mtz} in einem Betrachtungszeitraum Z von 5 Jahren mit t zwischen April 2013 und März 2018 als rollende Volatilität mit einem Intervall von jeweils 12 Monatsperioden ($n=12$ Monate)¹⁸ sowie für das gesamte 5-Jahres-Zeitintervall ($n=60$ Monate) berechnet. Die monatsperformancebasierte Volatilität gibt ein Maß über die Schwankungsbreite der monatlichen Performance PM österreichischer Fonds in Relation zum Mittelwert der jeweiligen Monatsperformance über n Perioden. PM entspricht der berechneten Monatsperformance unter Anwendung von Formel (1) bezogen auf den Zeitraum eines Monats.¹⁹ Die monatsperformancebasierte Volatilität wurde mittels der unten angeführten Formel errechnet. Es ist zu beachten, dass die Berechnungslogik der Volatilitätskennzahl Schwankungen der Performancewerte nach oben und nach unten gleichbehandelt. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass der durchschnittliche Investmentfondsanleger in der Regel eher risikoavers ist und Verluste stärker als Gewinne empfindet.²⁰

$$\sigma_{mtz} = \left(\left(\sum_{i=1}^n \left(\frac{\mu_{mtz}}{100} - \ln \left(1 + \frac{PM_i}{100} \right) \right) \right)^2 * \frac{1}{n-1} \right)^{0,5} * 100 \quad (3)$$

Der Mittelwert μ_{mtz} für das Zeitintervall Z wird wie folgt berechnet:

$$\mu_{mtz} = \frac{\left(\sum_{i=1}^n \left(\ln \left(1 + \frac{PM_i}{100} \right) \right) \right)}{n} * 100 \quad (4)$$

Der linke Teil von Grafik 4 zeigt die 12-Monats-Volatilitätsberechnung pro Fondskategorie für den Betrachtungszeitraum zwischen April 2013 und März 2018. Innerhalb dieses Betrachtungszeitraums war die Performancevolatilität des Gesamtfondsmarktes zwischen Jänner und Dezember 2015 besonders stark ausgeprägt. Die hohe Volatilität des Gesamtfondsmarktes war vor allem durch Schwankungen der Aktienfonds getrieben. Die Volatilität der Aktienfonds nahm ab dem Jahresbeginn 2014 stark zu und blieb bis Dezember 2015 auf einem ähnlich hohen Level. Die Entwicklung in diesem Zeitraum ist auch in Grafik 1 an den starken

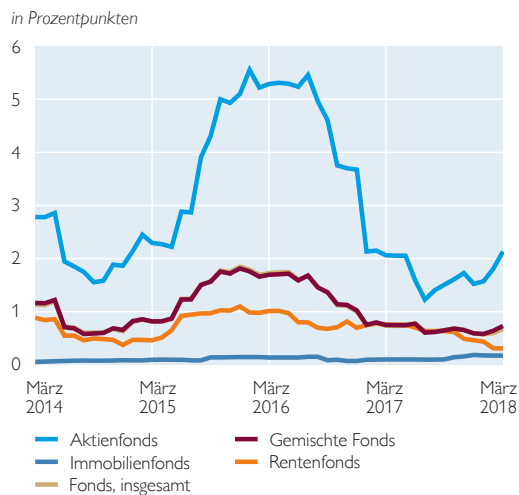
¹⁸ Die nachfolgenden Resultate der rollenden 12-Monats-Volatilität werden jeweils durch den letzten Monat eines 12-monatigen Zeitintervalls t repräsentiert (das Ergebnis t zum März 2018 repräsentiert die Volatilität im Zeitraum April 2017 bis März 2018).

¹⁹ Entspricht somit der nicht transaktionsbedingten Vermögensbestandsveränderung im Monat t , dividiert durch den Durchschnitt des Investmentfondsvolumens der letzten zwei Perioden t und $t-1$.

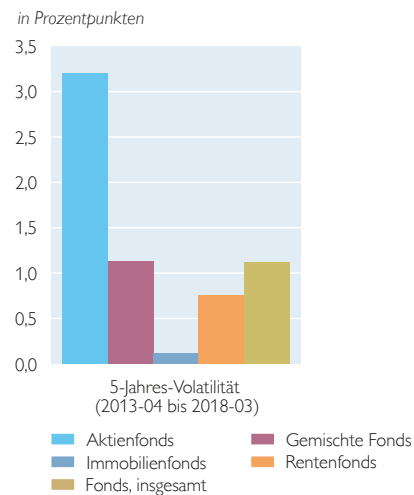
²⁰ Risikokennzahlen wie „Morningstar Risk“ benutzen eine unterschiedliche Gewichtung für Kurswertgewinne und Kurswertverluste.

Monatsperformancebasierte Volatilität

12-Monats-Volatilität



5-Jahres-Volatilität



Quelle: OeNB.

Schwankungen der nicht transaktionsbedingten Vermögensbestandsveränderungen ersichtlich. Zwischen Jänner und Dezember 2015 schwankte die Monatsperformance aller österreichischen Fonds im Durchschnitt monatlich um etwa 1,85 Prozentpunkte um den Mittelwert. Im selben Zeitraum lag die Volatilität der Aktienfonds bei 5,1 Prozentpunkten. Die Volatilität der Aktienfonds nahm ab Anfang 2016 allmählich wieder ab und erreichte zwischen August 2016 und Juli 2017 einen Tiefststand von 1,2 Prozentpunkten. Die letzten Perioden im Betrachtungszeitraum waren wieder von leicht ansteigender Volatilität geprägt. So stieg zwischen April 2017 und März 2018 die Volatilität der Aktienfonds wieder auf 2,1 Prozentpunkte. Die hohe Volatilität der Aktienfonds betrug in fast jedem 12-Monats-Intervall des gesamten Betrachtungszeitraums mehr als das Doppelte des Gesamtfondsmarktes. Die Volatilität der gemischten Fonds war aufgrund der gehaltenen Anteilsrechte und Investmentzertifikate ebenfalls von Turbulenzen an den Börsen betroffen. Die Auswirkungen der Volatilität fielen jedoch aufgrund von im Portfolio gehaltenen Schuldverschreibungen im Vergleich zu Aktienfonds weitaus geringer aus und lagen im Betrachtungszeitraum geringfügig über den Werten der Rentenfonds. Immobilienfonds wiesen über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg mit einem Maximalwert von nur 0,18 Prozentpunkten zwischen Jänner 2017 und Dezember 2017 die geringste Volatilität auf. Der rechte Teil der Grafik 4 zeigt die durchschnittliche monatsperformancebasierte Volatilität des gesamten 5-Jahres-Intervalls mit insgesamt 60 Monaten. Die Volatilität des Gesamtfondsmarktes betrug im angegebenen Zeitraum zwischen April 2013 und März 2018 etwa 1,1 Prozentpunkte, während die Volatilität der Aktienfonds mit 3,2 Prozentpunkten fast drei Mal so hoch ausfiel. Die Immobilienfonds wiesen mit einer Volatilität in Höhe von 0,1 Prozentpunkten die stabilste Entwicklung innerhalb aller Fondskategorien auf. Auch in Bezug auf die relativ niedrige Volatilität der gemischten Fonds und der Rentenfonds mit 1,1 Prozentpunkten bzw. 0,7 Prozentpunkten kann auf eine langfristig betrachtet stabile Vermögensentwicklung geschlossen werden.

Entwicklung der europäischen börsennotierten Konzerne 2016

Sabine Wukovits¹

Die Ertragskraft der analysierten europäischen Konzerne (gemessen am Betriebsergebnis im Verhältnis zur Bilanzsumme) zeigte 2016 eine positive Entwicklung mit steigender Wachstumsrate. Auch die Rentabilität konnte weiter erhöht werden; es war jedoch ein deutliches Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Im Ländervergleich verzeichneten die österreichischen Konzerne zwar ein unterdurchschnittliches Wachstum, die Rentabilität blieb allerdings auf hohem Niveau. Hinsichtlich der Eigenmittelausstattung schnitten die heimischen börsennotierten Konzerne wie zuvor sehr gut ab. Die Fremdfinanzierung der österreichischen Konzerne lief primär über Bankkredite, während in den anderen Ländern die Finanzierung über Anleihen dominierte. Die Finanzverschuldung zeigte in der Analyse auf der europäischen Ebene eine leicht rückläufige Tendenz, in Österreich hingegen einen leichten Anstieg. Die Analyse basiert auf den Jahresabschlussdaten von nichtfinanziellen börsennotierten Konzernen von insgesamt acht Ländern (Österreich, Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien und Portugal).

1 Hintergrund und Datenbasis

Die Analyse basiert auf dem Bericht „European non-financial listed groups: analyses of 2016 data“, der von der Arbeitsgruppe ERICA (European Records of IFRS Consolidated Accounts) erstellt wurde und auf der Website des ECCBSO² (www.eccbso.org) abrufbar ist. Mit Hilfe eines einheitlichen IFRS-Bilanzfassungsschemas werden die Jahresabschlussdaten nichtfinanzieller börsennotierter Konzerne von den einzelnen Mitgliedsländern (Österreich, Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien und Portugal) erfasst und anschließend Analysen u. a. zu den Themenbereichen Profitabilität und Finanzierungsstruktur aufbereitet.

Die ERICA-Datenbank umfasst für das Geschäftsjahr 2016 Daten zu knapp 1.000 Konzernen mit einem Gesamtumsatz von 3,8 Billionen EUR und einer aggregierten Bilanzsumme von 6,8 Billionen EUR (Tabelle 1).

Der Abdeckungsgrad der in ERICA erfassten Konzerne, gemessen an der Gesamtzahl der gelisteten nichtfinanziellen Konzerne in den jeweiligen Ländern, variiert zwischen 100 % (Portugal) und 40 % (Deutschland). Zieht man den Umsatz als Vergleichsgröße heran, so liegt der Abdeckungsgrad zwischen 83 % und 100 %, sodass man von einer soliden Repräsentativität des Datensatzes sprechen kann (Grafik 1). Die Verteilung auf die Teilnehmerländer, gegliedert nach Branchen und Betriebsgrößen, ist in Tabelle 1 dargestellt.

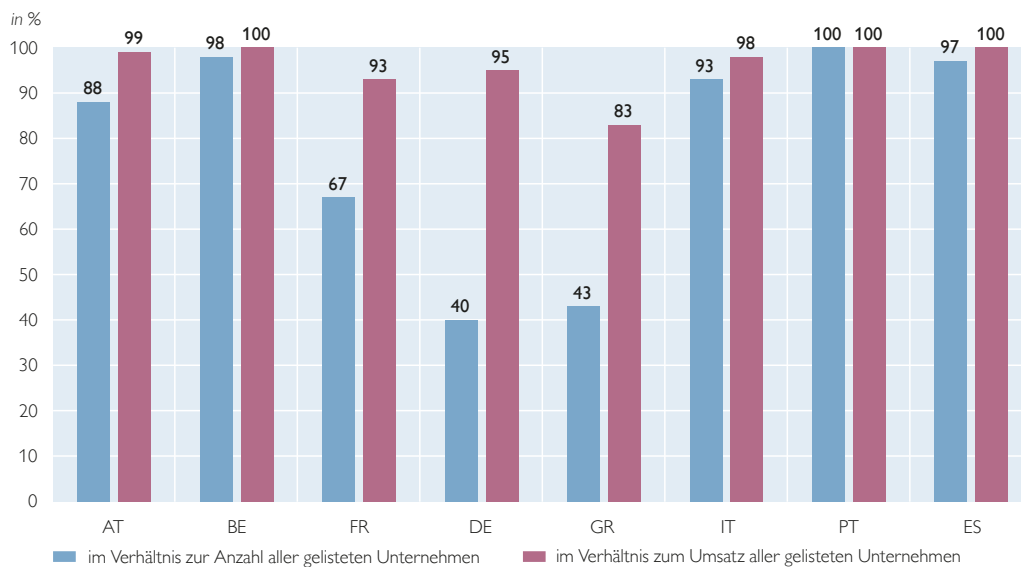
Der Einfluss von Deutschland und Frankreich auf den aggregierten Datensatz ist sehr stark: Rund 50 % der Konzerne bzw. rund 75 % des aggregierten Umsatzes entfallen auf die beiden Länder. Dominant ist der Einfluss von großen Konzernen, die über 90 % von Umsatz und Bilanzsumme beherrschen. Nach Branchen segmentiert ist der industrielle Sektor am stärksten vertreten (rund 45 % des Umsatzes).

Hinsichtlich der sektoralen Verteilung (bezogen auf den Umsatz) bietet sich für die partizipierenden Länder ein unterschiedliches Bild dar; in den meisten Ländern ist der industrielle Sektor am stärksten ausgeprägt (Grafik 2).

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, Sabine.Wukovits@oenb.at

² European Committee of Central Balance Sheet Data Offices.

Abdeckungsgrad ERICA-Datenbank nach Ländern



Quelle: ERICA Datenbank 2016.

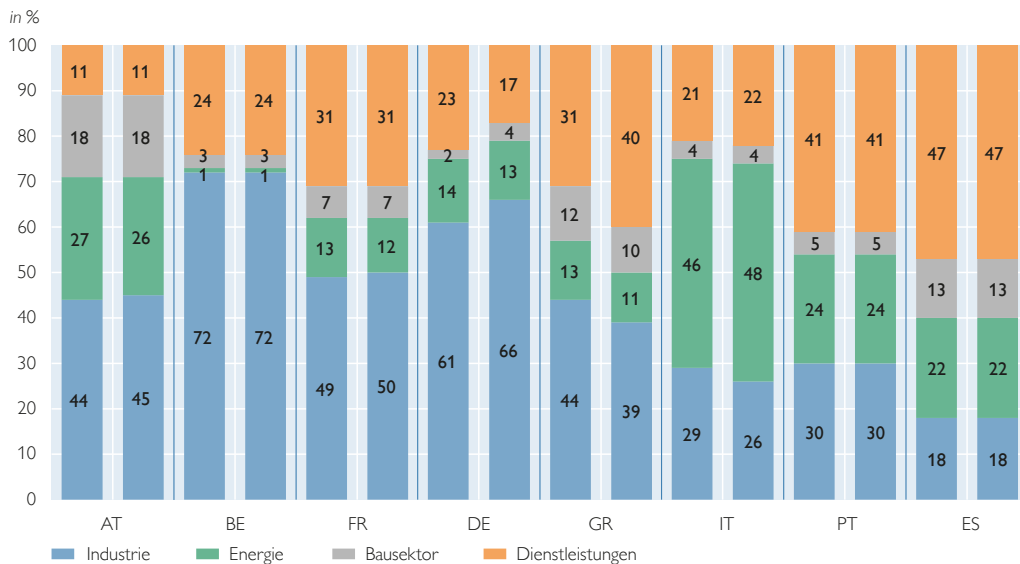
Überblick ERICA-Daten 2016

Länder	Konzerne		Bilanzsumme		Umsatz	
	Anzahl	in %	in Mrd EUR	in %	in Mrd EUR	in %
AT	42	4,2	143,4	2,1	90,2	2,3
BE	80	8,0	363,5	5,2	136,5	3,4
FR	300	30,1	2.514,4	36,1	1.416,6	35,8
DE	211	21,1	2.205,3	31,7	1.543,6	39,0
GR	50	5,0	68,0	1,0	41,5	1,0
IT	168	16,8	807,5	11,6	305,7	7,7
PT	37	3,7	101,9	1,5	63,2	1,6
ES	110	11,0	753,3	10,8	361,8	9,1
Sektoren						
Industrie	409	41,4	2.891,8	42,0	1.745,6	44,7
Energie	62	6,3	1.777,6	25,8	865,2	22,2
Bausektor	47	4,8	284,8	4,1	189,5	4,9
Dienstleistungen	464	47,0	1.921,0	27,9	1.103,5	28,3
Nicht klassifiziert	6	0,6	3,4	0,0	1,7	0,0
Unternehmensgröße (Umsatz)						
Kleine Gruppen (<250 Mio EUR)	418	42,5	137,0	2,0	39,7	1,0
Mittlere Gruppen (250 Mio EUR bis 1,5 Mrd EUR)	307	31,2	397,5	5,9	214,0	5,6
Große Gruppen (>1,5 Mrd EUR)	259	26,3	6.237,7	92,1	3.559,5	93,3
Summe¹	984	100,0	6.772,1	100,0	3.813,1	100,0

Quelle: ERICA Datenbank 2016.

¹ Die Summen nach Ländern, Sektoren und Größen differieren, da Konzernverflechtungen auf Länderebene nicht eliminiert werden.

Sektorale Verteilung nach Ländern



Quelle: ERICA Datenbank 2016.

Anmerkung: Der linke Balken zeigt jeweils die Verteilung auf Branchen innerhalb des ERICA-Samples pro Land, der rechte Balken die Branchenverteilung aller börsennotierter Unternehmen pro Land.

Im Datensatz der österreichischen börsennotierten Konzerne ist durch die OMV AG, die mit 19,3 Mrd EUR Umsatz im Jahr 2016 alleine rund ein Fünftel des Gesamtsamples ausmacht, eine starke Konzentration auf den Energiesektor³ gegeben. Auch der Bausektor ist durch die Dominanz der STRABAG (2016: 12,4 Mrd EUR Umsatz) vergleichsweise stark ausgeprägt, gefolgt von PORR (3,4 Mrd EUR). Die größten Konzerne im Sample des industriellen Sektors sind voestalpine AG (11,3 Mrd EUR Umsatz), Andritz AG (6 Mrd EUR), Wienerberger AG (3 Mrd EUR) und AGRANA Beteiligungs-AG (2,6 Mrd EUR). Im Sektor Dienstleistungen sind v. a. die Telekom Austria AG (4,1 Mrd EUR Umsatz) und die Österreichische Post AG (2 Mrd EUR) zu nennen.

2 Wirtschaftliche Entwicklung der börsennotierten Konzerne 2016

2.1 Entwicklung der Ertragskraft der börsennotierten Konzerne

Die aggregierte Ertragskraft (gemessen am Betriebsergebnis) der europäischen Konzerne im Jahr 2016 war, wie auch im Jahr davor, stark durch die Entwicklung im Energiesektor sowie den Sondereffekt beim Großkonzern Volkswagen AG beeinflusst.⁴ Während jedoch im Jahr 2015 die genannten Faktoren einen negativen Einfluss auf die aggregierten Werte und betroffenen Datensätze hatten (Länder

³ Gemäß Sektorzuteilung der ERICA-Arbeitsgruppe ist die Branche mit dem NACE 06100 (Gewinnung von Erdöl und Erdgas) dem Sektor Energie zugeordnet.

⁴ Aufgrund des Abgas-Skandals wies Volkswagen 2015 ein hoch negatives Betriebsergebnis in Höhe von -4,1 Mrd EUR aus; 2016 war das Betriebsergebnis mit 7,1 Mrd EUR wieder positiv.

mit bedeutendem Anteil im Energiesektor; Sektor Industrie und große Konzerne, Grafik 2), war der Einfluss im Jahr 2016 positiv.

Lässt man die großen Energiekonzerne sowie den Volkswagen-Konzern im aggregierten Datensatz außer Acht, so weist das Betriebsergebnis für 2015 eine Erhöhung um 6,8 % und für 2016 um 10,4 % aus (Tabelle 2). Damit zeigten die europäischen Konzerne eine positive Entwicklung mit steigender Wachstumsrate. Das Umsatzwachstum war mit einem Plus von 0,7 % hingegen verhalten.

Auf Länderebene ließen alle Länder mit Ausnahme von Portugal einen positiven Trend im bereinigten Betriebsergebnis erkennen (Tabelle 2). Die Steigerung lag dabei zwischen 4,1 % in Belgien und 23,2 % in Spanien, wobei der hohe Zuwachs im Sample von Spanien in erster Linie durch den Sektor Services und hierbei erheblich durch den Großkonzern Telefónica beeinflusst war. Das Ländersample von Deutschland war durch den Volkswagen-Konzern positiv verzerrt, während der Energiesektor entgegen der europäischen Entwicklung auch 2016 einen Rückgang im aggregierten Betriebsergebnis aufwies (die deutschen Energieunternehmen standen durch das Phase-out von Atomstrom weiter unter Druck). Bereinigt um diese Effekte, hatte Deutschland die zweithöchste Wachstumsrate im Jahr 2016 (+11,2 %). Dieser Anstieg war wesentlich durch die Großkonzerne Telekom und Deutsche Post mitgetragen, aber auch durch ein robustes Wachstum im bedeutendsten Sektor Industrie (+4 %). Das Sample von Portugal – als Schlusslicht im Ländervergleich – wies in allen Sektoren, mit Ausnahme des eher kleinen Bausektors, einen deutlichen Rückgang im Betriebsergebnis aus.

Betrachtet man das Betriebsergebnis nach Sektoren, so zeigte sich 2016 durchgängig eine positive Entwicklung. Der größte Sektor Industrie verzeichnete, bereinigt um den Volkswagen-Konzern, ein sattes Plus von 7,8 %. Der zweitgrößte Sektor Services wuchs durch den Einfluss von Großkonzernen (siehe oben) mit 15,6 % beträchtlich. Der Energiesektor war in den letzten Jahren durch den Verfall der Öl- bzw. Gaspreise stark unter Druck geraten. Das aggregierte Betriebsergebnis des Sektors befand sich 2015 aufgrund der sehr hohen Wertminderungen auf einem Tiefstand. Von diesem niedrigen Niveau ausgehend zeigten sich 2016 Anzeichen einer Erholung. Obwohl der Umsatz weiterhin rückläufig war, wurde das Betriebsergebnis aufgrund des deutlich niedrigeren Wertminderungsbedarfs annähernd verdreifacht. Das EBITDA (Betriebsergebnis vor Abschreibungen und Wertminderungen) verzeichnete jedoch auch 2016 einen Rückgang.

Das aggregierte Betriebsergebnis der österreichischen börsennotierten Konzerne, bereinigt um den Einfluss der großen Energiekonzerne (allen voran der dominierenden OMV AG), wies 2016 ein im europäischen Vergleich schwaches Wachstum in Höhe von 4,4 % aus. Der aggregierte bereinigte Umsatz war mit –0,2 % sogar leicht rückläufig. Das Wachstum im Betriebsergebnis war getrieben vom Sektor Industrie (rund 7 %), gefolgt vom Bausektor (rund 4 %). Hinsichtlich der Umsatzentwicklung wies nur der Sektor Industrie einen leichten Anstieg aus (+0,8 %), die anderen Sektoren zeigten aggregiert ein Umsatzminus von rund –2 %.

Die Rentabilität (gemessen am Betriebsergebnis im Verhältnis zur Bilanzsumme) der analysierten europäischen Konzerne auf Basis des Medians – d. h. des von Größe und Relevanz einzelner Gruppen nicht verzerrten Werts – verbesserte sich im Vorjahresvergleich leicht um +0,3 Prozentpunkte auf 5,3 % (Grafik 3). Alle Sektoren außer dem Bausektor zeigten Zuwächse. Am stärksten ausgeprägt war der Anstieg im Energiesektor, ausgehend allerdings von einem niedrigen Niveau.

Tabelle 2

Veränderung in Betriebsergebnis und Umsatz gegenüber 2015

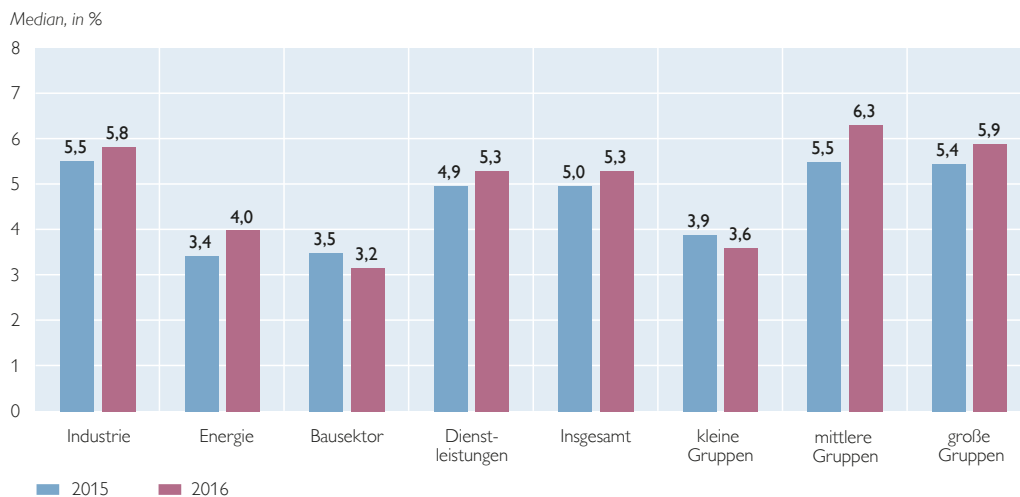
	Betriebsergebnis	Betriebsergebnis bereinigt ¹	Umsatz	Umsatz bereinigt ¹
Veränderung in %				
Länder				
AT	64,3	4,4	-4,0	-0,2
BE	4,1	4,1	5,2	5,2
FR	29,8	9,9	-1,5	0,5
DE	23,5	11,2	-5,3	0,0
GR	27,7	6,9	-4,7	-0,8
IT	31,4	5,5	-4,4	2,8
PT	-18,1	-32,9	-6,1	-2,2
ES	35,0	23,2	-2,4	1,1
Sektoren				
Industrie	16,6	7,8	0,7	0,6
Energie	191,0		-16,1	
Bausektor	5,2		-2,0	
Dienstleistungen	15,6		1,5	
Unternehmensgröße (Umsatz)				
Kleine Gruppen (<250 Mio EUR)	-25,7		0,5	
Mittlere Gruppen (250 Mio EUR bis 1,5 Mrd EUR)	15,8		-1,5	
Große Gruppen (>1,5 Mrd EUR)	28,1	10,5	-3,4	0,9
Summe, bereinigt ¹	10,4	10,4	0,7	0,7

Quelle: ERICA Datenbank 2016.

¹ Bereinigt um große Energiekonzerne in „Länder“ und „Große Gruppen“; bereinigt um Volkswagen-Konzern in „DE“, „Industrie“ und „Große Gruppen“.

Auf Länderebene betrachtet wiesen alle Länder mit Ausnahme Portugals und Italiens eine Steigerung in der Rentabilität auf (Grafik 4). Der Ländervergleich zeigt ein klares Nord-Süd-Gefälle bei den Konzernen: Während in Belgien, Deutschland, Frankreich und Österreich eine Rentabilität von mehr als 5 % im Median erreicht

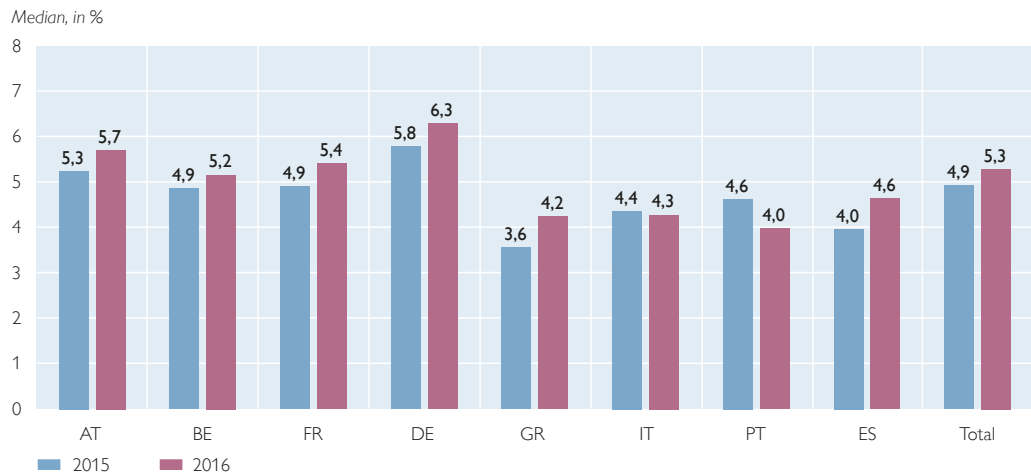
Grafik 3

Rentabilität (Betriebsergebnis/Bilanzsumme) nach Sektoren und Größe

Quelle: ERICA Datenbank 2016.

Grafik 4

Rentabilität (Betriebsergebnis/Bilanzsumme) nach Ländern

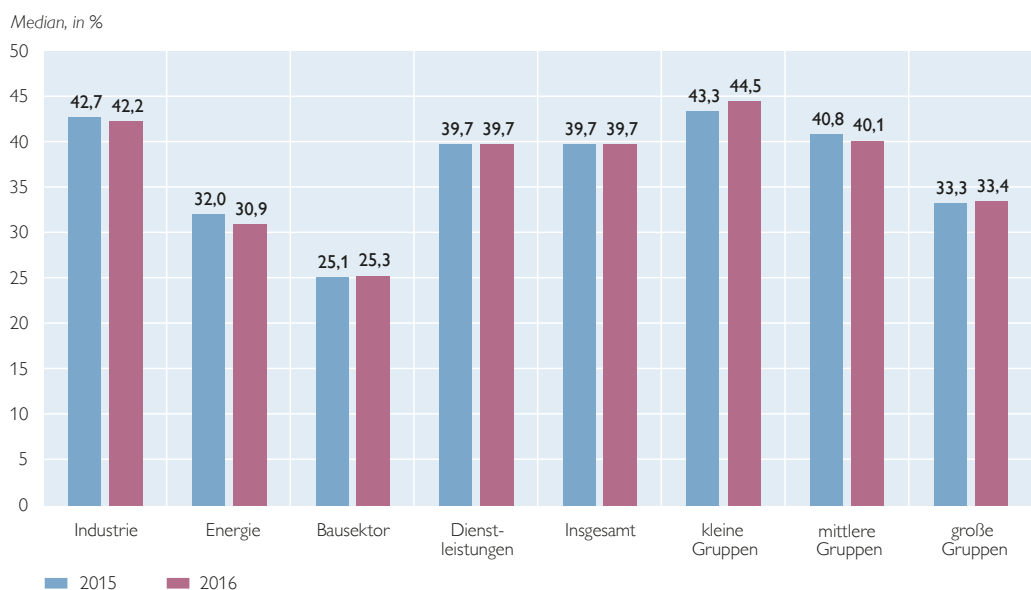


wurde, konnten die südlichen Länder (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien) diesen Wert nicht erzielen. Am stärksten präsentierten sich weiterhin die deutschen Konzerne (6,3%), die den Rückgang vom letzten Jahr mit einem Anstieg von +0,5 Prozentpunkten korrigierten.

Die österreichischen börsennotierten Konzerne verzeichneten 2016 eine Steigerung von +0,4 Prozentpunkten (2015: +0,5 Prozentpunkte) und verteidigten damit ihren zweiten Platz im Ländervergleich.

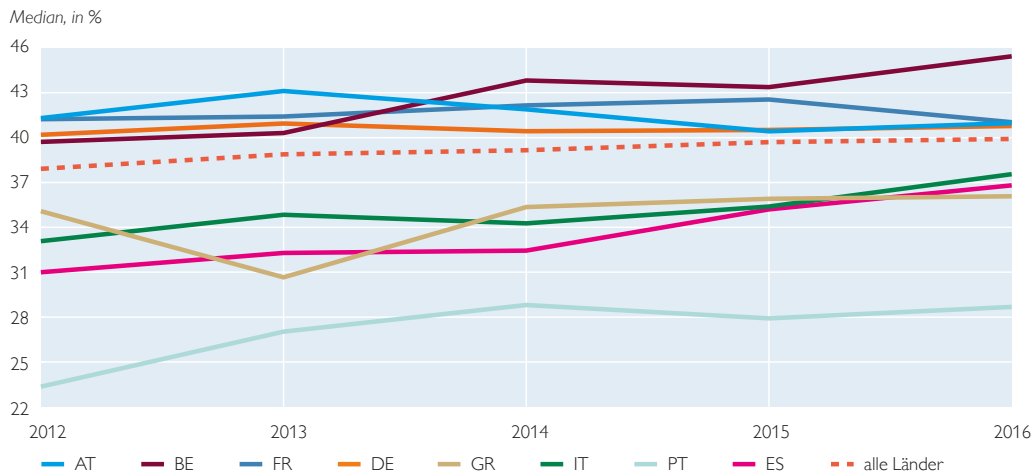
Grafik 5

Eigenkapitalquote nach Sektoren und Größe



Grafik 6

Eigenkapitalquote nach Ländern



2.2 Eigenkapitalentwicklung bei den börsennotierten Konzernen

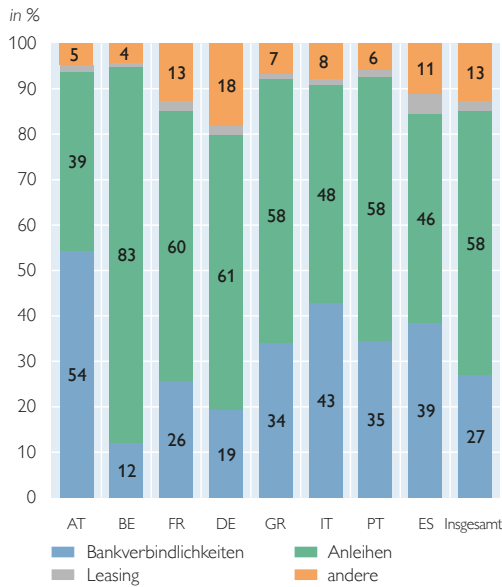
Das aggregierte Eigenkapital der börsennotierten europäischen Konzerne verzeichnete 2016 ein stärkeres Wachstum in Höhe von 5,5 % (VJ: +2,6 %). Mit Ausnahme des Energiesektors konnten alle Sektoren, insbesondere der Sektor Industrie, ihr Eigenkapital erhöhen. Die starke Eigenkapitalentwicklung im Sektor Industrie war durch das stabile wirtschaftliche Umfeld begünstigt, sodass die Gewinnrücklagen kräftig anstiegen. Die deutsche Automobilindustrie lieferte dabei einen besonders starken Beitrag. Einen erheblichen Einfluss auf die aggregierte Eigenkapitalentwicklung hatte auch der Zusammenschluss des belgischen Braukonzerns Anheuser-Busch mit SABMiller (1,6 Prozentpunkte des Anstiegs sind auf diesen Merger zurückzuführen).

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) blieb mit einem Medianwert von 39,7 % gegenüber 2015 konstant. Auf Sektorebene zeigte sich ein erheblicher Unterschied in der Höhe der Eigenkapitalquoten (Grafik 5). Während im Industriebereich der Medianwert bei 42,2 % lag, betrug er im Sektor Baugewerbe nur 25,3 %. Darüber hinaus wiesen kleine und mittlere Konzerne deutlich höhere Eigenkapitalquoten aus als die großen Konzerne.

Grafik 6 zeigt die Entwicklung der Eigenkapitalquote auf Länderebene von 2012 bis 2016 basierend auf einem fixen Datensatz von 677 Konzernen. Insgesamt erhöhte sich der Medianwert in diesem Zeitraum von 37,9 % auf 39,9 %. Die Grafik lässt – wie auch schon bei der Rentabilität – ein deutliches Nord-Süd-Gefälle erkennen. Die südlichen Länder liegen 2 bis 11 Prozentpunkte unter dem Medianwert, wobei Portugal den niedrigsten und Italien den höchsten Wert aufweist. Von den nördlichen Ländern liegt Belgien mit einem Medianwert von 45,4 % im Ländervergleich an der Spitze. Die restlichen Länder (Deutschland, Frankreich und Österreich) liegen mit einer Eigenkapitalquote von rund 41 % sehr nahe zusammen.

Grafik 7

Struktur der Finanzverbindlichkeiten¹



Quelle: ERICA Datenbank 2016.

¹ Basis absolute Beträge.

2.3 Struktur und Entwicklung der Finanzverbindlichkeiten der börsennotierten Konzerne

Die aggregierten Finanzverbindlichkeiten der europäischen Konzerne beliefen sich 2016 auf 2,1 Billionen EUR und machten 45% der gesamten aggregierten Verbindlichkeiten aus. Gemessen an der Anzahl der Konzerne waren Bankkredite die am häufigsten genützte Finanzierungsquelle (9 von 10 Konzernen beanspruchten Bankkredite; in Belgien, Deutschland und Griechenland waren es 7 bzw. 8 von 10), gefolgt von Leasing und Anleihen.

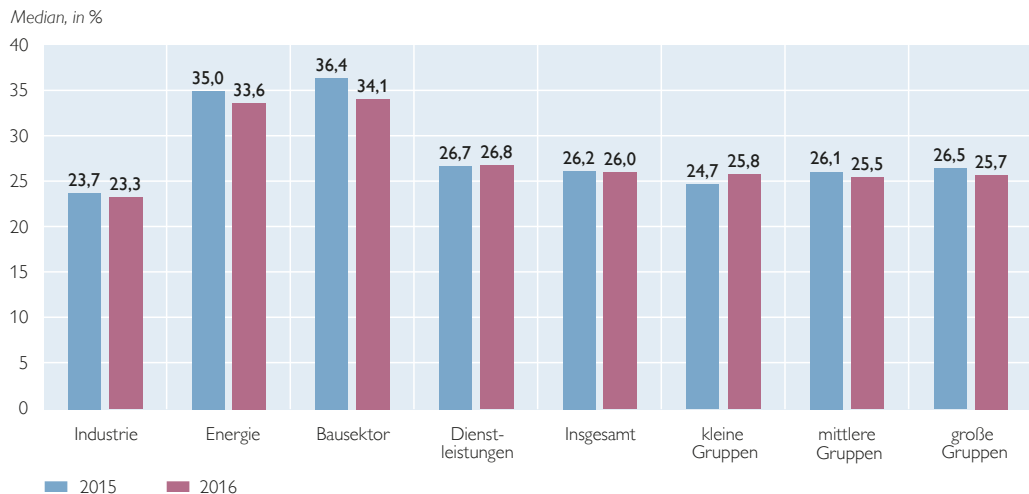
Die Finanzierung über Anleihen korreliert jedoch positiv mit der Unternehmensgröße. Betrachtet man die Bedeutung von Anleihen gemessen an absoluten Beträgen statt an der Anzahl von Konzernen, so zeigt sich ein differenziertes Bild. Anleihen stellten in allen Ländern, mit Ausnahme von Österreich, die dominierende Finanzierungsquelle

dar. Für die österreichischen Konzerne stellten Bankkredite mit einem Anteil von 54% an den gesamten Finanzverbindlichkeiten die wichtigste Finanzierungsform dar (Grafik 7).

Die Entwicklung der aggregierten Finanzverbindlichkeiten zeigte eine leichte Erhöhung gegenüber 2015, was im Wesentlichen auf den Effekt des bereits erwähnten Mergers von Anheuser-Busch zurückzuführen war. Der generelle

Grafik 8

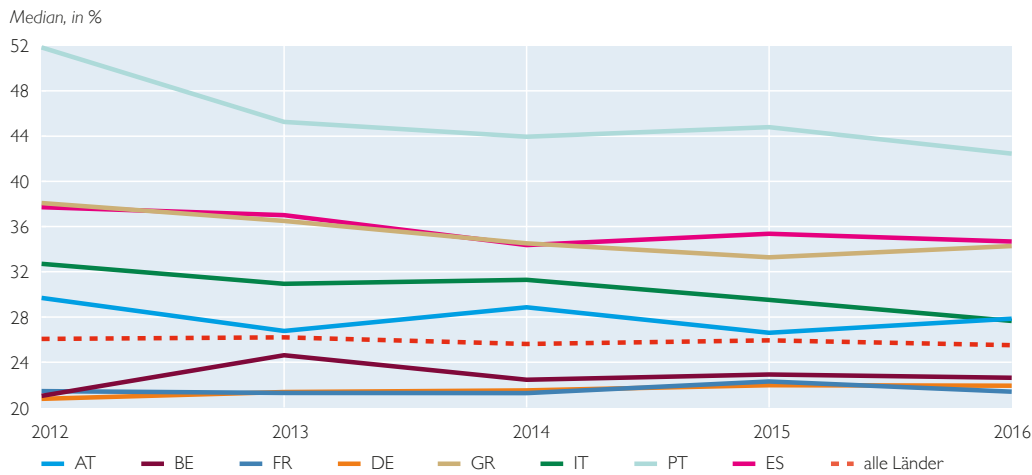
Finanzverbindlichkeitenquote nach Sektoren und Größe



Quelle: ERICA Datenbank 2016.

Grafik 9

Finanzverbindlichkeitenquote nach Ländern



Trend ging jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Zu sehen ist dies in Grafik 8 in der Medianbetrachtung der Finanzverbindlichkeitenquote (Finanzverbindlichkeiten im Verhältnis zur Bilanzsumme): Im Vergleich zu 2015 ging der Medianwert leicht auf 26 % zurück. Die höchsten Quoten wiesen mit rund 34% die Energiekonzerne sowie die Konzerne des Bausektors auf. Der Industriesektor verzeichnete mit 23,3 % den geringsten Anteil an Finanzverbindlichkeiten.

Betrachtet man die Entwicklung der Finanzverbindlichkeitenquote nach Ländern über einen Zeitraum von fünf Jahren an einer fixen Anzahl von 677 Konzernen, so zeigt sich wiederum ein Nord-Süd-Gefälle (Grafik 9). Ausnahme waren hier jedoch die österreichischen Konzerne, die 2016 im Median mit 2,4 Prozentpunkten über dem Gesamtdatensatz lagen und somit eine deutlich höhere Finanzverbindlichkeitenquote auswiesen als Belgien, Deutschland und Frankreich (die bei rund 22 % lagen). Der Medianwert der österreichischen Konzerne erhöhte sich gegenüber 2015 um +1,3 Prozentpunkte auf 27,9%.

Entwicklung der Insolvenzen in Österreich im Jahr 2017

Elizabeth Bachmann¹

Im Bereich neu eröffneter Unternehmensinsolvenzen berichtet der Kreditschutzverband (KSV) für das Jahr 2017 über einen Rückgang der Insolvenzquote auf 2,8%, der Alpenländische Kreditorenverband (AKV) von einem Rückgang auf 2,4%. Mit einem Rückgang auf 2,3% bestätigt auch das Ergebnis aus Datenquellen, die die OeNB verwendet, das Bild. Letzteres zeigt darüber hinaus, dass die Anzahl jener Neu-Insolvenzen, die große Kreditengagements eingingen und somit im Zentralkreditregister (ZKR) erfasst wurden, zurückgegangen ist. Zudem ist eine Stagnation des entsprechenden ZKR-Volumens auf niedrigem Niveau zu beobachten. Basierend auf Wirtschaftsprognosen, wonach für 2018 Wachstumsimpulse auf den Weltmärkten erwartet werden und bislang unterbliebene Investitionen folgen sollen, sehen externe Datenquellen im Ausblick für das Jahr 2018 leichte Anstiege bei den Neu-Insolvenzen. Im Zuge der damit ausgelösten Konjunkturbelebung gehen die Prognosen davon aus, dass in einem weiteren Schritt das Euro-Zinsniveau vorsichtig, aber dennoch spürbar angehoben wird.

Insolvenzquote bilanzierender Unternehmen entspricht Werten externer Datenquellen

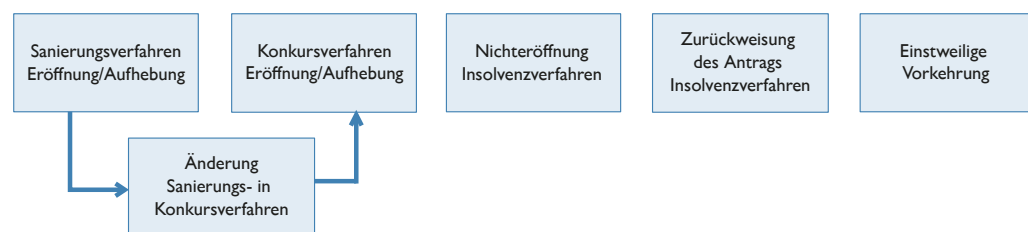
Zu den neu eröffneten Unternehmensinsolvenzen meldet der KSV² für das Jahr 2017 ein Absinken der Anzahl auf 5.079 Insolvenzfälle (Insolvenzquote 2,8%) gegenüber dem Vergleichszeitraum 2016. Für den gleichen Zeitraum meldet der AKV³ einen Rückgang auf 5.229 Insolvenzfälle (Insolvenzquote 2,4%).

Die einzelnen Insolvenzverfahren unterscheiden sich technisch durch sogenannte Insolvenzsigel, die zum Teil zeitgleich, überwiegend jedoch in zeitlicher Abfolge gesetzt werden. Auf einer vereinfachten Darstellung der unterschiedlichen Verfahrensschritte basiert Grafik 1.

In der OeNB-Stammdatenbank werden auf Basis des österreichischen Firmenbuchs erfasste Daten über Insolvenzen eingespielt; sie stehen damit für weiterführende Analysen zur Verfügung. Sie werden mit den unkonsolidierten Kreditrisikodaten des ZKR, die auf Ebene der Einzelkreditnehmer erhoben werden, verknüpft. Dies ermöglicht zusätzliche Analysen hinsichtlich der Größe der betroffenen Kreditengagements.

Grafik 1

Insolvenzverfahren im Überblick



Source: OeNB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, elizabeth.bachmann@oenb.at

² Pressemitteilung zur Insolvenzstatistik 2017 des KSV1870: https://www.ksv.at/sites/default/files/assets/documents/171231_ksv1870_insolvenzstatistik-unternehmen_2017.pdf

³ Insolvenzstatistik über das Gesamtjahr 2017, herausgegeben vom AKV: <https://www.akv.at/wp-content/uploads/Insolvenzstatistik-Gesamtjahr-2017.pdf>

Hier werden zunächst jene Insolvenzen von österreichischen Unternehmen analysiert, die eine Bilanz legen, danach jene von ZKR-relevanten österreichischen (protokollierten sowie nicht protokollierten) Unternehmen, einschließlich jener Unternehmen, die keine Bilanz legen.

In der OeNB-Stammdatenbank sind zum vierten Quartal 2017 167.759 Unternehmen erfasst, die eine Bilanz legen.⁴ Davon befinden sich 3.831 Unternehmen in einem Insolvenzverfahren, das im Lauf des Jahres 2017 eröffnet wurde. In Relation zur Grundgesamtheit der bilanzierenden Unternehmen beträgt der auf Basis der OeNB-internen Datenbanken ermittelte Anteil der Insolvenzen 2,3% und entspricht damit grosso modo dem Datenstand bei externen Datenquellen (KSV: 2,8%; AKV: 2,4%).

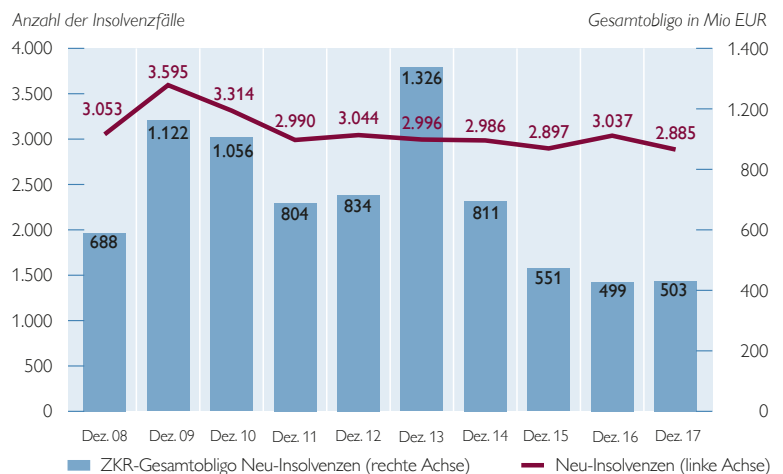
Moderater Rückgang der ZKR-relevanten Neu-Insolvenzen

Grafik 2 zeigt die Insolvenzstatistik ZKR-relevanter österreichischer (protokollierter sowie nicht protokollierter) Unternehmen von 2008 bis 2017. Die Linie repräsentiert die Anzahl der jährlich eröffneten Neu-Insolvenzen; die Balken stehen für das entsprechende ZKR-Gesamtobligo, das die bei österreichischen Instituten ausstehenden Bankverbindlichkeiten der Neu-Insolvenzen widerspiegelt.

Nach 3.037 Neu-Insolvenzen im Jahr 2016 wurden 2017 insgesamt 2.885 Neu-Insolvenzen österreichischer (protokollierter sowie nicht protokollierter) Unternehmen in der OeNB-Stammdatenbank erfasst (Grafik 2). Dies entspricht einem Rückgang von 5,0% im Vorjahresvergleich. Diese Entwicklung entspricht auch den in Presseaussendungen gemeldeten Ergebnissen von externen Datenquellen. So berichtete der KSV bereits in seiner Hochrechnung zur Insolvenzstatistik für die ersten drei Quartale 2017⁵ von einem Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um fast 5,0%.

Zuletzt war im Jahr 2015 ein Rückgang der Anzahl der Neu-Insolvenzen (-3,0%; 2.897 Neu-Insolvenzen) zu beobachten. Dem folgte 2016 ein Anstieg (+4,8%; 3.037 Neu-Insolvenzen). Hinsichtlich des Volumens nimmt das ZKR-Gesamtobligo der Neu-Insolvenzen seit dem Ausreißer⁶ im Jahr 2013 eine rückläufige Entwicklung und stagniert zuletzt auf dem bislang niedrigsten Niveau.

Insolvenzstatistik ZKR-relevanter Kreditnehmer für Österreich (Q1 bis Q4 17)



⁴ Als Basis wurden Daten von Unternehmen zu deren letztverfügbarem Bilanzstichtag herangezogen.

⁵ Siehe https://www.ksv.at/sites/default/files/assets/documents/170921_ksv1870_pa_unternehmensinsolvenzen_q1-3_2017_hr_final.pdf

⁶ Der Anstieg beim Wert für 2013M12 in Grafik 3 erklärt sich u. a. durch die Großinsolvenz der ALPINE Bau GmbH, die am 4. Juli 2013 vonseiten des Handelsgerichts Wien das SigelVK (Änderung von Sanierungs- in Konkursverfahren) erhielt. Mit 6. Juli 2013 wurde dieser Eintrag in der OeNB-Stammdatenbank gesetzt.

Neu-Insolvenzen: Unterschiede auf regionaler Ebene und nach Branchen

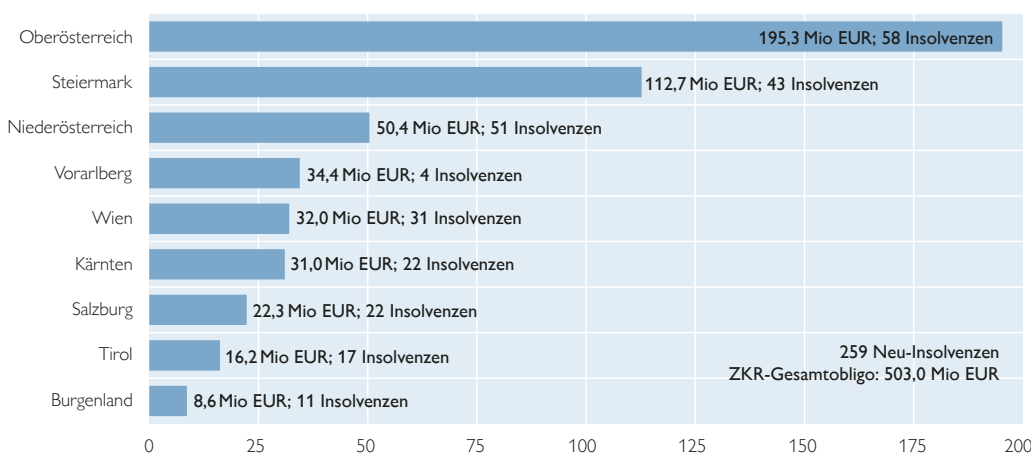
Die Grafiken 3 und 4 zeigen die Neu-Insolvenzen im Jahr 2017 von (protokollierten sowie nicht protokollierten) Unternehmen mit dem jeweiligen ZKR-Gesamtobligo, verteilt nach Bundesländern (Grafik 3) bzw. nach Branchen (Grafik 4).

Bei den Neu-Insolvenzen nach Bundesländern (Grafik 3) beläuft sich das ZKR-Gesamtobligo im Jahr 2017 auf 503,0 Mio EUR. Insgesamt verteilt sich dieses Volumen auf 259 insolvente protokollierte sowie nicht protokollierte Unternehmen. Im Vorjahresvergleich wird damit ein Rückgang um 15,6% ersichtlich. Grafik 3

Grafik 3

Verteilung der Neu-Insolvenzen auf Basis der ZKR, nach Bundesländern (Q1 bis Q4 17)

Gesamtobligo in Mio EUR

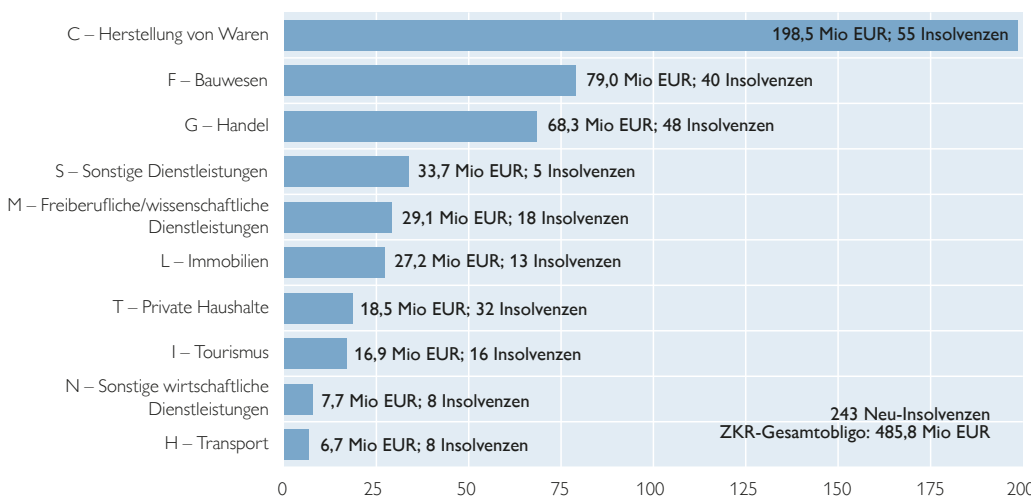


Quelle: OeNB-Stammdatenbank, ZKR.

Grafik 4

Verteilung der Neu-Insolvenzen auf Basis der ZKR, nach Top-10-Branchen (Q1 bis Q4 17)

Gesamtobligo in Mio EUR



Quelle: OeNB-Stammdatenbank, ZKR.

zeigt, dass die Neu-Insolvenzen mit den höchsten Bankverbindlichkeiten regional betrachtet in Oberösterreich, der Steiermark und in Niederösterreich vorlagen.

Nach Branchen betrachtet gab es die größten Neu-Insolvenzen in den Bereichen Herstellung von Waren, Bauwesen und Handel (Grafik 4). Sowohl auf Bundesländer-ebene als auch auf Branchenebene decken sich diese Analyseergebnisse mit jenen der externen Datenquellen.⁷

Prognose für das Jahr 2018

Laut KSV wird auf den Weltmärkten für das Jahr 2018 von deutlichen Wachstumsimpulsen ausgegangen, womit bislang unterbliebene Investitionen folgen werden. Durch die damit ausgelöste Konjunkturbelebung wird erwartet, dass das Euro-Zinsniveau vorsichtig, aber dennoch spürbar steigt. So rechnet der KSV frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2018 mit einem Zinsanstieg. Damit ist absehbar, dass die Anzahl der Insolvenzen im Jahr 2018 nicht mehr zurückgehen, sondern – voraussichtlich in einem niedrigen einstelligen Bereich – wieder zunehmen wird.⁸ Die aktuellen Insolvenzstatistiken von KSV⁹ und Creditreform¹⁰ bestätigen diese Erwartung und zeigen bereits für das erste Quartal 2018 geringfügige Zuwächse bei den Unternehmensinsolvenzen.

Auf europäischer Ebene erwartet Atradius¹¹ für das Jahr 2018 mit rund 4 % in Großbritannien den stärksten Anstieg bei Unternehmensinsolvenzen (2017: +2 %).¹² Erstmals seit 2011 steigt in Großbritannien die Anzahl gemeldeter Unternehmensinsolvenzen wieder an. Grund dafür ist die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem geplanten Austritt von Großbritannien aus der Europäischen Union und ihren Folgen – die steigenden Konsumkosten und der Inflationsanstieg um +2,7 % vom Frühjahr 2017 dämpfen den Konsum. Insbesondere in konsumnahen Branchen wie dem Einzelhandel und importabhängigen Branchen wie der Baubranche ist mit weiteren Insolvenzen zu rechnen. Aufgrund des noch ungewissen Ausgangs der Austrittsverhandlungen sind die Auswirkungen auf die EU noch moderat. Insgesamt liegen die Unternehmensinsolvenzen in der EU weiterhin 50 % über dem Vorkrisenniveau von 2007.

⁷ So nennt beispielsweise der AKV ebenfalls Oberösterreich als am stärksten von Großinsolvenzen betroffenes Bundesland (insbesondere verursacht durch die Insolvenz der Textilreinigungsgruppe Wozabal).

⁸ Siehe https://www.ksv.at/sites/default/files/assets/documents/171231_ksv1870_insolvenzstatistik-unternehmen_2017.pdf

⁹ Siehe Pressemitteilung des KSV1870 vom 11. April 2018: https://www.ksv.at/sites/default/files/assets/documents/180331_ksv1870_insolvenzstatistik-unternehmen_qi2018_0.pdf

¹⁰ Siehe OTS- Pressemitteilung der Creditreform vom 17. April 2018: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180417_OTS0006/creditreform-firmeninsolvenzstatistik-1-quartal-2018-23-insolvenzverfahren-prowerktag-anhang

¹¹ International tätiger Kreditversicherer, der Kreditversicherungen, Bürgschaften und Inkassodienste in über 50 Ländern anbietet. Als Teil der Grupo Catalana Occidente (GCO.MC) gehört Atradius zu den größten spanischen Versicherern und weltweit zu den größten Kreditversicherern.

¹² Das geht aus einer Analyse des internationalen Kreditversicherers hervor, in der die Wahrscheinlichkeit von Firmenkursen in 17 europäischen Ländern sowie in Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und den USA untersucht wird. Siehe Pressemitteilung vom 25. September 2017: <https://atradius.de/presse/2018-st%C3%A4rkster-insolvenzanstieg-in-gro%C3%9Fbritannien.html>

DATEN

Redaktionsschluss: 31. Juli 2018

Die jeweils aktuellsten Daten sowie weitere Indikatoren können auf der OeNB-Website www.oenb.at abgerufen werden:

Statistische Daten: www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html

Dynamische Abfrage: www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie

Veröffentlichungskalender: www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE

Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	101
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	102
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	103
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	104
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	105
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	106
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	107
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	108
9 Sonstige Finanzintermediäre	109
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	110
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	111
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	112
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	113
14 Direktinvestitionen	114

Tabelle 1

Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3

Periodenstand	2015	2016	2017	Dez. 17	Jän. 18	Feb. 18	März 18	Apr. 18	Mai 18
<i>in Mio EUR</i>									
M3 (M2 + 1. + 2. + 3.)	297.132	313.729	326.963	326.963	330.290	329.735	333.397	338.147	334.265
1. Einlagen aus Repo-Geschäften ⁵	x	x	x	x	x	x	x	x	x
2. Begebene Geldmarktfondsanteile ²	82	73	54	54	53	52	51	51	51
3. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren ²	5.646	4.000	2.231	2.231	2.946	3.060	2.406	2.483	2.877
M2 (M1 + 4. + 5.)	291.354	309.436	324.577	324.577	327.192	326.520	330.833	335.509	331.233
4. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	108.326	101.261	94.374	94.374	93.814	93.225	90.152	89.225	88.616
5. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	4.918	5.201	3.910	3.910	3.837	3.889	4.027	4.196	4.066
M1 (6.)	178.110	202.974	226.292	226.292	229.542	229.406	236.654	242.088	238.552
6. Täglich fällige Einlagen	178.110	202.974	226.292	226.292	229.542	229.406	236.654	242.088	238.552
Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten									
Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	50.075	48.825	44.577	44.577	43.774	44.934	45.140	44.837	44.718
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs (ohne Zentralstaaten) im Euroraum	0	66	50	50	50	59	56	56	56
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren ²	114.007	97.964	91.104	91.104	98.288	99.035	99.613	100.168	99.702
Kapital und Rücklagen ³	86.139	83.635	78.745	78.745	78.635	78.288	79.033	79.105	78.440
Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum⁴									
Öffentliche Haushalte	101.519	118.147	122.241	122.241	121.610	122.372	121.053	122.461	122.212
Sonstige Nicht-MFIs	384.818	392.314	398.066	398.066	408.040	409.322	409.766	409.947	414.669
Buchkredite	339.923	343.289	353.713	353.713	355.262	357.013	357.829	357.961	362.897
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	88.092	73.433	70.610	70.610	58.587	61.710	68.188	66.054	67.351

Quelle: OeNB.

¹ Ohne Bargeldumlauf.

² Positionen sind um entsprechende Forderungen an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

³ Die Position „Kapital und Rücklagen“ ist um Aktien und sonstige Anteilsrechte an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

⁴ Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für nicht titrierte Kredite der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

⁵ Exklusive Repogeschäfte mit Clearinghäusern.

Ausleihungen¹ innerhalb und außerhalb des Euroraums

	2015	2016	2017	Dez. 17	Jän. 18	Feb. 18	März 18	Apr. 18	Mai 18
<i>in Mio EUR</i>									
Ausleihungen im Euroraum									
Nichtbanken Finanzintermediäre	28.271	27.664	25.756	25.756	26.120	25.169	25.598	26.108	28.669
Vertragsversicherungen und Pensionskassen	108	236	135	135	1.125	1.164	1.027	1.076	1.216
Nichtfinanzielle Unternehmen	160.362	158.458	167.282	167.282	167.842	170.136	170.734	170.241	170.617
Private Haushalte	151.182	156.930	160.541	160.541	160.143	160.512	160.438	160.504	162.364
Ausleihungen für Konsumzwecke	19.956	18.925	19.082	19.082	19.021	19.012	19.235	18.271	18.631
Ausleihungen für Wohnbau	96.926	101.167	104.296	104.296	104.305	104.613	105.714	106.222	107.305
Sonstige Ausleihungen	34.300	36.838	37.163	37.163	36.817	36.887	35.490	36.011	36.427
Öffentliche Haushalte	29.040	28.428	24.610	24.610	24.901	24.829	23.851	25.136	24.961
Ausleihungen außerhalb des Euroraums									
Banken	38.123	30.849	33.472	33.472	41.945	45.817	38.911	40.234	45.662
Nichtbanken	57.441	48.088	41.937	41.937	42.109	42.300	45.775	46.971	42.845
Öffentliche Haushalte	3.366	3.227	2.681	2.681	2.628	2.603	2.590	2.634	2.582

Quelle: OeNB.

¹ Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für Ausleihungen der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

Tabelle 3

Kundenzinssätze¹ – Neugeschäft

	2015	2016	2017	Dez. 17	Jän. 18	Feb. 18	März 18	Apr. 18	Mai 18
	in %								
Einlagenzinssätze²									
von privaten Haushalten³									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	0,38	0,31	0,24	0,2	0,23	0,21	0,19	0,21	0,2
1 bis 2 Jahre	0,44	0,38	0,35	0,35	0,37	0,32	0,33	0,37	0,33
über 2 Jahre	0,86	0,77	0,66	0,84	0,71	0,68	0,65	0,57	0,57
von nichtfinanziellen Unternehmen³									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	0,3	0,23	0,1	0,06	0,12	0,15	0,11	0,06	0,25
Kreditzinssätze²									
an private Haushalte³									
für Konsum	4,81	5,12	4,96	4,62	5,00	5,04	5,03	5,04	5,12
Effektivzinssatz ⁴	6,93	7,01	6,80	6,23	6,87	6,95	6,96	7,37	7,41
Wohnbau	2,02	1,92	1,88	1,82	1,81	1,82	1,82	1,83	1,82
Effektivzinssatz ⁴	2,46	2,37	2,27	2,13	2,18	2,20	2,25	2,27	2,26
für sonstige Zwecke	2,26	2,18	2,00	1,97	1,92	1,97	2,07	2,09	1,91
freie Berufe	2,34	2,27	2,18	2,16	2,18	2,20	2,13	2,23	2,08
an nichtfinanzielle Unternehmen³									
Kredite bis 1 Mio EUR	2,02	1,92	1,80	1,75	1,83	1,79	1,83	1,85	1,85
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	2,04	1,78	1,42	1,39	1,40	1,26	1,34	1,41	1,42
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,47	2,21	1,94	1,84	1,95	2,00	1,97	1,95	1,94
Kredite über 1 Mio EUR	1,61	1,54	1,45	1,45	1,42	1,31	1,55	1,35	1,43
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,43	1,28	1,08	1,16	0,91	0,85	0,98	1,03	0,91
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,38	2,15	1,71	1,64	1,72	1,69	1,89	1,49	1,73

Quelle: OeNB.

¹ Der Zinssatz ist der vereinbarte annualisierte Jahreszinssatz in Prozent pro Jahr. In diesem Zinssatz sind nur etwaige unterjährige Zinskapitalisierungen, aber keine sonstigen Kosten enthalten.

² In Euro.

³ Der Subsektor „freie Berufe und selbstständig Erwerbstätige“ war bis einschließlich Mai 2004 Teil des Sektors „nichtfinanzielle Unternehmen“ und ist seit Juni 2004 im Sektor „private Haushalte“ enthalten.

⁴ Ohne „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

Anmerkung: Aufgrund der Änderung bei der Methodik der Meldungserhebung kommt es im Jänner 2017 zu Zeitreihenbrüchen.

Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD¹

	2015	2016	2017	Q1 15	Q1 16	Q1 17	Q1 18
<i>in Mio EUR</i>							
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	58.639	66.168	71.449	41.642	57.339	78.111	83.367
Kredite und Forderungen	734.897	647.983	668.212	779.779	743.016	661.278	670.938
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente und andere nicht festverzinsten Wertpapiere	171.108	155.543	138.748	181.800	172.096	153.501	139.899
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert ²	33.893	29.058	21.545	46.928	36.225	26.738	20.191
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	19.965	18.329	19.874	19.185	19.870	18.679	20.203
Materielle Vermögenswerte	15.943	10.344	9.697	13.062	15.342	10.191	9.404
Immaterielle Vermögenswerte	3.011	2.661	2.970	3.105	2.975	2.641	2.966
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	18.620	16.163	16.367	19.941	20.667	17.530	20.014
Aktiva insgesamt	1.056.075	946.248	948.861	1.105.442	1.067.529	968.670	966.982
Einlagen von Zentralbanken	16.423	10.905	23.952	17.934	16.780	20.679	23.873
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	129.211	111.560	100.990	161.785	130.915	120.845	108.614
Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken	575.113	534.265	558.622	563.205	584.567	541.680	567.267
Schuldverschreibungen und andere finanzielle Verbindlichkeiten ⁴	165.583	139.545	120.888	179.419	157.242	137.727	123.053
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	26.208	20.393	14.757	38.687	28.068	18.133	13.076
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	870	922	773	1.334	906	966	911
Nachrangige Verbindlichkeiten	21.738	18.593	15.521	21.488	22.753	17.774	15.718
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	0	0	0	0
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	5.216	4	109	1.286	4.867	3	8
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	24.373	22.070	19.430	26.307	28.116	20.916	18.628
Rückstellungen	13.086	12.399	12.072	15.859	12.950	12.640	12.341
Eigenkapital und Fremdanteile ³	78.256	75.590	81.747	78.137	80.363	77.308	83.493
Passiva insgesamt	1.056.075	946.248	948.861	1.105.442	1.067.529	968.670	966.982

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute.

Im Rahmen des Belegs „Vermögens- und Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute insgesamt (CBD 66)“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

² Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt.³ Darin enthalten sind auch „Fonds für allgemeine Bankrisiken“.⁴ Ab Berichtstermin März 2018 werden hier nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten von FINREP-Data-Point-Meldern exkludiert.

Anmerkung: Datenstand 26. Juli 2018. Ab Berichtstermin März 2018 Umstellung auf IFRS 9 und Einbeziehung der nGAAP-FINREP Erhebungen.

Tabelle 5

Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors¹ gemäß Teil 2 und 3 CRR

	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17	Q1 18
	<i>in Mio EUR</i>				
Eigenmittel	80.721	83.001	82.823	83.157	84.191
Kernkapital	66.329	68.759	68.920	69.623	71.544
Hartes Kernkapital	65.798	67.772	67.357	68.101	68.913
Zusätzliches Kernkapital	530	987	1.563	1.522	2.631
Ergänzungskapital (T2)	14.392	14.242	13.903	13.534	12.647
Gesamtrisikobetrag	444.707	448.304	451.109	450.989	456.246
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	383.048	384.539	386.072	389.214	395.033
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	6	10	6	2	4
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	9.988	9.291	9.075	9.019	8.795
Gesamtbetrag der Risikopositionen für operationelle Risiken	48.630	49.335	51.116	48.088	47.703
Zusätzlicher Risikopositionsbeitrag aufgrund fixer Gemeinkosten ²	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung	2.927	2.623	2.322	2.202	2.257
Gesamtbetrag der Risikopositionen in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch ³	63	41	54	0	0
Sonstige Risikopositionsbeträge ⁴	45	2.464	2.464	2.464	2.454
	<i>in %</i>				
Harte Kernkapitalquote (CET1)	14,80	15,12	14,93	15,10	15,10
Kernkapitalquote (T1)	14,92	15,34	15,28	15,44	15,68
Gesamtkapitalquote	18,15	18,51	18,36	18,44	18,45
	<i>Anzahl</i>				
Anzahl der Banken	499	499	499	488	468

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Eigenmittel gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD (Consolidated Banking Data) 67“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Eigenmittelausstattung des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

² Nur von Investmentfirmen zu melden.

³ Artikel 92(3) Punkt (b) (ii) und 395 bis 401 CRR.

⁴ Artikel 3, 458, 459.

Anmerkung: Datenstand 26. Juli 2018.

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD¹

	Q1 17	Q1 18
	in Mio EUR	
Zinsergebnis	3.656	3.684
Hievon: Zinsen und ähnliche Erträge	5.864	5.890
Hievon: Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.209	2.206
(auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) ¹	0	0
Dividendenerträge ⁵	145	42
Provisionsergebnis	1.734	1.777
Hievon: Provisionserträge	2.348	2.400
Hievon: Provisionsaufwand	614	623
Handelserfolg	245	181
Hievon: Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	94	76
Hievon: Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	-8	-46
Hievon: Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	160	152
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto ²	0	0
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zu Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto ¹	0	-6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	74	-61
Hievon: Sonstige betriebliche Erträge	763	749
Hievon: (Sonstige betriebliche Aufwendungen)	689	810
BETRIEBSERTRÄGE, NETTO	5.854	5.618
(Verwaltungsaufwendungen)	3.640	3.657
Hievon: (Personalaufwendungen)	2.079	2.036
Hievon: (Sachaufwendungen)	1.561	1.622
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen)	455	240
Hievon: (Abschreibungen von Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und sonstigen immateriellen Vermögenswerten)	249	257
Hievon: (Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	26	-8
Hievon: (Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	180	-10
BETRIEBSERGEBNIS	1.759	1.721
(Saldo aus Wertberichtigungen, Wertminderungen/Wertaufholungen und Rückstellungen)³	168	-197
Hievon: (Wertberichtigungen für mit Anschaffungskosten bewertete Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	0	-175
Hievon: (Wertberichtigungen im Kreditgeschäft)	172	0
Hievon: (Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	-82	-37
Hievon: (Sonstige Rückstellungen)	83	-7
Hievon: (Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	0	22
Hievon: (Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-5	0
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	289	312
Sonstiger Saldo in Summe	-2	-6
Hievon: Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	0	0
Hievon: Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuft, langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen ¹	-2	2
Hievon: Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto ¹	0	-8
Hievon: Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust vor Steuern ²	0	0
PERIODENERGEBNIS VOR STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	1.878	2.224
(Ertragssteuern)	304	388
PERIODENERGEBNIS NACH STEUERN UND VOR MINDERHEITENANTEILEN	1.574	1.837
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern ²	0	0
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern ¹	22	-1
PERIODENERGEBNIS	1.596	1.837
(Fremdanteile)	138	148
PERIODENERGEBNIS NACH STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	1.459	1.688

Quelle: OeNB.

¹ Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS-Meldern dargestellt.² Für diese Positionen werden lediglich Daten von UGB-Meldern dargestellt.³ **Saldo aus Wertberichtigungen, Wertminderungen/Wertaufholungen und Rückstellungen (ab Q1/2018)** = Wertberichtigungen für mit Anschaffungskosten bewertete Darlehen, Kredite und Schuldtitel + Rückstellungen/Wertaufholungen für Kreditrisiko + sonstige Rückstellungen + sonstige Wertminderungen/Wertaufholungen bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten.**Saldo aus Wertberichtigungen, Wertminderungen/Wertaufholungen und Rückstellungen (bis Q4/2017)** = Wertberichtigungen im Kreditgeschäft + Rückstellungen/Wertaufholungen für Kreditrisiko + sonstige Rückstellungen + Wertminderungen/Wertaufholungen bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten.⁴ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute.

Im Rahmen des Belegs „Vermögens- und Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute insgesamt (CBD 66)“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

⁵ Ab Berichtstermin März 2018 werden hier Dividendenerträge exklusive Erträge aus Beteiligungen dargestellt.

Anmerkung: Datenstand 26. Juli 2018. Abzugsposten in Klammern dargestellt.

Tabelle 7

Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)

	2015		2016		2017		Q4 17		Q1 18	
	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	523	0,3	568	0,3	644	0,4	644	0,4	632	0,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	352	0,2	351	0,2	440	0,3	440	0,3	473	0,3
Herstellung von Waren	21.712	13,6	21.466	12,7	21.312	12,3	21.312	12,3	21.651	12,3
Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	6.312	4,0	5.936	3,5	5.595	3,2	5.595	3,2	5.328	3,0
Bau	10.464	6,6	10.872	6,5	12.596	7,3	12.596	7,3	12.957	7,4
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	15.766	9,9	15.084	8,9	15.000	8,6	15.000	8,6	15.338	8,7
Beherbergung und Gastronomie	7.130	4,5	7.290	4,3	7.511	4,3	7.511	4,3	7.380	4,2
Verkehr und Lagerei	7.528	4,7	7.791	4,6	7.751	4,5	7.751	4,5	7.596	4,3
Information und Kommunikation	1.469	0,9	1.290	0,8	1.234	0,7	1.234	0,7	1.195	0,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	53.230	33,4	54.413	32,3	57.720	33,2	57.720	33,2	58.682	33,5
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	12.132	7,6	19.215	11,4	19.974	11,5	19.974	11,5	20.357	11,6
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.103	3,2	5.429	3,2	5.767	3,3	5.767	3,3	5.526	3,2
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	1.601	1,0	1.786	1,1	1.580	0,9	1.580	0,9	1.472	0,8
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.413	0,9	1.368	0,8	1.450	0,8	1.450	0,8	1.502	0,9
Solidarkreditnehmergruppen	14.481	9,1	15.700	9,3	15.080	8,7	15.080	8,7	15.238	8,7
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	159.216		168.558		173.652		173.652		175.327	
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	159.216	21,0	168.558	23,1	173.652	24,2	173.652	24,2	175.327	23,9
Sonstige inländische Kreditnehmer	27.329	3,6	27.802	3,8	27.597	3,8	27.597	3,8	27.452	3,7
Öffentlicher Sektor	68.870	9,1	67.657	9,3	61.182	8,5	61.182	8,5	58.955	8,0
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	222.484	29,4	206.530	28,3	207.085	28,9	207.085	28,9	214.176	29,2
Ausland¹	154.890	20,4	132.133	18,1	127.387	17,8	127.387	17,8	135.688	18,5
Euroraum ohne Österreich	125.193	16,5	128.124	17,5	120.470	16,8	120.470	16,8	122.453	16,7
Summe Kredite gem. ZKR – alle Sektoren	757.983		730.803		717.372		717.372		734.051	

Quelle: OeNB.

¹ Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt

	2015		2016		2017		Q4 17		Q1 18	
	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	516	98,7	559	98,4	625	97,0	625	97,0	612	96,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	331	94,0	327	93,2	414	94,1	414	94,1	446	94,3
Herstellung von Waren	20.302	93,5	20.021	93,3	19.885	93,3	19.885	93,3	20.226	93,4
Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	5.772	91,4	5.496	92,6	5.050	90,3	5.050	90,3	4.828	90,6
Bau	10.157	97,1	10.543	97,0	12.299	97,6	12.299	97,6	12.651	97,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	14.613	92,7	14.055	93,2	14.065	93,8	14.065	93,8	14.367	93,7
Beherbergung und Gastronomie	6.929	97,2	7.098	97,4	7.330	97,6	7.330	97,6	7.206	97,6
Verkehr und Lagerei	5.940	78,9	6.038	77,5	5.993	77,3	5.993	77,3	5.792	76,3
Information und Kommunikation	1.086	73,9	1.011	78,4	952	77,1	952	77,1	913	76,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	50.150	94,2	51.919	95,4	55.270	95,8	55.270	95,8	56.300	95,9
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	11.223	92,5	17.580	91,5	18.618	93,2	18.618	93,2	19.027	93,5
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	4.496	88,1	4.843	89,2	5.068	87,9	5.068	87,9	4.800	86,9
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	1.359	84,9	1.500	84,0	1.292	81,8	1.292	81,8	1.185	80,5
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.301	92,1	1.262	92,3	1.324	91,3	1.324	91,3	1.373	91,4
Solidarkreditnehmergruppen	14.406	99,5	15.595	99,3	14.986	99,4	14.986	99,4	15.161	99,5
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	148.581	93,3	157.847	93,6	163.173	94,0	163.173	94,0	164.887	94,0
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	148.581	93,3	157.847	93,6	163.173	94,0	163.173	94,0	164.887	94,0
Sonstige inländische Kreditnehmer	27.076	99,1	27.575	99,2	27.399	99,3	27.399	99,3	27.259	99,3
Öffentlicher Sektor	60.770	88,2	59.545	88,0	51.326	83,9	51.326	83,9	49.169	83,4
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	199.415	89,6	183.706	88,9	187.039	90,3	187.039	90,3	194.140	90,6
Ausland ²	141.480	91,3	119.036	90,1	110.413	86,7	110.413	86,7	118.971	87,7
Euroraum ohne Österreich	99.527	79,5	102.177	79,7	92.528	76,8	92.528	76,8	94.789	77,4
Summe Kredite gem. ZKR – Kreditinstitute insgesamt	676.848	89,3	649.887	88,9	631.877	88,1	631.877	88,1	649.215	88,4

Quelle: OeNB.

¹ Bezogen auf alle Sektoren (siehe Tabelle 7).² Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Tabelle 9

Sonstige Finanzintermediäre

	2015	2016	2017	Q4 16	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17	Q1 18
<i>in Mio EUR</i>									
Investmentfonds									
Bereinigtes Fondsvolumen (abzüglich der „Fonds-in-Fonds“-Veranlagungen)	143.249	148.685	156.179	148.685	151.179	151.762	153.720	156.179	154.436
Veränderung des bereinigten Fondsvolumens	4.607	4.753	7.494	378	2.494	582	1.958	2.459	-1.742
Bereinigte Nettomittelveränderung	3.960	628	3.383	125	680	647	899	1.156	887
Kapitalveränderung durch Ausschüttungen zum Ex-Tag	2.223	1.654	1.528	637	342	262	206	718	341
Kapitalveränderung durch Kurswertveränderungen und Erträge	2.870	5.779	5.639	890	2.156	197	1.265	2.021	-2.288
Pensionskassen									
Vermögensbestand	19.527	20.882	22.234	20.882	21.443	21.694	21.933	22.234	22.224
in Euro	19.023	20.488	21.770	20.488	21.054	21.307	21.464	21.770	21.719
in Fremdwährung	504	394	464	394	390	387	468	464	504
Inländische Investmentzertifikate	16.276	17.140	18.197	17.140	17.632	17.751	17.938	18.197	17.997
Ausländische Investmentzertifikate	2.081	2.656	3.001	2.656	2.774	2.913	3.039	3.001	3.224
Versicherungen¹									
Inländische Schuldverschreibungen	x	16.447	15.854	16.447	16.130	16.218	15.857	15.854	15.691
Ausländische Schuldverschreibungen	x	37.841	39.053	37.841	37.391	38.034	38.910	39.053	38.591
Inländische Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere	x	17.257	16.105	17.257	17.505	18.003	18.422	16.105	15.892
Ausländische Anteilswerte und sonstige ausländische Wertpapiere	x	5.125	5.286	5.125	5.043	5.102	5.227	5.286	5.395
Investmentfondsanteile	x	33.665	34.538	33.665	33.463	33.385	33.795	34.538	33.957
Summe der Aktiva	x	138.938	137.272	138.938	139.299	140.228	140.650	137.272	137.302

Quelle: OeNB.

¹ Seit Q32016 wird die Versicherungsstatistik gem. EZB-VO 2014/50 anhand der aufsichtsrechtlichen Solvency II-Daten gem. RL 2009/138/EG erhoben.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen im ersten Quartal 2018

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
<i>Bestände in Mio EUR</i>										
Geldvermögen										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	11.601	11.601	x	x	x	x	x	x	2.049
Bargeld	1.556	5.773	5.727	0	20	26	0	22.779	0	3.746
Täglich fällige Einlagen	57.996	126.851	106.823	6.204	9.144	3.853	828	142.237	5.802	84.365
Sonstige Einlagen	15.713	166.915	157.567	1.212	7.469	510	157	102.289	1.442	51.181
Kurzfristige Kredite	34.112	69.313	65.817	5	2.525	967	0	1.767	0	22.746
Langfristige Kredite	94.063	386.523	361.815	204	19.509	4.980	15	212	15	79.218
Handelskredite	50.002	178	120	0	58	0	0	2	1	18.241
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	36	1.619	1.140	454	9	15	0	1.450	11	8.980
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5.526	308.096	169.316	81.411	3.000	54.006	364	28.685	1.369	290.473
Börsennotierte Aktien	26.052	55.667	4.509	25.836	23.960	1.359	4	24.723	912	60.616
Nicht börsennotierte Aktien	41.806	85.808	22.118	129	56.106	7.386	68	2.724	453	25.715
Investmentzertifikate	12.166	149.858	16.017	59.934	17.554	34.756	21.598	59.270	2.760	20.475
Sonstige Anteilsrechte	180.265	101.074	29.321	1.843	65.303	4.607	0	114.137	1.349	165.577
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	80.570	x	1.997
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3.739	3.189	0	0	0	3.189	0	4.759	0	21
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	42.449	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	10.765	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	9.102	14.707	6.713	4	6.493	1.365	133	7.574	9	6.556
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	532.136	1.487.171	958.603	177.235	211.148	117.018	23.166	646.391	14.125	841.955
<i>Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR</i>										
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	81	944	935	0	-2	10	0	642	0	482
Täglich fällige Einlagen	6.401	12.865	10.239	-80	1.796	568	341	16.587	751	4.203
Sonstige Einlagen	-1.360	-3.249	-4.239	-347	1.671	-148	-186	-8.131	-315	-4.401
Kurzfristige Kredite	-748	8.699	7.940	-2	830	-69	0	-21	0	2.375
Langfristige Kredite	534	4.180	4.366	18	-44	-175	15	-181	0	-1.788
Handelskredite	4.761	108	120	0	-12	0	0	46	0	-843
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-12	-1.417	-1.579	163	-9	9	-1	204	-7	-6.011
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-651	3.738	2.158	1.815	-188	-14	-35	-3.068	-159	-2.969
Börsennotierte Aktien	83	634	-148	961	-101	-78	0	-550	1	2.145
Nicht börsennotierte Aktien	-1.041	-174	1.537	-27	-2.097	409	4	-178	-1	-2.647
Investmentzertifikate	1.628	5.500	-77	3.628	1.148	379	423	3.775	145	859
Sonstige Anteilsrechte	11.261	2.813	68	-62	2.816	-9	0	149	-23	13.224
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-694	x	-34
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	-340	-161	0	0	0	-161	0	-433	0	-2
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	-223	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	947	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	438	-3.594	-1.833	21	-1.735	-74	28	1.041	-5	-2.099
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	21.035	30.885	19.488	6.088	4.073	648	589	9.910	386	2.495
Nettogeldvermögen	-260.132	2.952	12.211	-4.757	-10.954	4.387	2.065	462.154	10.987	-20.725
Finanzierungssaldo	2.201	11.369	3.553	211	6.292	1.151	162	5.419	279	-18.071

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten im ersten Quartal 2018

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	2.049	2.049	x	x	x	x	x	x	11.601
Bargeld	x	31.758	31.758	x	x	x	x	x	x	2.277
Täglich fällige Einlagen	x	408.353	408.353	x	x	x	x	x	x	31.529
Sonstige Einlagen	x	257.597	257.597	x	x	x	x	x	x	87.390
Kurzfristige Kredite	47.185	12.314	0	241	9.488	2.578	7	10.337	458	55.972
Langfristige Kredite	247.500	28.623	0	272	27.169	1.168	14	171.402	2.461	107.346
Handelskredite	45.828	46	13	0	33	0	0	44	0	21.310
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	572	3.185	3.082	x	103	0	0	x	x	1.647
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	40.617	142.391	127.889	0	10.404	4.098	0	x	x	187.243
Börsennotierte Aktien	91.051	41.288	32.832	x	2.082	6.374	x	x	x	49.959
Nicht börsennotierte Aktien	33.667	60.141	47.962	574	3.612	7.823	170	x	x	79.959
Investmentzertifikate	x	180.902	51	180.851	0	0	x	x	x	73.509
Sonstige Anteilsrechte	256.779	176.318	20.980	51	155.256	31	0	x	8	135.950
Lebensversicherungsansprüche	x	78.093	x	x	0	78.093	x	x	x	4.474
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	8.899	x	x	0	8.899	x	x	x	2.809
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	11.497	30.837	7.685	x	0	2.242	20.910	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	10.765	0	0	10.765	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	17.572	10.663	6.142	3	3.192	1.326	0	2.456	211	9.705
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	792.268	1.484.220	946.393	181.992	222.102	112.631	21.102	184.238	3.139	862.680

Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

Finanzierung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	x	1.429	1.429	x	x	x	x	x	x	756
Täglich fällige Einlagen	x	43.788	43.788	x	x	x	x	x	x	-3.403
Sonstige Einlagen	x	-22.304	-22.304	x	x	x	x	x	x	8.618
Kurzfristige Kredite	5.484	1.663	0	47	710	912	-6	585	37	2.334
Langfristige Kredite	5.825	-1.970	0	-8	-1.893	-69	-1	3.931	64	-4.274
Handelskredite	1.991	3	1	0	2	0	0	4	0	2.023
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-66	-2.522	-2.569	x	48	0	0	x	x	-1.379
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-836	-7.331	-5.245	x	-2.659	572	0	x	x	-2.256
Börsennotierte Aktien	-1.792	1.873	84	x	1.789	0	0	x	x	2.231
Nicht börsennotierte Aktien	-2.581	-1.861	134	x	-1.984	1	0	x	x	-326
Investmentzertifikate	x	5.807	-14	5.821	0	0	0	x	x	6.493
Sonstige Anteilsrechte	11.521	2.234	1.586	-20	665	3	0	x	0	12.526
Lebensversicherungsansprüche	x	-1.015	0	x	0	-1.015	0	x	x	287
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-1.018	0	x	0	-1.018	0	x	x	83
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-94	-122	-724	x	0	168	434	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	947	0	0	947	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-618	-82	-230	49	155	-56	0	-29	7	-3.147
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	18.833	19.517	15.935	5.877	-2.220	-503	427	4.491	107	20.566
Nettogeldvermögen	-260.132	2.952	12.211	-4.757	-10.954	4.387	2.065	462.154	10.987	-20.725
Finanzierungssaldo	2.201	11.369	3.553	211	6.292	1.151	162	5.419	279	-18.071

Quelle: OeNB.

¹ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslands gegenübergestellt wird.

Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global

		2015	2016	2017	Q2 17	Q3 17	Q4 17	Q1 18
		<i>in Mio EUR</i>						
Leistungsbilanz	Netto	6.622	7.511	6.960	-139	419	2.288	5.293
	Credit	202.605	216.106	230.909	55.990	57.242	59.428	61.434
	Debet	195.983	208.595	223.948	56.128	56.823	57.140	56.141
Güter	Netto	2.089	304	-1.209	-12	-223	-748	814
	Credit	128.747	128.925	138.777	34.685	34.445	35.236	36.877
	Debet	126.658	128.620	139.986	34.697	34.668	35.984	36.063
Dienstleistungen	Netto	10.256	11.073	10.434	772	1.472	2.789	6.027
	Credit	53.253	55.366	58.865	12.950	14.973	15.045	17.058
	Debet	42.997	44.292	48.431	12.179	13.501	12.256	11.030
Primäreinkommen	Netto	-2.523	-180	729	5	-201	863	-511
	Credit	15.955	27.030	28.083	7.133	6.535	7.618	6.259
	Debet	18.478	27.210	27.355	7.128	6.736	6.755	6.769
Sekundäreinkommen	Netto	-3.201	-3.686	-2.993	-904	-629	-616	-1.037
	Credit	4.650	4.786	5.183	1.221	1.289	1.529	1.240
	Debet	7.850	8.472	8.176	2.125	1.918	2.145	2.278
Vermögensübertragungen	Netto	-1.727	-593	-272	-65	-68	-95	-46
	Credit	634	758	307	50	58	106	293
	Debet	2.361	1.351	579	115	125	201	339
Kapitalbilanz	Netto	4.298	9.977	8.723	4.421	4.359	2.333	6.957
Direktinvestitionen i.w.S.	Netto	5.696	1.268	1.568	-548	-1.832	2.425	-568
Forderungen	Netto	-2.074	-26.303	13.603	-797	1.851	7.372	3.725
Verpflichtungen	Netto	-7.770	-27.571	12.035	-249	3.684	4.947	4.293
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	5.149	4.955	1.120	-436	-2.076	2.599	-517
Im Ausland	Netto	6.294	-3.182	9.666	-918	-734	9.073	2.913
In Österreich	Netto	1.145	-8.137	8.545	-483	1.341	6.473	3.430
Portfolioinvestitionen	Netto	14.054	23.566	19.397	5.469	680	4.598	1.555
Forderungen	Netto	743	5.322	7.662	3.249	531	1.956	-387
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	5.105	8.212	9.558	2.111	2.925	2.202	1.188
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-3.590	-2.982	-653	1.666	-2.426	432	-1.460
Geldmarktpapiere	Netto	-772	92	-1.243	-528	31	-677	-115
Verpflichtungen	Netto	-13.311	-18.244	-11.736	-2.220	-150	-2.642	-1.941
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	1.276	1.089	4.594	1.051	860	1.571	-1.442
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-10.472	-20.392	-11.782	-646	356	-587	-2.105
Geldmarktpapiere	Netto	-4.115	1.059	-4.548	-2.625	-1.366	-3.626	1.605
Sonstige Investitionen	Netto	-14.612	-14.912	-8.223	2.135	7.004	-4.911	3.683
Forderungen	Netto	-16.672	-18.365	-2.763	4.581	-2.522	-9.273	12.902
davon Handelskredite	Netto	-508	207	1.209	41	39	-13	1.022
davon Kredite	Netto	-1.842	-8.786	-5.573	1.783	622	-2.939	-79
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-14.326	-10.309	1.104	2.490	-3.266	-7.303	12.981
Verpflichtungen	Netto	-2.060	-3.452	5.460	2.446	-9.526	-4.362	9.218
davon Handelskredite	Netto	797	1.147	1.008	-251	640	-97	140
davon Kredite	Netto	4.287	2.739	-2.389	1.326	-3.778	-1.764	1.446
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-7.575	-7.293	7.311	1.124	-6.322	-2.322	7.803
Finanzderivate	Netto	-531	-395	-908	-507	-226	-51	-602
Offizielle Währungsreserven	Netto	-309	451	-3.110	-2.128	-1.267	272	2.889
Statistische Differenz	Netto	-597	3.059	2.036	4.624	4.008	140	1.710

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2014 endgültige Daten, 2015 und 2016 revidierte Daten, 2017 und 2018 provisorische Daten.

Tabelle 13

Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

	Q2 16 – Q1 17			Q2 17 – Q1 18		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
	<i>in Mio EUR</i>					
Dienstleistungen	55.671	45.266	10.406	60.026	48.966	11.060
Gebühren für Lohnveredelung	1.628	1.934	-307	1.671	2.113	-442
Reparaturdienstleistungen	588	643	-53	651	680	-30
Transport	13.114	13.502	-388	14.183	14.370	-188
Internationaler Personentransport	1.522	1.747	-227	1.866	1.927	-61
Frachten	9.361	10.610	-1.250	9.864	11.229	-1.366
Transporthilfsleistungen	1.600	819	780	1.754	878	877
Post- und Kurierdienste	632	324	308	697	336	362
Reiseverkehr	17.246	8.901	8.345	18.688	9.417	9.271
Geschäftsreisen	2.413	1.513	898	2.492	1.442	1.051
Urlaubsreisen	14.835	7.388	7.446	16.195	7.976	8.220
Bauleistungen	708	613	94	776	652	124
Versicherungsdienstleistungen	472	907	-436	439	923	-483
Finanzdienstleistungen	2.218	1.710	508	2.482	1.874	607
Finanzdienstleistungen im engeren Sinn	919	798	121	910	833	78
unterstellte Bankgebühr (FISIM)	1.299	913	387	1.571	1.043	529
Patente, Lizenzen, Franchise und Handelsmarken	980	1.302	-322	1.093	1.488	-395
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	5.650	4.074	1.576	5.885	4.559	1.327
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	12.118	10.508	1.610	13.174	11.650	1.523
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	2.170	852	1.318	2.315	1.060	1.254
Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung und Marktforschung	3.230	3.744	-514	3.349	4.106	-758
Technische Dienstleistungen	3.066	1.884	1.181	3.577	2.080	1.497
Dienstleistungen für Landwirtschaft, Bergbau und Recycling	90	56	32	96	61	34
Operational Leasing	674	264	410	589	281	310
Handelsleistungen	1.013	1.145	-132	1.019	1.279	-260
Übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen	1.875	2.560	-686	2.228	2.784	-557
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Erholung	494	1.073	-580	521	1.140	-619
Regierungsleistungen, a.n.g.	456	98	359	465	99	365
Dienstleistungsverkehr nach Regionen						
EU-28	42.339	35.784	6.553	46.315	38.748	7.567
davon Euroraum-19	33.382	25.709	7.673	36.730	27.902	8.827
davon Deutschland	22.247	13.643	8.603	24.775	14.404	10.371
davon Italien	2.735	2.699	36	2.781	2.880	-99
davon Vereinigtes Königreich	2.232	1.824	407	2.439	1.916	523
davon Ungarn	1.516	1.590	-74	1.599	1.643	-42
Extra-EU-28	13.333	9.481	3.852	13.710	10.217	3.493
davon Schweiz	4.556	2.019	2.537	4.721	2.056	2.664
davon USA	1.826	1.615	210	1.872	2.055	-184
davon Russische Föderation	811	714	96	889	706	183
davon China	549	386	163	572	390	181

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2014 endgültige Daten, 2015 und 2016 revidierte Daten, 2017 und 2018 provisorische Daten.

Transaktionen Aktiver Direktinvestitionen

		2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
		<i>in Mio EUR</i>								
nach Komponenten										
Transaktionen	Netto	7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	6.294	-3.182	9.666
Eigenkapital	Netto	7.846	3.239	12.341	5.523	7.268	-3.040	3.772	-5.540	7.141
Neuinvestitionen (+)	Netto	20.364	12.499	21.981	20.457	20.310	32.554	16.723	17.349	18.675
Desinvestitionen (-)	Netto	12.518	9.260	9.640	14.934	13.042	35.595	12.951	22.889	11.534
Reinvestierte Gewinne	Netto	544	2.210	2.091	947	1.306	-1.114	650	4.800	4.499
Sonstiges DI-Kapital ¹	Netto	-473	1.788	1.332	3.733	3.152	3.607	1.872	-2.443	-1.974
Forderungen (+)	Netto	1.755	1.697	-1.261	1.415	4.502	3.263	1.877	-2.078	-258
Verbindlichkeiten (-)	Netto	2.228	-90	-2.592	-2.318	1.351	-345	5	364	1.716
nach Zielregion										
Global		7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	6.294	-3.182	9.666
EU-28		3.074	1.137	7.125	3.215	9.549	1.502	3.656	3.128	6.413
Deutschland		1.180	673	3.476	-952	2.924	-805	532	978	209
Italien		926	131	-137	699	-949	-339	513	724	-62
Vereinigtes Königreich		80	-45	1.090	-208	1.130	-806	7	1.018	-566
Niederlande		-2157	856	-44	-4352	5335	5183	-954	5161	4545
Ungarn		-743	136	390	227	-357	-214	661	-754	-138
Tschechische Republik		217	692	371	1.400	819	356	610	-669	746
Rumänien		1.000	461	744	825	789	-1.056	1.199	-1.067	357
Extra-EU-28		4843	6101	8638	6988	2176	-2050	2638	-6310	3252
Schweiz		-149	651	590	1294	-210	362	589	488	297
Türkei		586	1.251	1.676	1.540	-1.503	428	191	-2.731	-1.277
USA		593	165	791	537	1.602	1.115	579	-655	205
Russland		985	1.235	1.386	686	917	247	395	-936	1.733
China ⁴		419	690	624	-263	-440	-173	127	803	448
Europa		5.031	4.823	12.114	8.659	11.143	1.579	5.173	-120	6.471
Euroraum-19		1.719	1.463	3.390	84	6.965	3.808	753	7.329	4.879
CESEE ³		2.990	3.168	6.165	4.928	2.464	-3.254	4.429	-6.742	3.611

Transaktionen Passiver Direktinvestitionen

		2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
		<i>in Mio EUR</i>								
nach Komponenten										
Transaktionen	Netto	6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.450	1.145	-8.137	8.545
Eigenkapital	Netto	3.998	1.619	7.418	1.753	5.113	4.547	2.729	-6.550	4.460
Neuinvestitionen (+)	Netto	10.612	14.380	13.825	7.152	11.456	21.327	13.250	6.259	14.343
Desinvestitionen (-)	Netto	6.615	12.761	6.407	5.399	6.343	16.781	10.521	12.809	9.883
Reinvestierte Gewinne	Netto	-1.206	964	1.839	237	-2.654	-2.564	570	3.185	4.062
Sonstiges DI-Kapital ²	Netto	3.881	-639	-1.620	1114	1849	1468	-2154	-4773	23
Forderungen (+)	Netto	-303	596	4.012	-279	-265	658	-831	4.933	642
Verbindlichkeiten (-)	Netto	3.577	-43	2.392	835	1.584	2.125	-2.985	160	665
nach Herkunftsregionen										
Global		6.672	1.945	7.636	3105	4308	3450	1145	-8137	8545
EU-28		2.899	3.795	3.846	2962	-939	-778	6338	-10673	5210
Deutschland		-1.168	-255	2490	2466	1309	-1421	3252	319	1496
Italien		237	2.418	273	-689	-1724	-1019	1261	-6839	164
Vereinigtes Königreich		-74	538	433	-325	430	-1.221	572	-193	-283
Niederlande		176	1340	-235	485	1.127	1.183	192	-4.146	2.307
Luxemburg		276	134	74	147	1081	926	838	448	802
Belgien		319	238	63	-281	-311	24	-28	-21	-4
Spanien		1.398	289	64	320	-66	-444	-206	242	-4
Frankreich		171	197	123	110	-678	196	-63	84	501
Extra-EU-28		3.773	-1.850	3.791	142	5.247	4.228	-5.193	2.535	3.335
Schweiz		482	556	701	-355	311	-349	-1	202	937
USA		2784	-1441	-559	-609	-565	155	-3413	568	-5621
Russland		-46	254	591	624	3663	559	29	853	6743
Japan		-18	-161	174	51	-30	773	-207	56	226
Europa		3.251	4.400	5.990	3.061	2.954	-620	6.558	-9.552	12.902
Euroraum-19		2.549	3.318	3.116	3.038	108	521	5.732	-10.468	5.652
MOEL ³		-83	24	824	603	3561	511	208	802	6724

Quelle: OeNB.

¹ Nettogewährung Konzernkredite bei Aktiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Forderungen abzüglich Nettoveränderung der Verpflichtungen.² Nettogewährung Konzernkredite bei Passiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Verpflichtungen abzüglich Nettoveränderung der Forderungen.³ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.⁴ Einschließlich Hongkong.

Anmerkung: Bis 2014 endgültige Daten, 2015 und 2016 revidierte Daten, 2017 provisorische Daten.